



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Konstruktion von Vergangenheit und Gegenwart in
den frühen Werken von Irving Kristol“

Verfasser

Alexander Fanta

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Mai 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:
Diplomgebiet lt. Studienblatt:
Betreuerin:

A300
Politikwissenschaft
Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky

Für meine Eltern,
in Dankbarkeit

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	3
Methode.....	9
Auswahl der Quellen.....	13
Konservatismus und Neokonservatismus.....	16
Konservatismus in den USA.....	17
Die „neuen Konservativen“.....	20
Von Demokraten zu Republikanern.....	23
Die Kultur des Kalten Krieges.....	24
Die 1960er Jahre.....	25
Begriffsbestimmung und Positionen des Neokonservatismus.....	27
Genese der neokonservativen Bewegung.....	36
Lionel Trilling.....	37
James Burnham.....	38
Leo Strauss.....	40
Irving Kristol.....	43
Staatsphilosophie und Weltsicht.....	50
Die Consensus Historians und die Historiographie des Kalten Krieges.....	51
Die Progressive Historians.....	54
Die Kritiker der Progressiven und ihre Positionen.....	56
Richard Hofstadter.....	58
Louis Hartz.....	62
Daniel J. Boorstin.....	63
Analyse.....	65
Der Niedergang der USA.....	65
Gegenkultur und Managerialismus.....	74
Politische Philosophie und Ideologie.....	79
Zusammenfassung.....	84
Literatur- und Quellenverzeichnis.....	88

Einleitung

Diese Arbeit soll sich mit dem US-amerikanischen Neokonservatismus als politischer Ideologie auseinandersetzen. Als Ideengeber des Irak-Krieges boten die „Neocons“ die intellektuelle Begründung für eine der umstrittensten Militärinterventionen der US-amerikanischen Geschichte. Die als „Bush-Doktrin“ bezeichnete *National Security Strategy* der US-amerikanischen Regierung vom

November 2002 legte die Rolle der USA als hegemoniale Weltordnungsmacht dar. Diese Strategie wird vor allem mit dem Einfluss der Neokonservativen in Verbindung gebracht.

Das blühende intellektuelle Leben am City College New York in den 1930er und 1940er Jahren bildete den Ausgangspunkt für eine Gruppe von jungen Intellektuellen, die zumeist aus Einwandererfamilien stammte. Anfangs standen viele spätere Neokonservative in einem Naheverhältnis zu trotzkistischen und anderen linken Gruppierungen. Entscheidend für ihre spätere politische Ausrichtung war ihre Ablehnung der Neuen Linken in den 1960ern. Ihre Anliegen waren zu Beginn primär innenpolitisch. Ihre skeptische Haltung gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Eingriffen in die Sozialstruktur der USA stellte sie in Opposition zur Politik der US-Regierung unter Lyndon B. Johnson. Ihr rigider Anti-Kommunismus und ihre harte Haltung gegenüber der Sowjetunion brachten die vormaligen Sozialisten erstmals mit den US-Republikanern auf Linie. Später sollte sich aus diesen Positionen ein ideologisches Modell entwickeln, das die Vorherrschaft der USA über die Welt („American Primacy“) postuliert (vgl. Fukuyama 2008, 15ff.).

Ziel dieser Arbeit soll es sein, einige frühe Texte des neokonservativen Vordenkers Irving Kristol auf ihre Instrumentalisierung der Vergangenheit zum Zwecke der Gegenwartskonstruktion hin zu erforschen. In den 1970ern verfestigten und homogenisierten sich die theoretischen Ansichten dieser Gruppe von bald als „Neokonservativen“ bezeichneten Intellektuellen. Zentrale Figur war Kristol, der früheste und vielleicht radikalste Denker der „Abkehr von der Linken“. Wegen seiner einflussreichen Rolle als Herausgeber von neokonservativen Zeitschriften wie z.B. „*Public Interest*“, wird er als „Godfather“ des Neokonservatismus bezeichnet. Tatsächlich war er der erste, der den Ausdruck „Neoconservative“ als Selbstbezeichnung verwendete (vgl. Kristol 1995: ix), und wird daher als der Begründer dieser politischen Richtung betrachtet (vgl. Dorrien 1993, Keller 2008, etc).

Kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges gründete er das Magazin *Commentary* mit finanzieller Unterstützung des *American Jewish Committee* und war bis 1952 dessen Chefredakteur. Danach publizierte er regelmäßig in dieser Zeitschrift. Neben *Commentary* war er auch Herausgeber des, indirekt von der CIA finanzierten, *Encounter* und ab 1965 Gründer und Herausgeber des Magazins *Public Interest*, sowie in den 1980er Jahren *National Interest*. In diesen Druckschriften bot er der entstehenden Bewegung ein Forum und schrieb auch selbst eine Vielzahl an Artikeln, Kommentaren und Glossen. Durch seine Tätigkeit als Herausgeber und einer Fülle an eigenen Publikationen in der ersten Hälfte der Siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde Irving Kristol daher die wichtigste Figur in der Anfangszeit des US-amerikanischen Neokonservatismus.

Rund um das 200-jährige Jubiläum der Existenz der „amerikanischen Republik“ 1976 sind zwei Gedenkbände mit Beiträgen von Irving Kristol erschienen. Auch davor befasste sich Irving Kristol in „On the Democratic Idea in America“ (1973) mit der politischen Geschichte der USA. In seinen Essays reflektiert er vor dem historischen Hintergrund über Sein und Werden der Vereinigten Staaten. Als ehemaligem Marxisten war Kristol Geschichtsphilosophie nicht fremd. Ein Interesse dieser Arbeit wird es sein, die geschichtlichen Betrachtungen von Kristol zu untersuchen und die Konstruktion der US-amerikanischen Geschichte im Rahmen seines politischen Denkens zu beschreiben.

Von Interesse für diese Arbeit sind die Wurzeln neokonservativen Gedankenguts. Einige Ideengeber sind publizistisch wohl bekannt. Die Abkehr von progressiven und marxistischen Ideen hinterließ nachhaltige Spuren, nicht zuletzt deshalb, weil viele der frühen Neocons Trotzlisten oder sonst Teil der „anti-stalinistischen Linken“ waren. Oft wird der Einfluss des Philosophen Leo Strauss erwähnt. Dieser konzentrierte sich in seiner Arbeit auf eine Neuinterpretation klassischer Werke der politischen Philosophie, aus der die

Neokonservativen – wie argumentiert wird – Rückschlüsse für ihre eigenen Ideen ableiteten.

Mein Ansatz ist es, im intellektuellen Milieu von Irving Kristol nach Einflüssen zu suchen, die seine Sicht der Geschichte beeinflusst haben. Besonders die oft als „reaktionär“ bezeichnete Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit hatte - so meine These - wesentlichen Einfluss auf Kristol.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts begannen Historiker damit, eine Neuinterpretation der amerikanischen Geschichte vorzunehmen, die jegliche Entwicklung in das Modell atavistischer Klassenkonflikte presste. Diese Analyse wurde an den Universitäten dominant und nahm von akademischen Zirkeln ausgehend Einfluss auf neu entstehende linke Bewegungen, wie das *Progressive Movement* der 1920er Jahre, das mehr demokratische Mitbestimmung der Bürger forderte. Auf das *Progressive Movement* folgte der Marxismus der 1930er, der in akademischen Kreisen und in der Arbeiterbewegung an Zulauf gewann. Während radikale linke Parteien wie die *Communist Party of the USA* und die *Socialist Party* von Norman Thomas an Boden gewannen, breitete sich der linke US-„Liberalismus“¹ in der Folge der Weltwirtschaftskrise als hegemoniale politische Ideologie aus. Von der Wahl Franklin Delano Roosevelts an hielten die Demokraten zwanzig Jahre lang eine Mehrheit im Kongress, dem Senat und hatten das Präsidentenamt inne. Die Hauptgegner des US-„Liberalismus“ ab Mitte der 1930er Jahren waren Kritiker des linken Spektrums, und der neue außenpolitische Gegner, die Sowjetunion.

Aus dieser Situation heraus entwickelte sich der radikal staats- und gesellschaftskritische Konservatismus als eine neue rechte Bewegung, die langsam die republikanische Partei unterwanderte. Gegensätzlich dazu stellten die ehemals linken Neocons, angesichts der perzipierten „totalitären Bedrohungen“ von innen und außen, den US-amerikanischen „Liberalismus“ in

¹ Der Begriff „Liberalismus“ hat in den Vereinigten Staaten eine von der europäischen verschiedene Bedeutung. Dieter Nohlen notiert in seinem Lexikon der Politik: „In den USA wird der Begriff liberal, bezogen auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Demokratischen Partei, seither stärker mit staatsinterventionistischen Eingriffen assoziiert.“ Ich apostrophiere den Begriff, um ihn von der regulären deutschsprachigen Verwendung abzugrenzen (Nohlen 2003: Bd.7, S.355).

Frage und bewegten sich nach rechts. Abgeschlossen wurde diese Bewegung durch ihre Ablehnung der Neuen Linken und des *Great Society*-Programmes von US-Präsident Lyndon B. Johnson.

Die Werke der Historiker Richard Hofstadter, Daniel Boorstin und anderer bilden in der Historiographie einen losen Zusammenschluss von „Consensus Historians“, auch als „Consensus School“ bekannt. Begründet wurde diese kleine, aber viel gelesene Strömung der Geschichtswissenschaften von Hofstadter Ende der 1940er Jahre durch sein Werk „The American Political Tradition“. Mit ihrer Interpretation der amerikanischen Geschichte grenzten sich Hofstadter und Boorstin von der vorherrschenden Meinung der progressiven und marxistisch inspirierten Historiker der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ab, die den Verlauf der amerikanischen Geschichte als Auseinandersetzung zwischen gegensätzlichen Interessen und Klassen sahen. Hofstadter war in der Tradition der Progressiven geschult, versuchte jedoch erstmalig, die Aufmerksamkeit auf die geschichtlichen Akteure selbst und nicht-ökonomische Erklärungsmuster zu richten. Seine These war es, dass die politische Geschichte Amerikas auf einem grundlegenden Konsens fußt. Dieser „American Creed“ umfasst den Glauben an Privatbesitz, Individualismus und Kapitalismus (vgl. Meyers 2004: Absatz 3). Politische Konflikte in Amerika wären immer praktischer und machtpolitischer Natur gewesen, nie grundsätzlich ideologischer. Die Progressiven folgten dem von Charles E. Beard entwickelten Narrativ der Geschichte als einer ständigen Ausweitung liberaler Freiheitsrechte und sozialen Fortschritts. Hofstadter und Boorstin betonten die Weisheit der „Gründerväter“, die immer gültige Grundsätze in die Verfassung zementiert hätten. Das Motiv der Veränderung ersetzten sie durch das der Beständigkeit.

Meine Idee ist es, das Geschichtsbild von Irving Kristol in den Kontext der historiographischen Ansichten der Consensus Historians zu stellen. Diese Kontextualisierung soll es möglich machen, Kristol nicht nur als konservativen Vordenker, sondern als Teil eines zeitgenössischen intellektuellen Diskurses zu

zeigen. Mit ihrer Wahrnehmung der Geschichte formten die Neocons eine Grundlage für einen modernen Konservatismus in Amerika, zu einer Zeit, in der der US-amerikanische Konservatismus sich neu formierte und neuen politischen Einfluss gewann. Mit dieser „Historisierung“ ihrer eigenen Ansichten versuchten die Neokonservativen der Siebziger Jahre, allen voran Kristol, ihre persönliche Weltsicht als geläufige Interpretation der US-amerikanischen Geistesgeschichte darzustellen. Im Laufe meiner Arbeit will ich einige Charakteristiken dieses Geschichtsbildes und seine politischen Implikationen ausarbeiten. Meine Grundthese lautet, dass die Neokonservativen die politische Geistesgeschichte der USA – in der Interpretation von Hofstadter und Boorstin - zu ihrer eigenen politischen Ideologie und einem dem entsprechenden Menschenbild entwickelt haben.

Im Anschluss daran möchte ich folgende **Forschungsfragen** formulieren:

- Welches Bild der US-amerikanischen Geschichte und welches Denken über geschichtliche Zusammenhänge artikuliert Irving Kristol im untersuchten Zeitraum?
- Welche Überschneidungen gibt es in Kristols Darstellung der US-amerikanischen Geschichte mit den historiographischen Überlegungen der „Consensus School“ rund um Hofstadter und Boorstin?
- Welche diskursiven Muster und Strategien lassen sich in Kristols Arbeiten ausmachen?

Die Arbeit ist in mehrere Kapitel untergliedert. Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit einer Bestimmung des Neokonservatismus. Dazu soll ein einleitendes Kapitel den Begriff „Konservatismus“ und seine Bedeutung in den USA hinterfragen. In einem kurzen historischen Abriss beschreibe ich die parteipolitischen Veränderungen, die eine Neuausrichtung der politischen Landschaft der USA ab den 1950ern bewirkten. Die folgenden Kapitel liefern eine Begriffsbestimmung des Neokonservatismus und eine Schilderung der wesentlichen Einflüsse und Ideengeber auf die „neuen Konservativen“. Ein

Kapitel über Irving Kristol soll in die Denkweise des „Ahnvater“ der neokonservativen Bewegung einführen und seine grundlegenden Ansichten darstellen.

Nach dem Abschnitt über den Neokonservatismus soll der folgenden Abschnitt über die „Consensus School“ und deren Positionen und Entwicklung Aufschluss geben. Bei meiner Darstellung werde ich mich auf drei wichtige Figuren der Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit beschränken – Richard Hofstadter, Daniel J. Boorstin und Louis Hartz.

Der analytische Abschnitt der Arbeit soll mit den Mitteln der wissenssoziologischen Diskursanalyse die frühen Arbeiten von Irving Kristol behandeln. Im auf die Einleitung folgenden Methodenkapitel wird das genaue Vorgehen erläutert. Die Analyse soll einen Einblick in die Betrachtung von Gegenwart und Vergangenheit bei Kristol liefern. Während er sich im Betrachtungszeitraum konservativen Positionen annäherte, veränderte sich seine Wahrnehmung historischer Begebenheiten und der US-amerikanischen Geschichte.

Wie sich aus diesen Ansichten eine teleologische Ideologie wie der Neokonservatismus entwickeln konnte, soll diese Arbeit zu klären helfen. Was beinhalteten Irving Kristols „Views on the Founding“ (1973), die eine konsistente Weltsicht kreierten? War 'Amerika als universelle Idee' der Ausgangspunkt eines Gedankengangs, der vom City College New York in den 1940ern direkt in die militärische Invasion des Irak im Jahr 2003 mündete? Teil der Antwort liegt in den Diskursen einer Zeit begraben, deren Historiker sich selbst als objektiv sahen, als desinteressierte Erforscher der Wahrheit. Eine Analyse dieser Diskurse kann Anregungen geben, die zu einem besseren Verständnis dieser Fragen beitragen können.

Methode

In den ersten Abschnitten dieser Arbeit versuche ich, die Entstehung des Neokonservatismus mit Ereignissen und Ideen seines Entstehungszeitraumes zu kontrastieren. Daraus soll sich für den Lesenden ein Bild ergeben, das die Entwicklung dieses spezifischen Konservatismus verständlich macht. Der analytische Teil meiner Arbeit widmet sich der diskursiven Konstruktion eines „zeitgenössischen Amerika“ in den Schriften von Irving Kristol.

Als Methode für die Analyse habe ich die wissenssoziologische Diskursanalyse gewählt, wie sie Reiner Keller in einem Aufsatz vorschlägt (vgl. Keller 2007). Diese versteht sich als Ansatz, das Element der Diskursanalyse in die hermeneutische Wissenssoziologie einzubringen.

„Dazu präsentiert der Beitrag methodisch-konzeptionelle Vorschläge zum hermeneutisch-interpretativen Vorgehen, zur Analyse von Wissensbausteinen (Deutungsmuster, Klassifikationen, Phänomenstruktur, narrative Struktur) und, angelehnt an die Grounded Theory sowie Traditionen der Sequenzanalyse, zu konkreten Arbeitsschritten der empirischen Diskursforschung“ (Keller 2007: Abstract).

Die hermeneutische Wissenssoziologie „interessiert sich für den 'sozialen Sinn' [...] der gesellschaftlichen Wissensvorräte“ (Keller 2007: Absatz 9). Sie dient vor allem zur Analyse von neuem Material in einem soziologischen Kontext, etwa der Auswertung von qualitativen Interviews und Befragungen. Keller versucht zudem, die Perspektive der Diskursanalyse einzuführen. Dieses Konzept ist an die Arbeit von Michel Foucault angelehnt, ohne dass Keller jedoch den Begriff der „FOUCAULTschen Diskursanalyse“ verwenden will (vgl. ebd.: Absatz 8).

„Die Einführung der Diskursperspektive in dieses Theorieparadigma korrigiert den erwähnten 'mikroanalytischen' Bias und öffnet es hin zur gesellschaftlichen Meso- und Makroebene von Wissensverhältnissen und Wissenspolitiken“ (ebd., A.10).

Eine Analyse im Sinne der hermeneutischen Wissenssoziologie stellt „zugleich einen rekonstruktiven und konstruktiven Prozess“ dar. „*Die in Diskussion prozessierten Deutungen der Welt lassen sich nur deutend erschließen*“ (ebd., A. 15). Keller plädiert für einen Ansatz, der eine Konstruktion der Bedeutung eines Textes im spezifischen Zusammenhang der Interpretation erlaubt. Dies gestattet, im „Gesagten“ eines Autors nach dem „Gemeinten“ zu forschen oder gar eine „Weltanschauung“ des analysierten Autors zu kreieren. Keller argumentiert jedoch, dass es „nachvollziehbare 'gute Gründe' für soziohistorisch situierte Auslegungsarbeit“ geben muss (ebd.).

Die von Keller vorgeschlagene wissenssoziologische Diskursanalyse bringt eine Terminologie mit sich, die an dieser Stelle kurz vorgestellt werden soll. Er stellt vier Kategorien der Wissensanalyse vor, die meine Analyse anleiten werden. Diese greifen ineinander und bilden eine Möglichkeit, ein diskursives Feld auszuloten.

Als *Deutungsmuster* begreift Keller ein „Ergebnis der 'sozialen Konstruktion von Wirklichkeit', d.h. ein historisch-interaktiv entstandenes, mehr oder weniger komplexes Interpretationsmuster für weltliche Phänomene, in dem Interpretation mit Handlungsorientierungen, Regeln u.a. verbunden werden“ (Keller 2007: A. 21). Im Zusammenhang mit dem Neokonservatismus lässt sich etwa das Konzept der „adversary culture“ nennen. Dieses bezeichnet die Idee einer der bourgeoisen Welt feindlichen Gruppe von Intellektuellen, und kann als ein *Deutungsmuster* verstanden werden .

Klassifikationen sind die Art und Weise, wie ein Diskurs die Wirklichkeit strukturiert und damit die Erfahrung dieser Wirklichkeit schafft. Diese Identifikation von „Klassifikationsregimen“ korrespondiert mit der von Foucault herausgearbeiteten Idee der „episteme“ (vgl. Keller 2007: Absatz 23). Die Herstellung von Gruppen durch Klassifikationsregime hat in der Analyse die Möglichkeit der Betrachtung von „Identitätspolitik“ hergestellt.

Mit *Phänomenstrukturen* ist die „Konstruktion eines Themas als Problem auf der öffentlichen Agenda“ gemeint (ebd., A. 26). Die analytische Schwierigkeit liegt meiner Ansicht nach darin, dass solche Konstruktionen oft schwer verfolgbare sind und ihre Ursprünge meist außerhalb des zu analysierenden Textes liegen.

Zeigt man die verschiedenen Elemente eines solchen konstruktiven Aktes innerhalb des Textes auf, kommt man zu einer „Phänomenkonstellation“. Diese erlaubt die Darstellung aller Argumente und Annahmen, die das gesamte „Problem“ innerhalb des Textes konstituieren und eine Bezugnahme zu Diskursen außerhalb des Textes ermöglichen.

Als Klammer in zu analysierenden Texten dienen *narrative Strukturen*, die Deutungsmuster, Klassifikationen und Phänomenstrukturen zueinander in Beziehung setzen. Dies stellt einen „konfigurativen Akt“ dar, der einem Text erst seinen endgültigen Sinn verleiht. „Von 'story lines', plots usw. ist seit Anfang der 1990er Jahre in der Diskursforschung, aber auch in der sonstigen qualitativen Sozialforschung zunehmend die Rede“ (Keller 2007: A. 28). Dieses Konzept macht es möglich, implizite Bedeutungen und Betonungen durch die Positionierung von Mustern innerhalb der Texte zu betrachten. Es ermöglicht die Vereinigung „diskursiver Kategorien sehr heterogener Herkunft“ (vgl. Keller 2007: A. 29).

Für die konkrete Arbeit am Datenmaterial bietet Keller einige, von der *Grounded Theory* inspirierten Arbeitsstrategien an. Bei der Auswahl des Datenmaterials schlägt er „*theorieorientiertes Sampling*“ vor. Das bedeutet, dass sich die Auswahl der Daten an den Kriterien der Forschungsfrage orientiert. Bei Sichtung des Materials werden bestimmte wiederkehrende Muster als zur Fragestellung passend festgelegt. Diese werden bis zu „Sättigung der Analyse“ identifiziert, also bis zu dem Punkt, an dem kein weiterer Erkenntnisgewinn aus der Sichtung weiterer Daten erfolgt (vgl. Keller 2007: A. 34).

Das „Prinzip der minimalen oder maximalen Kontrastierung“ meint die Suche nach möglichst unterschiedlichen oder ähnlichen Aussageereignissen innerhalb des Datenkorpus.

„Die Orientierung an der maximalen Kontrastierung ermöglicht es, nach und nach das Gesamtspektrum des Diskurses oder der Diskurse innerhalb eines Korpus zu erfassen und dadurch mehrere Diskurse zu einem Thema oder innerhalb eines Diskurses seine heterogenen Bestandteile herauszuarbeiten. Die minimale Kontrastierung richtet sich darauf, den jeweils erfassten Teilbereich möglichst genau und vollständig zu rekonstruieren, bis seine Analyse schließlich als gesättigt erscheint“ (Keller 2007: A. 33).

In meiner Analyse werde ich vorzugsweise die Variante der minimalen Kontrastierung verwenden, um präzise jene Konzepte herauszuarbeiten, auf die Irving Kristol seine politischen Ansichten aufbaut.

Auswahl der Quellen

Die Auswahl des Materials meiner Analyse ergibt sich aus dem Prozess der Zusammenstellung des Datenkorpus. Ich habe ein „theorieorientiertes Sampling“ versucht, in der ich die Dokumente gelesen und nach dem Vorhandensein eines Topos der historischen Betrachtung ausgewählt habe. Als „historische Betrachtung“ können alle jene Ereignisse betrachtet werden, die Kristol in seinen Schriften historisiert und der Gegenwart gegenüberstellt.

Was das Vorhandensein von Material aus der Hand von Irving Kristol angeht, war eine Vorauswahl nötig. Eine umfassende Werksschau hätte alle Essays und Artikel in allen Druckschriften – von *Partisan Review*, *Commentary* und *Encounter* angefangen, bis hin zum *Wall Street Journal* und *Public Interest* – umfassen müssen, in denen Kristol von 1940 weg publizierte. (Kristol hat kein

durchgängiges, in sich geschlossenes Werk publiziert.) Eine solche Werkausgabe liegt jedoch nicht vor. Diese Sammlung würde wohl recht anschaulich Kristols graduellen Schwenk hin zu den später „neokonservativ“ benannten Positionen belegen.

Kristol hat 1972 mit „On the Democratic Idea in America“ einen Band mit Essays veröffentlicht, der zum Profil meiner Forschungsfrage passt. In weiterer Folge hat Irving Kristol seine Publikationen in Magazinen und in drei weiteren Sammelbänden herausgebracht (siehe Kristol 1977, 1983, 1995). Man kann also von einer „Auto-Kanonisierung“ sprechen, die mir als Rahmen für die Auswahl eines passenden Datenkorpus diene. Einem Sammelband des *American Enterprise Institute* entstammt ein Beitrag Kristols zum Thema US-„amerikanische Revolution“. Das *American Enterprise Institute* wurde später zu einem führenden neokonservativen „Think Tank“. Das Vorwort Kristols in einem von ihm edierten Band mit Namen „Critical Choices II. The Americans: 1976“ aus 1976 habe ich ebenfalls in diese Analyse miteinbezogen. Letzterer wurde von Kristol und Paul Weaver herausgegeben und ist Teil von Kristols Tätigkeit für die *Commission on Critical Choices for Americans*. Diese war Teil der Bemühungen des Republikaners Nelson Rockefeller, US-Präsident zu werden.

Ich habe insgesamt elf Essays ausgewählt, auf die sich meine Analyse stützt. Sie sind im Zeitraum zwischen 1967 und 1976 erschienen. Ich liste an dieser Stelle alle Essays und ihre ursprünglichen Erscheinungsdaten und Orte auf.

Aus „On the Democratic Idea in America“ (1972)

- „Urban Civilization and Its Discontents“ in *Commentary*, Vol. 50, Nr.1, Juli 1970
- „The Shaking of the Foundations“ in *Fortune*, Juli 1968
- „American Historians and the Democratic Idea“ in *The American Scholar*, Vol. 39, Nr. 1, Winter 1969-70
- „American Intellectuals and Foreign Policy“ in *Foreign Affairs*, Juli 1967

Aus „Neoconservatism. Autobiography of an Idea“ (1995)

- „The Adversary Culture of Intellectuals“, in *Encounter*, 1979
- „About Equality“ in *Commentary*, November 1972
- „Adam Smith and the Spirit of Capitalism“, in *The Great Ideas Today*, Encyclopedia Britannica 1976
- „Utopianism, Ancient and modern“ in *Imprimis*, Zeitschrift des Hillsdale College, Hillsdale/Michigan, 1972
- „On Conservatism and Capitalism“ in *Wall Street Journal*, 1972

Aus „America's Continuing Revolution“ (1975)

- „The American Revolution as a Successful Revolution“ in *America's Continuing Revolution*, American Enterprise Institute, 1975

Aus „Critical Choices II. The Americans: 1976“ (1976)

- Vorwort von Irving Kristol und Paul Weaver

Konservatismus und Neokonservatismus

Was bedeutet „Konservatismus“ im US-amerikanischen Kontext? Ist es der Entwurf einer statischen Gesellschaft, oder der radikaler Vorschlag einer Restauration? Der Konservatismus ist in Europa als Reaktion auf den Liberalismus und die französische Revolution entstanden, ist also selbst eine Antwort auf die Moderne. *„Konservative Ideologie war der Versuch, eine konsistente Argumentation gegen den 'Fortschritt' und gegen die Demokratie zu errichten. Deshalb sind die jeweiligen Strömungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Gegenbewegungen zu fortschrittlichen Ideologien, insbesondere des Liberalismus zu errichten“*, schreibt Everhard Holtmann in seinem „Politik-Lexikon“ (Holtmann 2000: 320).

Als politische Ideologie forderte der europäische Konservatismus die Restauration einer früheren oder imaginierten gesellschaftlicher Ordnung. Große soziale Veränderungen, wie sie mit der Industrialisierung und dem Ende der feudalen Landwirtschaft verbunden waren, sowie die Liberalisierung der Gesellschaften und das Entstehen des Parlamentarismus führten in Europa zu heftigen Gegenreaktionen. Vordenker des anglo-amerikanischen Konservatismus im ausgehenden 18. Jahrhundert war der britische Philosoph Edmund Burke. Er nannte sechs Säulen des konservativen Denkens: Misstrauen gegenüber der Macht des Staates, Präferenz für die Freiheit gegenüber der Gleichheit, Patriotismus, Glaube an etablierte Institutionen und Hierarchien, Skepsis gegenüber dem Fortschritt und Elitismus. Micklethwait und Woolridge argumentieren, dass der US-amerikanische Konservatismus die ersten drei Attribute übertreiben würde, während er die letzten drei eher untergräbt. Konservatives Gedankengut in den Vereinigten Staaten wäre eine Mischung aus „Über-Traditionalismus und klassischem Liberalismus“ (vgl. 2004: 341).

Zumindest die fehlende Fortschrittsskepsis nordamerikanischer Konservativer ist bestreitbar. Für Burke und seine Anhänger in den USA kann das Individuum nur prosperieren, wenn es in ein Netz von Tradition und Institutionen eingebunden ist (vgl. Micklethwait and Woolridge: 342). Die unbestreitbare soziale Erosion der US-amerikanischen Gesellschaft² ist für viele Konservative ein Merkmal der schleichenden

² Wenn man dem Befund von Robert Putnam in seiner soziologischen Studie „Bowling Alone“ (1995)

Degeneration der Gesellschaft in der Moderne. Wie George Nash in seiner Geschichte der intellektuellen Strömungen des Konservatismus zeigt, gab es auch in der amerikanischen Rechten Stimmen wie Richard Weaver, Russel Kirk und des, auch für die Neokonservativen wichtigen, Leo Strauss, die in ihren Werken eine stark anti-modernistische Tendenz aufweisen und die Wichtigkeit von Werten und Traditionen betonen (vgl. Nash: 36-38).

Konservatismus in den USA

Das europäischen Umständen entsprungene Konzept des Konservatismus eines Edmund Burke lässt sich schwer in einer Gesellschaft umsetzen, die nicht vom gleichen Kampf um bürgerliche Freiheiten geprägt war. Die USA als Land ohne feudale Tradition hatte keine historische Bewegung des Konservatismus. Der Hauptkonflikt der Staaten, argumentierten progressive Historiker der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert, läge im Widerstreit ökonomischer Interessen. Die feudalen Tendenzen des Südens und der politische Konflikt über die Sklaverei blieben durch diese Sicht jedoch ausgeblendet. Im Amerika *post bellum*³ wurde durch die „Populists“ und das „Progressive Movement“ der Begriff „conservative“ vor allem mit den Interessen der besitzenden Klasse und dem „Big Business“ verbunden. Die Ideologie der Industriellen war der *laissez-faire* Liberalismus, oder „Manchester-Liberalismus“. Konservativ war diese Haltung nur in dem Sinne, in dem sie die ökonomischen Strukturen des *laissez-faire* erhalten wollte.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich eine Bewegung von konservativen Intellektuellen, die einen Gegenentwurf zum zeitgenössischen nordamerikanischen Verständnis von „Liberalismus“ lieferte. Diese Strömung, die sich vor allem gegen die Agglomeration staatlicher Macht richtete, bezeichnet Holtmann als „radikalen libertären Konservatismus“ (Holtmann 2000: 322f.). Als wesentliche Merkmale dieser spezifisch nordamerikanischen Tradition konservativen Denkens nennt er

glauben schenken kann, hat die soziale Kohäsion – gemessen an Vereinsmitgliedschaften, intakten Ehen und anderen Indikatoren – seit den 1950er kontinuierlich abgenommen.

³ Nach dem Bürgerkrieg 1861-1865, in dem sich die südlichen Bundesstaaten als „Konföderierte Staaten von Amerika vom industriellen Norden zu lösen versuchten.

„verstärkte Verteidigung, politische Autorität im Inneren, Kritik der 'Auswüchse' des Sozialstaates, 'Supply-Side-Economics', Steuerkürzungen, Kampf gegen Counterculture, und Teile der kulturellen Avantgarde, Stärkung von Religion, nationaler Identität und protestantischer Arbeitsethik, gegen Abtreibung und Frauenemanzipation, gegen Homosexuelle und für traditionelle Familienwerte“ (ebd.).

Der zeitgenössische Konservatismus in Amerika hat keine besonders lange Tradition. In seinem Land sei der Liberalismus die „einzig nennenswerte politische Tradition“, schrieb der Literaturkritiker und Neokonservative *avant lettre* Lionel Trilling noch 1947 (zitiert nach Keller: 14). George Nash bemerkte 1976, dass 1945 „keine artikuliert, koordinierte, selbstbewusste konservative intellektuelle Kraft in den Vereinigten Staaten“ existiert hatte (Nash: xiii). Die republikanische Partei als Partei der Geschäftsleute und des Nordostens hatte zwar eine konservative Tradition – die politische Dominanz der Demokraten war jedoch seit der Weltwirtschaftskrise und den US-Präsidentenwahlen 1932 ungebrochen. Der amerikanische Konservatismus musste sich, wie Nash argumentiert, in der Phase nach dem Zweiten Weltkrieg völlig neu formieren. Recht häufig berief er sich dabei auf klassische liberale Traditionen.

Durch den Einfluss von Autoren wie Russel Kirk, William F. Buckley und anderen entstand nach dem Zweiten Weltkrieg ein neuer intellektueller Konservatismus. Die konservativen Intellektuellen versuchten eine zeitgenössische Tradition des Konservatismus aus US-amerikanischen Quellen zu konstruieren. Eine Variante davon war der „Southern Agrarianism“ und die „ständische“ Tradition des Südens. Die Bezugnahme auf die Gründung der Republik und die „Gründerväter“ nahm ebenso eine wichtige Rolle ein. Einig waren sich die konservativen Intellektuellen vor allem in einem: Die moderne amerikanische Gesellschaft war degeneriert und brauchte ein neues moralisches Fundament. Ihr Denken sollte wesentlichen Einfluss auf das Entstehen der religiösen Rechten und der Gruppe „wertorientierter“ Wähler haben.

Eine weitere wesentliche Strömung des Konservatismus tauchte mit dem Entstehen der Libertarier auf, die eine radikale Verkleinerung des Staatsapparates forderten. Mit Ende des Zweiten Weltkrieges formierte sich eine Gruppe von Intellektuellen, welche die Vergrößerung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft radikal ablehnten und dies mit

kulturellem Konservatismus verbanden. Vordenker dieser Gruppe wurde Frank Meyer, Mitbegründer der National Review, der auf die „Austrian school of economics“ von Ludwig Mises und F.A. Hayek Bezug nahm. Die Libertarier plädierten für einen Rückzug des Staates aus allen Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft. Während dieser Flügel für sich genommen nie stark war, entwickelte er jedoch großen Einfluss auf andere Strömungen des Konservatismus, wie sich nicht zuletzt im staatsfeindlichen Auftreten der „konservativen Revolution“ von 1994 unter der Führung von Newt Gingrich zeigte (siehe Leggewie 1997).

Die intellektuelle Bewegung wurde flankiert von einer neuen Massenbewegung. Die Konservativen scharten sich vor allem um Interessensgruppen wie die Waffenlobby NRA (National Rifle Association) oder die ultra-konservative John Birch Society, die sich als Verteidiger Amerikas gegen den Kommunismus im eigenen Land sahen. Die JBS ist ein Vorläufer der modernen „Militia“-Bewegung. Mit der Präsidentschaftskandidatur von Barry Goldwater 1964 schaffte es erstmals ein Politiker in den Mainstream, der diesen politischen Strömungen nahe stand. Am besten sichtbar ist sein Naheverhältnis zum neu entstehenden Konservatismus in seiner Autobiographie „Conscience of a Conservative“ aus 1960. Goldwater sammelte über eine Million Adressen von Unterstützern und brachte diese Mischung aus Sozialkonservativen und radikalen Anti-Kommunisten in die republikanische Partei (Breckheimer 1992: 127f.). Die „Goldwater-Koalition“ der „Movement Conservatives“ verstärkte die Reihen der Republikaner und änderte die Machtverhältnisse innerhalb der Partei zu ihren Gunsten. Eine minutiöse Darstellung der Auswirkungen von Barry Goldwater und seinen Unterstützern findet sich in der Dissertation von Martin Breckheimer (1992). Mit Ronald Reagan nahm 1981 der bis dahin erfolgreichste und politisch einflussreichste Konservative das Präsidentenamt ein.

Die Konservativen der Nachkriegszeit schafften es nach und nach, die republikanische Partei zu übernehmen und die liberale Tradition und ihre Vertreter zu marginalisieren (siehe Rae 1989, „The Decline and Fall of the Liberal Republicans“). Ab Ende der Fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts veränderten sich die Republikaner drastisch. Der politische Einfluss der konservativen Republikaner zeigte sich auch an der Wahlurne. Von 1952 bis 2000 hatten die Demokraten nur 20 Jahre lang das Präsidentenamt inne. Einige Beobachter sprechen von einem strukturellen Konservatismus in der US-amerikanischen Politik (vgl. Woolridge und Micklewaith, 2005).

Die „neuen Konservativen“

Während der Präsidentschaftskandidatur Goldwaters sahen sich die meisten späteren *Neocons* noch als Liberale, und lehnten Goldwater mehrheitlich ab (vgl. Dorman 2000: 173). Der Neokonservatismus Kristols hatte zunächst keine religiösen oder militanten Komponenten. In seinen Grundansichten war er immer optimistisch und eher fortschrittsfreundlich. Irving Kristol fasst das folgender Maßen zusammen: *„It is hopeful, not lugurious; forward-looking, not nostalgic; and its general tone is cheerful, not grim or dyspeptic“* (Kristol 2004: 34).

Die aus der Goldwater-Bewegung hervorgegangenen „Movement-Conservatives“ - später in Abgrenzung zu den Neokonservativen auch „Paleo-Conservatives“ genannt – waren eher an vormodernen Konzepten orientiert und bedienten sich einer von religiöser Symbolik schier berstenden Sprache, schreibt Kristol (ebd.). Die größtenteils jüdischen und vormals linken Neokonservativen der ersten Stunde hatten eine fundamental andere Perspektive.

„The new conservatives were modernists. Most of them were trained in the social sciences. Some of them still considered themselves socialists or social democrats. Most of them were Jews. They expressed little nostalgia for the lost glories of medieval Catholizism, seventeenth-century orthodoxy, nineteenth-century capitalism, or the Old South. The Fall had occurred, not with the Reformation, the French Revolution, the Enlightenment, or the rise of the welfare state, but only yesterday, with the triumph of something they called the New Class“ (Dorrien: 2).

Irving Kristol näherte sich in seiner Einstellung zur „französischen Aufklärung“ und seiner Wahrnehmung der Moderne im Laufe der 1970er Jahre den traditionellen Konservativen an, wie eine genauere Betrachtung im Analyseteil meiner Arbeit zeigen wird. Grundlegende Differenzen zwischen der „konservativen Bewegung“ und den „Bodentruppen“ der Religiösen Rechten der 1980er und den Neokonservativen bleiben jedoch.

David Brooks nimmt im neokonservativen *Weekly Standard* eine kritische Haltung gegenüber der Nostalgie der Altkonservativen für den rassistischen „Old South“ und ihr vormodernes Gesellschaftsbild ein. Die Paleocons würden das „universalistische Ideal der Gründerväter“ durch eine „Blut und Boden“-Ideologie ersetzen (Brooks 1996: 17).

Auch in ihrer Betrachtung des Staates und seiner Aufgaben unterscheiden sich die Neokonservativen von den Ansichten von Libertariern und „Small-Government Conservatives“. Sie befürworten eine aktive Rolle des Staates, und einen Eingriff in die Wirtschaft zur Anregung der Konjunktur.

„Neocons do not like the concentration of services in the welfare state and are happy to study alternative ways of delivering these services. But they are impatient with the Hayekian notion that we are on the road to serfdom. Neocons do not feel that kind of alarm or anxiety about the growth of the State in the past century ... People have always preferred strong government to weak government ... Neocons feel at home in America to a degree that more traditional conservatives do not“ (Kristol 2004: 35).

Während in der republikanischen Partei traditionell sehr viele Isolationisten beheimatet waren, finden Neokonservative diese Position inakzeptabel. Arthur Schlesinger Jr. fasst in seinem Buch „The Vital Center“ (1949) die Achse zwischen „Business“ und Isolationismus in der republikanischen Partei gut zusammen, wenn er bemerkt:

„American capitalism responded to the depression by an attack of hysterics. It responded to the challenge of Nazism by founding the America First Committee⁴. It responded to the opportunities opened up by the Second War by rushing to dismantle the instrumentalities of American military and economic influence in the name of tax reduction“ (Schlesinger: 28).

Schlesinger selbst war ein *Cold War Liberal* und vertritt ähnliche ideologische Positionen wie die Neokonservativen. Als *Cold War Liberalism* wird die konfrontative Politik der Demokratischen Partei unter US-Präsident Truman gegenüber der Sowjetunion zu Beginn des Kalten Krieges bezeichnet. Den Neokonservativen waren sowohl das Appeasement gegenüber Nazis und der Sowjetunion, als auch *laissez faire* und Apathie gegenüber der

⁴ Gruppe von Isolationisten, die den Eintritt der USA in den zweiten Weltkrieg zu verhindern suchten.

Wirtschaftskrise zuwider, die Teil der Ideologie der Republikanischen Partei der 1930er und 1940er war. Im Gegensatz zu den traditionellen Konservativen hatten die Neocons nie die Absicht, F.D. Roosevelts „New Deal“ rückgängig zu machen.

Ein wichtiges Bindeglied zwischen Alt- und Neukonservativen innerhalb der Republikaner war der Anti-Kommunismus. *„The anti-communism of the disillusioned Left is rather different from the anticommunism of the traditional American Right. The latter opposed communism because it was atheistic, linked to a hostile foreign power, and anti-free market“*, notiert Francis Fukuyam (S. 16). Die „right-wing liberals“ kritisierten die Monstrosität der kommunistischen Diktatur; ihre wesentliche Kritik zielte auf die Unfreiheit des totalitären Regimes. Die Opposition gegen die „kommunistische Bedrohung“ durch die Sowjetunion und China nach außen und die „sozialistische“ Politik der Demokraten nach innen einte diese Gruppen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges drohte die Koalition der Anti-Kommunisten zu zerbrechen. Einige Kräfte innerhalb der Republikanischen Partei wünschten sich einen neuen Isolationismus und ein Revival des „America first“ Gedankens. Die Neokonservativen konnten sich jedoch gegen die Stimmen von Parteiführern wie Pat Buchanan durchsetzen, die in den 1990ern ein Ende von Amerikas Engagement in Orten wie Somalia und Bosnien forderten. Die Unterstützung Israels gegen den „Islamofaschismus“ ist eine der zentralen Positionen des Neokonservatismus nach dem Ende des Kalten Krieges, argumentieren Mearsheimer und Walt in ihrem umstrittenen Werk *„The Israel Lobby & US foreign policy“* (Mearsheimer/Walt 2002: 130). Ohne diese Ansicht hier diskutieren zu wollen, kann jedoch von der Annahme ausgegangen werden, dass die meisten Neokonservativen die militärische Hilfe für Israel unterstützen.

Überraschender Verbündeter der Neokonservativen ist seit Beginn der 1980er die „Religiöse Rechte“, eine Allianz verschiedener evangelikal-christlicher Gruppen. Die kuriose Verbindung zwischen den überwiegend säkularen neokonservativen Intellektuellen und den Evangelikalen hat unterschiedliche Gründe. Sowohl die manichäische Weltsicht der christlichen Konservativen, als auch ihr dogmatischer Glaube an die Wiederkehr Christi im „Heiligen Land“ Israel wären für sie Gründe, „den Islam“ dort bedingungslos bekämpfen zu wollen – so argumentieren Micklethwait und Woolridge in ihrem Buch (2004: 214f.). Ein weiterer Grund für die Allianz zwischen Neokonservativen und der Religiösen Rechten ist die gemeinsame Überzeugung, dass sich die amerikanische

Gesellschaft durch die Auflösung traditioneller Strukturen in einer Krise befindet.

Von Demokraten zu Republikanern

In diesem Kapitel soll die politische Verortung von späteren Neokonservativen wie Irving Kristol vor dem Hintergrund des ideologischen Wandels von Demokraten und Republikanern nach dem Zweiten Weltkrieg beleuchtet werden.

Die Präsidentschaft von Franklin Delano Roosevelt und der Zweite Weltkrieg hinterließen eine relativ stabile Hegemonie der Demokraten über Kongress und Präsidentenamt. Irving Kristol identifizierte sich noch in den 1960er Jahren mit der „New Deal“-Politik von Roosevelt (Dorrien 1993: 76f.). Das wirtschaftspolitische *laissez-faire* von US-Präsident Herbert Hoover in den 1920ern schien politisch diskreditiert. Eine neue Generation von republikanischen Politikern wie Dwight Eisenhower und Nelson Rockefeller erschienen auf der Bildfläche, die keine Rücknahme des „New Deal“ versprachen. Mit der Wahl von Dwight Eisenhower zum Präsidenten 1952 schien der liberale Flügel der Republikaner die Partei für sich gewonnen zu haben (vgl. Rae 1989: 14). Zwischen der Eisenhower-Administration und den führenden Demokraten herrschte ein Grundkonsens, sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in außenpolitischen Angelegenheiten. Diese Haltung trug liberalen Republikanern den Spott der konservativen Basis ein, die ihre Haltung als „me-tooism“ bezeichneten. Der Antagonismus zwischen liberalem und konservativem Flügel der Republikaner kam auch im Wahlspruch Barry Goldwaters zum Ausdruck. „A choice, not an echo“ [der Demokraten] solle das politische Programm der Republikaner sein (Aldrich 1995: 163).

Die Parteienlandschaft der USA war vom Ende des US-amerikanischen Bürgerkrieges für fast ein Jahrhundert relativ stabil. Die Republikaner entstanden in den 1850er als Erben der altliberalen Whig-Partei und positionierten sich als politische Partei der Abolitionisten, der Gegner der Sklaverei. Nach dem Bürgerkrieg verloren sie dadurch fast völlig ihren Einfluss in den Südstaaten, die von weißen Demokraten politisch dominiert wurden. Die regionale Aufteilung des Einflusses blieb relativ stabil; Demokraten kontrollierten den Süden und den Mittleren Westen, während die Republikaner ihre Hochburgen im

Nordosten und an der Westküste hatten (siehe Aldrich 1995: 126-168). Diese Aufteilung führte zu intern gespaltenen Parteien. Eine Gruppe von konservativen Demokraten aus dem Süden hatte großen Einfluss im Kongress, in vielen Wahlkreisen im Süden traten die Republikaner nicht einmal an. Roosevelts' New Deal verlagerte Geld für den Ausbau der Infrastruktur in den unterentwickelten Süden, was ihm die Zustimmung der dortigen Partei garantierte. Im Norden bauten die Demokraten auf die Unterstützung ethnischer Minderheiten in den großen Städten. Die „party machines“ als System der politischen Patronanz in Städten wie Chicago garantierte die Stimmen des von den regierenden Demokraten abhängigen Klientels. Ein weiterer Teil der demokratischen „New Deal Coalition“ war die Landwirtschaft, die in hohem Maße von der Unterstützung aus Bundesmitteln abhängig war (ebd.).

Die Republikaner waren weit homogener. Ihre Unterstützer waren die aufstrebende Mittelschicht und die „besitzende Klasse“ der Händler und Kaufleute. Die Mischung aus *laissez-faire* nach Innen und Protektionismus und Isolationismus nach Außen verlor bedingt durch die Wirtschaftskrise der 1930er und den Kalten Krieg an Einfluss (ebd.).

Die Kultur des Kalten Krieges

In seinem Buch „The Culture of the Cold War“ (1996) zeigt Stephen J. Whitfield die Veränderung der politischen Landschaft in den 1950er Jahren. McCarthyismus und die Angst vor der Dominanz des Sowjetkommunismus⁵ in der Außenpolitik führten zu neuen rhetorischen Strategien. Die Ideen der progressiven Linken wurden als „kommunistisch“ diskreditiert. Beispielhaft sei dazu die Wahlkampagne Richard Nixons' zum amerikanischen Senat genannt. 1952 bezeichnete der spätere US-Präsident seine demokratische Gegenkandidatin für den Senat als „pink right down to her underwear“. „Pinks“ und „Reds“ würden beide „die Lehren Karl Marx“ als „ihre Bibel“ betrachten und versuchen, „Amerika zum Sozialismus“ zu bekehren (zitiert nach Whitfield 1996: 19). „*The Cold War*“, konstatiert Whitfield, „*put the reformist strategies of the New Deal [...] on ice*“ (ebd.).

Der liberale Internationalismus der Demokraten unter Präsident Harry S. Truman wurde zunehmend kriegesischer. Die Republikaner wandten sich unter Eisenhower von den isolationistischen Tendenzen der Zwischenkriegszeit ab, und forderten ein noch

⁵ Die Wörter „Kommunismus“ und „Sowjetkommunismus“ oder „Kommunisten“ sollen hier im Sinne des diskursiven Gebrauchs in den USA in den 1950er Jahren verwendet werden.

vehementeres Einschreiten gegen das perzipierte „Voranschreiten des Kommunismus“. Senator Joe McCarthy und andere versuchten immer wieder, die Reformen und die Regulation der Märkte durch den New Deal als „Planwirtschaft“ und als „sozialistisch“ zu brandmarken. Auch die Bürgerrechtsbewegung und die Emanzipation ethnischer Minderheiten blieben vom Verdacht des „Kommunismus“ nicht ausgeschlossen. Das FBI verfolgte weiße Befürworter der Desegregation, weil diese „fast immer Kommunisten sind“, wie ein Pressesprecher des FBI Ende der 1940er behauptete (vgl. Whitfield 1996. 21f.). Im Kontext des Kampfes gegen den „Weltkommunismus“ führte das zu einem Revival christlicher Religiosität, oft verordnet von staatlicher Seite. 1954 wurde dem „Pledge of Allegiance“, den jedes Schulkind in den USA aufsagen muss, eine Zeile hinzugefügt. „One nation, under god“ muss seither die Treue gelobt werden (ebd. 89f.). Die Betonung der eigenen christlichen Identität sollte die stärkere Abgrenzung vom atheistischen Sowjetkommunismus erlauben.

Die 1960er Jahre

In der Periode von 1952 bis 1964 wurde eine zunehmende Zahl von „liberalen“ Demokraten aus dem Norden in den Kongress gewählt. Im Verbund mit neuen Regeln für die Besetzung von Ausschüssen führte dies zu einer Verschiebung der Dominanz innerhalb der Partei zu Ungunsten des konservativen Südens (vgl. Aldrich 1995: 229f.). Das Prinzip der Seniorität hatte vorher vielen – oft im eigenen Wahlkreis unangefochtenen – demokratischen Amtsinhabern aus dem Süden geholfen, die Agenda der Administrationen von Roosevelt und Truman zu setzen. Mit der Wahl John F. Kennedys zeigte sich eine Machtverschiebung innerhalb der Partei. Der liberale Demokrat aus New York nützte seinen Einfluss als US-Präsident, um die Gleichbehandlung von Afroamerikanern und anderen Minderheiten im Gesetz zu Verankern und die ethnische Segregation im Süden abzuschaffen. Bei Unterzeichnen des „Civil Rights Act“ 1964 bemerkte der Nachfolger Kennedys, Lyndon B. Johnson, mit diesem Gesetz hätte man effektiv den Süden den Republikanern überschrieben (vgl. Micklethwait & Woolridge: 10).

Die Position der Republikaner in Minderheiten- und Bürgerrechtsfragen war uneinheitlich. Die Republikaner im Kongress in den 1950er Jahren hatten in „Rassenfragen“ oft noch weitaus progressiver abgestimmt als die Demokraten. Selbst dem „Civil Rights Act“ von

1964 und dem „Voting Rights Act“ von 1965 stimmten proportional die Republikaner zu höheren Anteilen als die Demokraten zu (vgl. Micklethwait & Woolridge: 33). Barry Goldwater war der erste Republikaner, der das Stimmenpotential enttäuschter weißer Wähler im Süden erkannte. Seine „Southern Strategy“ verhalf später Richard Nixon zum Erfolg. Rhetorisch gewandt plädierte Goldwater nicht für die Beibehaltung der Segregation, sondern für „States' Rights“; das Recht der einzelnen Bundesstaaten, ihre eigenen Rassengesetze zu machen. Den mehrheitlich von Weißen dominierten Bundesstaaten im Süden hätte dies erlaubt, die Segregation aufrecht zu erhalten. Diese Rhetorik gefiel jedoch auch Sozialkonservativen und religiösen Wählern im Mittleren Westen, die sich gegen die Säkularisierung des Schulunterrichts zu wehren suchten (vgl. Breckheimer 1992: 72ff.).

Irving Kristol und die naszierenden Neokonservativen unterstützten zu diesem Zeitpunkt noch die Demokraten und waren Befürworter der Desegregation (vgl. Keller: 24f.). Der nachfolgende Versuch von Präsident Johnson, die ökonomische Situation der meist armen Afro-Amerikaner durch massive Sozialprogramme zu ändern, bewirkte bei Kristol jedoch ein Umdenken. Der als „Moynihan-Report“ des späteren US-Senators Patrick Moynihan bekannte Text erschien 1965 und löste eine hitzige Diskussion aus. Moynihan beschrieb als Ursache für die Armut der Afroamerikaner den „Niedergang der schwarzen Familie“ in Form der hohen Anzahl von alleinerziehenden schwarzen Müttern. Die Sozialprogramme der Regierung seit den 1930er seien Schuld, monierte Moynihan. Höhere Zahlungen für Single-Mütter hätten afroamerikanische Männer ermutigt, sich aus der Verantwortung zu ziehen und ihre Familien zu verlassen (vgl. Moynihan 1965: Kapitel V). Der *Moynihan-Report* gilt als Schlüsseltext für die sozialpolitischen Ideen der Neokonservativen. Die Verbindung von sozialkonservativen Ansichten mit dem rationalistischen Anspruch der Sozialwissenschaften wurde gewissermaßen zu einer Trademark der Neokonservativen. Die negativen Auswirkungen von „Social Engineering“ und der „Auswüchse“ des Wohlfahrtsstaates waren für Irving Kristol einer der Hauptgründe, die demokratische Partei als politische Basis zu verlassen und 1972 Richard Nixon zu wählen, schreibt er im Vorwort einer Essaysammlung (vgl. Kristol 1995: X).

Der zweite Grund war für Kristol das Vietnam-Dilemma. Lyndon B. Johnson hatte – entgegen anders lautenden Wahlversprechen – die Situation in Vietnam nach den Wahlen 1964 zunehmend eskalieren lassen und immer mehr Truppen in das südostasiatische

Land entsandt. Bei der Wahl 1968 stellten sich mit Hubert Humphrey und Richard Nixon zwei Befürworter des Krieges zu Wahl, nachdem der prominente Kriegsgegner Robert Kennedy kurz vor seiner Kür zum demokratischen Kandidaten erschossen worden war. Die Demokraten verloren die Wahl, und im Laufe von Nixons Amtszeit trudelten immer neue Hiobsbotschaften aus Vietnam ein. 1972 stellten die weiter nach links gerückten Demokraten George McGovern als Präsidentschaftskandidaten auf. McGovern wurde von vielen Aktivisten der Studentenbewegung unterstützt und versprach einen schnellen Abzug der Truppen aus Vietnam, sowie eine weitere Expansion der Wohlfahrtsprogramme Kennedys und Johnsons. Seine Unterstützer rekrutierten sich zu einem Teil aus der Neuen Linken, der Kristol schon zuvor mangelnden Patriotismus unterstellt hatte. McGovern symbolisierte für Irving Kristol und die Neokonservativen die geistige Kapitulation der Demokratischen Partei vor der außenpolitischen Bedrohung des Kommunismus.

Für Irving Kristol, Daniel Glazer, Norman Podhoretz und andere spätere Neocons stellte die Wahl George McGoverns zum Kandidaten die Aufkündigung ihrer geistigen Verbindung mit den Demokraten dar. Mit jedem weiteren Jahr sei die Zahl der „dissident liberals“ gestiegen (vgl. Kristol 1995: X). Eine solche Wende hatte zuvor schon Ronald Reagan vollzogen. Er kommentierte den „Linksruck“ der Demokraten Anfang der 1960er mit seiner berühmten Aussage: *„I didn't leave the Democratic Party. The party left me“* (zitiert nach Neuman 2004: 4).

Begriffsbestimmung und Positionen des Neokonservatismus

Wer sind die Neokonservativen? Der „harte Kern“ der Bewegung waren die „New York Intellectuals“, die Kinder von europäischen Emigranten mit oft jüdischen Wurzeln, die in den 1930er Jahren am City College in New York studierten (vgl. Dorman 2000). Andere stießen dazu.

Ein gewisses Maß an Kohärenz in ihrem Gedankengut erreichten die gewandelten Linksradi-kalen und „Cold War Liberals“ in den Sechziger und Siebziger Jahren durch gemeinsame Foren der Publikation. Zumindest zu Beginn definierte sich der Neokonservatismus vor allem über einige gemeinsame Presseorgane. So stellte Mark

Gerson in seinem Buch über die Neocons fest:

„As a preliminary guideline, suffice it to say that if an intellectual writes regularly for Commentary or Public Interest, he is a neoconservative. If he writes for Policy Review, The New Criterion, First Things, Crisis, The American Spectator, Forbes, Fortune, The American Scholar, The American Enterprise, The National Interest, National Review, Public Opinion, Society, Foreign Affairs, The Washington Quarterly, he might be – better cross-reference him with Commentary and the Public Interest“ (zitiert nach Keller: 43).

Wichtigste Figur des Neokonservatismus zu Beginn war Irving Kristol – Nash nennt ihn „principal figure“ der damals noch als „right-wing liberals“ apostrophierten Bewegung (vgl. Nash 1976: 333).

Eine Definition des Neokonservatismus ist schon aus der begrifflichen Geschichte des Wortes schwierig. Das Wort vom „Neo-Conservative“ wurde als Kampfbegriff geschaffen, um „vom Glauben abgefallene“ Linke Anfang der Siebziger Jahre zu brandmarken. Zu Beginn wies der so bezeichnete Personenkreis den Namen noch zurück – Irving Kristol gilt als der Erste, der ihn positiv für sich approbierte. Die erste Erwähnung des Ausdruckes findet sich bei Michael Harrington in seinem Essay „The Welfare State and Its Neoconservative Critics“ (1973), der im linken Magazin *Dissent* erschien. *„They were labeled 'neoconservatives' partly for factional reasons“*, argumentiert Gary Dorrien (1993: 6). *„Harrington and his followers needed to distinguish their form of social democracy from the hawkish, increasingly antiliberal politics of their former comrades. [...] Their message was: These people are no longer with us.“* (ebd.). Ab Ende der Siebziger verwendeten Kristol und andere den Ausdruck zunehmend für sich selbst (Dorrien 1993: 7).

In seinen neueren Publikationen spricht Irving Kristol auch von einer „neoconservative persuasion“, weil man beim Neokonservatismus nicht von einem fixen Set von doktrinären Ideen sprechen könne. Ein Essay dieses Titels erschien 2004. Einige Neokonservative haben behauptet, dass „neokonservativ“ ein anti-semitisches Kodewort ist, um die Außenpolitik der Regierung Bush zu denunzieren (vgl. Fukuyama 2006: 13). Die Frage, wie exakt man neokonservative Vorstellungen oder Doktrinen eingrenzen kann, ist zumindest diskutabel.

Der Neokonservative Seymour Martin Lipset argumentiert, dass die Verwendung des Wortes „Neokonservativ“ als Kampfbegriff eine neutrale Eingrenzung schwierig macht.

„Neoconservatism , both as an ideological term and as a political grouping, is one of the most misunderstood concepts in the political lexicon. The reason is simple. The world has never referred to a set of doctrines to which a given group of adherents subscribed. Rather, it was invented as an invidious label to undermine political opponents, most of whom have been unhappy with being so described.“ (Zitiert nach Keller 2008: 43)

Wie schon im oben zitierten Statement von Lipset angedeutet, teilte die erste Generation von Neokonservativen eine gemeinsame Erfahrung. Gary Dorrien notiert: *„The first generation of neoconservatives became conservatives not by inheritance, but by conversion“* (Dorrien: 7). Diese Konversion hatte mannigfaltige Auslöser, aber einen fundamentalen Grund. Die Neokonservativen fühlten sich als „Cold War Liberals“ von den Demokraten im Stich gelassen.

Wesentlich für die Transformation vom „Cold War Liberal“ zum „Neocon“ war jedoch auch ein Rechtsruck, der als Reaktion auf den Erfolg der Neuen Linken geschah. Die Neokonservativen hatten sich von ihren linken Positionen wegbewegt. George Nash schreibt 1976 von den „Neo-Conservatives“: *„[T]here were more and more indications that a momentous intellectual realignment was taking place in the early 1970s. In 1972 James Burnham suggested that while disillusioned liberalism was still in a 'transitional state', it was 'bound to develop further into a more integral outlook'...“* (Nash 1976: 332).

Keller argumentiert von einer wissenschaftlichen Perspektive aus, dass Neokonservative einige „klar identifizierbare Ansichten und Denkmuster“ miteinander teilen (Keller 2008: 43). In seiner Definition kennzeichnet Gary Dorrien die frischgebackenen Konservativen so: *„I shall define neoconservatism as an intellectual movement originated by former leftists that promotes militant anticommunism, capitalist economics, a minimal welfare state, the rule of traditional elites, and a return to traditional cultural values“* (Dorrien 1993.: 8). Aktualisiert und auf den Stand der Ereignisse gebracht, schreibt Keller, müsste in Dorriens Definition der Anti-Kommunismus durch „US-amerikanische Vorherrschaft“ und

„*democracy promotion*“ ersetzt werden (Keller 2008: 46).

Irving Kristol selbst nennt in der erstmals 1979 publizierten Schrift „Confessions of a True, Self-Confessed- Perhaps the Only- 'Neoconservative'“ acht „inoffizielle“ Merkmale eines Neokonservativen.

- Neokonservative sind „desillusioniert vom zeitgenössischen Liberalismus“ und haben eine lose, jedoch nicht notwendigerweise „unfreundliche“ Beziehung zur Welt der Wirtschaft
- Sie betrachten „politischen Romantizismus“ als Übel – ganz im Gegensatz zu anderen konservativen Strömungen
- Die Wurzeln des Neokonservatismus liegen in prämodernen und präideologischen Texten. Die Lehren des Leo Strauss sind dafür von Bedeutung, auch wenn viele Neokonservative seine Vorbehalte gegenüber der Moderne nicht teilen. „*Neoconservatives are admiring of Aristotle, respectful of Locke, distrustful of Rousseau*“.
- Neokonservative fühlen sich als Teil der bourgeoisen Gesellschaft. „*In the spirit of Tocqueville, neoconservatives do not think that liberal-democratic capitalism is the best of all imaginable worlds – only the best, under the circumstances, of all possible worlds*“.
- Neokonservative neigen zur Ansicht, dass die Marktwirtschaft eine notwendige Voraussetzung einer freien Gesellschaft ist.
- Neokonservative glauben an die Wichtigkeit von ökonomischem Wachstum als unabdingbar für soziale und politische Stabilität.
- Neokonservative respektieren die Notwendigkeit der Marktwirtschaft als ökonomischem Mechanismus, sind jedoch keine Libertarier im Sinne von Milton Friedman oder Friedrich A. Hayek. Ein „konservativer Wohlfahrtsstaat“ ist konsistent mit den Ansichten des Neokonservatismus.
- Neokonservative sehen Familie und Religion als unabdingbare Säulen der „decent society“ (vgl. Kristol 1983: 75ff.)

Schon aus dem Titel geht hervor, dass dieses „Bekenntnis“ aus der Zeit stammt, in der sich das Feld der Neokonservativen erst zu formieren begann. In den oben zitierten

Punkten fehlt kurioserweise der für die Neokonservativen bedeutsame Anti-Kommunismus. Kristol stand mit seiner Selbstsicht als Konservativer noch relativ allein auf weiter Flur. Viele seiner späteren Mitstreiter sahen sich zu diesem Zeitpunkt noch als „liberals“, auch wenn sie viele seiner Ansichten teilten. Erst im Laufe der 1980er begann „neoconservative“ eine häufige Selbstbezeichnung in der amerikanischen Politik zu werden.

Henning (2006) und andere sind der Meinung, dass sich die Geschichte der Neocons in drei Phasen einteilen lässt. Die erste Generation, die in den 1970er Jahren ins Zentrum politischer Diskussionen rückte, bestand im Wesentlichen aus intellektuellen 'Konvertiten'. Die zweite Generation (z.B. Charles Krauthammer, der Redenschreiber für Ronald Reagan war) bekam erstmals durch die Reagan-Administration auch praktischen Einfluss. Die dritte Generation ab den 1990er Jahren löste sich von den Dogmen des Kalten Krieges (etwa des Roll-Back der Sowjetunion) und formulierte außenpolitische Thesen, die an die neue Situation angepasst waren (vgl. Henning 2006: 79).

Die Neokonservativen der ersten Generation ziehen einen wesentlichen Teil ihrer Schlüsse aus ihrer „ex-linken“ Weltsicht und einer Abkehr von marxistischen und generell linken Dogmen. *„Their turn to the Right was a surprise to themselves. The social movements of the sixties and seventies drove them into positions they hadn't expected to defend. Nathan Glazer thus defined a neoconservative as 'someone who wasn't a conservative'“,* schreibt Dorrien (S. 7).

Keller erwähnt in seiner als Dissertation verfassten Schrift ein Konzept von Samuel Huntington, das er als „raffiniert“ bezeichnet. In dieser Idee eines „situativen Konservatismus“ ist konservatives Gedankengut keine fixe Sammlung von Ideen, sondern eine Art Funktion der „latent pattern maintenance“ wie im AGIL-Schema von Talcott Parsons. Nach diesem Erklärungsmuster sind Neokonservative als Ex-Liberale notwendige Beschützer der Institutionen des „new deal“ und der unmittelbaren Nachkriegszeit gegen den Angriff von Linksliberalen in Zeiten nationaler Bedrohung durch den Kalten Krieg (vgl. Keller: 37).

Die recht deutliche Affirmation der Neokonservativen von traditionell konservativen Werten stellte mehr dar, als nur eine situative Veränderung der politischen Opposition. Die Neokonservativen „in the making“ rückten während der 1960er und 1970er Jahre eindeutig

nach Rechts und gaben nach und nach linke Grundannahmen auf. Sinnbildlich dafür kann die Hinwendung der ehemaligen Trotzisten und anderer Linker zur „moderaten“ Befürwortung des Kapitalismus sein, veranschaulicht in Irving Kristols Essayband „Two cheers for capitalism“ (1977). Das Buch versteht sich als eine Kritik sowohl von „corporate capitalism“ als auch „socialism“, wie Michael Novak in seiner Rezension im Magazin *Commentary* anmerkt (siehe Novak 1978, online). Im Laufe der Zeit rückt Kristol deutlich von dieser ambivalenten Haltung ab. Anfang der 1980er Jahre – mittlerweile den Republikanern beigetreten – befürwortet er eine radikale Politik der Steuersenkung, die im Gegenzug die Demokraten im Kongress zu einer Kürzung der Staatsausgaben und zum Ausgleichen des Budgets zwingen sollte (vgl. Smith: 161f.). Der Kern neokonservativen Denkens war nicht primär mit Wirtschaftsfragen beschäftigt. Der Neokonservatismus hat nur insofern eine ökonomische Komponente, als dass „Entrepreneurship“ mit Freiheit gleichgesetzt wurde, und der Einfluss des Staates auf die Sozialstruktur verhindert werden sollte. Der Gegenentwurf zum „Entrepreneurship“ ist der *Managerial State* von James Burnham. Eine Allianz der Neokonservativen mit den „pro-business Republicans“ erschien logisch, ohne dass die „Neocons“ deren Auffassung komplett teilten.

Der militante Anti-Kommunismus der Neokonservativen war eine Reaktion auf ihre Wahrnehmung, dass die amerikanische Linke zu „weich“ und, zum Teil, apologetisch auf den Kommunismus in der Sowjetunion und Osteuropa reagierte. Die verbreitete latente Sympathie liberaler Intellektueller für die verschiedenen kommunistischen Regime ließen die Neocons nicht gelten. Der „real existierende Sozialismus“ hatte sich in etwas Monströses verwandelt, das den ursprünglichen marxistischen Ansprüchen nicht gerecht wurde. Die Neokonservativen lehnten jede Form von „kommunistischer Herrschaft“ ab (vgl. Fukuyama 2006: 16). Wichtig für ihren Anti-Kommunismus war das Totalitarismuskonzept von Hannah Arendt (siehe Friedman 2005: 68ff.). Mit dem Buch „Totalitarian Dictatorship and Autocracy“ von Zbigniew Brzezinski (1956) popularisierte der Politikwissenschaftler und spätere nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter dieses Modell. Der Totalitarismus sei eine neuartige Form der Diktatur, die erst durch die technische Moderne möglich gemacht worden sei. Grundsätzlich seien aber totalitäre Diktaturen einander ähnlich und vergleichbar. Sie unterscheiden sich wesentlich von Autokratien, die Veränderungen im Inneren zulassen würden und deshalb durch den positiven Einfluss der USA als Bündnispartner profitieren könnten. Erst die Unterscheidung zwischen autoritären und totalitären Staaten machte eine „idealistische“ Unterscheidung

zwischen „freundlichen Diktaturen“ und dem „Reich des Bösen“ – der Sowjetunion – möglich. Diese Unterscheidung zwischen Autokratie und totalitärem Regime kam den USA unter anderem bei ihrer Politik gegenüber südamerikanischen Diktaturen, wie der von Augusto Pinochet in Chile, zu Gute. Diese Politik wurde von den Neokonservativen unterstützt. Bestes Beispiel ist das berühmte Essay „Dictatorship and Double Standards“ (1979) der ehemaligen UN-Botschafterin unter Ronald Reagan, Jeane Kirkpatrick, in dem er sich die Unterscheidung zunutze macht, um die laxen Politik von Jimmy Carter gegenüber „marxistischen Revolutionären“ in Lateinamerika zu kritisieren.

Zentral für die außenpolitischen Vorstellungen der Neokonservativen ab den 1980er wurde der Glaube an die Verbreitung von Demokratie und Menschenrechten. Während des Kalten Krieges waren sie in sich und mit den „Alt-Konservativen“ geeint. Nach 1989/1991 gab es ein Schisma, in dem einige Neokonservative – vor allem der älteren Generation – für amerikanische Zurückhaltung plädierten. Sie konnten sich jedoch nicht durchsetzen. Francis Fukuyama nennt vier zentrale Punkte der außenpolitischen Ansichten der Neocons.

- Die militärische Stärke Amerikas soll und muss für moralische Zwecke eingesetzt werden.
- Misstrauen gegenüber „Social Engineering“ und seinen Konsequenzen, und Regimen, die solche Projekte unterstützen.
- Skepsis gegenüber dem Völkerrecht und internationalen Organisationen und ihrer Fähigkeit, Sicherheit und Gerechtigkeit herzustellen.
- Der interne Charakter eines Regimes ist wesentlich für die Haltung der USA ihm gegenüber. Dies reflektiert die Unterscheidung zwischen „Autokratie“ und „Totalitarismus“, welche die Bündnispolitik der Vereinigten Staaten informieren soll (vgl. ebd: 48f.).

Der wesentliche Widerstand von Beginn der Siebziger an galt allem, was mit „Welfare“ und den Sozialprogrammen der Bundesregierung zu tun hatte, unabhängig davon, ob sie von Republikanern oder Demokraten gestartet wurden. Ein Kernnarrativ der Neokonservativen war der Niedergang der urbanen Zentren und die „Kultur der Armut“ von „generationenübergreifenden Sozialhilfeempfängern“. Sozialhilfe und Transferleistungen würden eine Behinderung darstellen, da sie die Bezieher davon abhalten würden,

Selbständigkeit zu erlangen (vgl. Fukuyama 2006: 20f.). Von Ende der 1960er Jahre weg erschien eine Flut neokonservativer Artikel, welche die Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat zum Thema hatten.

Wesentlich für ein Verständnis der Positionen der neokonservativen Intellektuellen war das Konzept der „New Class“ von Jamens Burnham, das er erstmals in seinem Werk „The Managerial Revolution“ (1941) beschrieb. Die „New Class“ konstituierte sich in den Augen der Neokonservativen aus den neuen „Managern“ des staatlichen Sektors, zum Beispiel Sozialarbeiter oder Universitätslehrende, die durch Expansion des Sozialstaates persönlich profitieren und in eine hegemoniale Position gerückt würden. Es sei eine von Kristols „einfachen Wahrheiten“, schreibt Gary Dorrien, dass die „Sozialtechniker“ und Intellektuellen des Wohlfahrtsstaates einen Klassenkampf gegen die Welt der Wirtschaft führen würden (vgl. Dorrien 1993: 98). Diese Gruppen hätten sich die Position als Fürsprecher der Armen angeeignet, ohne diese wirklich zu repräsentieren.

Obwohl Kristol sich selbst als einen moderaten Befürworter von Roosevelts „New Deal“ bezeichnete, nahm seine Haltung eine Komponente der konservativen Kritik am Wohlfahrtsstaat auf. Die Frage, ob sich die momentane Situation der Betroffenen verbessern würde, rückte gegenüber einer grundlegenden Ansicht in den Hintergrund. Die Angst der Neokonservativen vor der Maschinerie eines ausufernden Wohlfahrtsstaates ist ein Echo der Position der Libertarier um Friedrich August Hayek. Die persönliche Fähigkeit eines Menschen und sein Talent sind in dieser Konzeption die Begründung für seinen sozialen Status.

Kristol war strikt gegen die Erzeugung eines ausufernden Wohlfahrtsstaates und einer „New Class“: *„To promote greater equality in the United States - where nature was triumphant – was to assault the laws of nature. Since people in bourgeois countries generally got what they deserved, according to their abilities, Kristol argued that worrying about inequalities of wealth in these countries was both inappropriate and self-defeating“* (Dorrien 1993: 99).

Kritiker des Neokonservatismus haben die Selbstdarstellung seiner Vertreter als „Befürworter von staatlicher Intervention in die Wirtschaft“ kritisiert. Vor allem europäische Kommentatoren verbanden mit dem Überschwappen neokonservativer Trends nach

Europa eine Welle der Entstaatlichung. Dementsprechend sahen sie in den Impulsen der Neocons „manchesterliberale Züge“, wie das Frank Schulz in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ im Jahre 1984 tat. Er und andere in Europa in den 1980ern interpretierten den Neokonservatismus unter dem Eindruck der „Reaganomics“ als Teil libertarischer Wirtschaftspolitik (vgl. Schulz 1984: 485-493).

„Die entscheidende Neuerung dürfte darin liegen, daß dieser Neo-Konservatismus eine Wirtschaftstheorie teils hervorgebracht, teils integriert hat (Monetarismus, angebotsorientierte Wirtschaftspolitik), die auf steuerungspolitischer Ebene mit dem Keynesianismus konkurrenzfähig und gleichzeitig für die Eindämmung sozialstaatlicher Steuerungsansprüche geeignet ist“ (Theo Schiller, in: Nohlen 2003, Bd. 1: 272).

Diese Sicht ist nicht falsch, ohne ganz richtig zu sein. Kristol affirmierte zwar ab den 1970ern die Ansichten der *Supply-Side Economics*. Neokonservative Ansichten zur freien Marktwirtschaft waren jedoch selten so strikt dogmatisch oder drastisch wie die der Anhänger der „Chicago School of Economics“. Für die Neokonservativen ist die Größe des Staatsetats und der richtigen Wirtschaftspolitik nicht entscheidend, sondern soziale und kulturelle Stabilität eines politischen Gemeinwesens (vgl. Kristol 1995: 27).

Oft wird der Begriff jedoch auch missverstanden oder falsch gebraucht. Das erste deutschsprachige Buch mit dem Wort „Neokonservatismus“ im Titel, Jakob Schisslers „Neokonservatismus in den USA“ (1984), verwendete das Wort „Neokonservatismus“ für „alle Artikulationen des gegenwärtigen Konservatismus in den USA“ (zitiert nach Fischer 2006: 9)

In der „Ära Bush“ kehrte die Rezeption dann wieder zu den außenpolitischen Elementen des Neokonservatismus zurück, deren Wahrnehmungen sich vor allem nach der außenpolitischen Maxime der Neokonservativen richtet.

In einem Artikel des Politikerwissenschaftlers Stephen Eric Bronner aus dem Jahr 2007 findet sich eine gute Zusammenfassung einer Position, die die persönliche Geschichte der Vertreter vor allem des frühen Neokonservatismus in seine Deutung zu inkorporieren versucht. Bronner sieht in der strikten Vertretung von „American values“ ein Durchscheitern des alten „Kadaver-Gehorsams“ gegenüber der Partei, den viele Neocons

der ersten Generation in ihrer Zeit als Trotzkiten oder Mitglieder der *Communist Party of America* erlernt hätten. Die „Adversary culture“ der 1960er Jahre, wie Norman Podhoretz die „Counterculture“ und die Neue Linke bezeichnete, verursachte für die Neokonservativen ein Trauma. Gerade erst in Positionen der Macht angekommen, war die radikale Opposition der jungen Linken gegen das „Establishment“ und die USA an sich ein Affront. Einen Teil der Rhetorik des Neokonservatismus hat nach Bronner seine Wurzeln im „Populismus“ des 19. Jahrhunderts, einer politischen Bewegung, die die Rechte der agrarischen „Mitte der Bevölkerung“ im Sinne hatte und gegen Einwanderung und andere „subversive Elemente der Gesellschaft“ auftrat (vgl. Bronner 2007: A. 8).

Genese der neokonservativen Bewegung

Ohne eine langwierige Geschichte des Neokonservatismus zu schreiben – das taten andere besser (siehe Dorrien 1993 oder Friedmann 2005) – sollen hier einige wichtige geistige Einflüsse neokonservativen Denkens erwähnt und kurz resümiert werden. Die Neokonservativen waren „vorbildlos, ohne völlig originell zu sein“ (Keller 2008: 59f.). Der Kalte Krieg schuf in den USA eine „historische einzigartige und revolutionäre Situation“ (ebd.), welche die Entstehung dieses neuen Konservatismus begünstigte. Wichtige Ideengeber waren liberale Figuren wie Arthur Schlesinger, Reinhold Niebuhr und Lionel Trilling. Konservative wie James Burnham und der oft genannte Leo Strauss hatten ebenfalls einen bleibenden Einfluss.

Die Suche nach den Wurzeln des Neokonservatismus, die nach dem 11. September 2001 begann, wurde als „frenetisches *ancestor hunting*“ bezeichnet (vgl. Keller 2008: 59). In seinem Buch nennt Patrick Keller fünf Vorbilder, die maßgeblich für die Neokonservativen waren. Diese sind: James Burnham, Reinhold Niebuhr, Leo Strauss, Lionel Trilling und Henry Jackson (ebd.: 60ff.).

George Nash bringt in seiner Geschichte des intellektuellen Konservatismus in Amerika neben Burnham andere Namen mit den „right-wing liberals“ in Verbindung. Er nennt den konservativen Denker Frank Meyer, der vor allem mit Daniel Bell in Verbindung stand. Ebenso befasst er sich mit dem Einfluss von Leo Strauss und Lionel Trilling, die Irving

Kristol besonders beim Verfassen von „On the Democratic Idea in America“ beeinflusst hätten (vgl. Nash 1976: 332). Diese Qualifizierung rückte besonders die beiden letzten genannten in den Fokus meiner Recherche.

Gary Dorrien befindet James Burnhams Konzept der „New Class“ als maßgeblich für die Entwicklung von Irving Kristols Weltansicht. Er nennt auch den ehemals marxistischen Philosophen Sidney Hook als Vordenker der Neokonservativen. Maßgeblichen Einfluss hatte dieser vor allem durch seinen rigiden Anti-Kommunismus (vgl. Dorrien 1993: 19ff.).

Francis Fukuyama - selbst ein ehemaliger Neokonservativer – preist die Leistungen von Leo Strauss für die im Werden begriffene Bewegung. Er unterstreicht die Wichtigkeit von Strauss für das neokonservative Verständnis des Regimes (vgl. Fukuyama 2006: 21ff.).

Als zentrale Figuren im intellektuellen Milieu der Neokonservativen und Irving Kristol werden immer wieder drei Figuren genannt und ihre Positionen werden in der Sekundärliteratur am ausführlichsten beschrieben: Trilling, Burnham und Strauss. Lionel Trilling und Leo Strauss haben das frühe Werk von Kristol beeinflusst, James Burnham ist für die Entwicklung der neokonservativen Außenpolitik beispielhaft. Von allen Dreien kann gesagt werden, dass sie wesentlich zu den ideologischen Positionen von Irving Kristol beigetragen haben. Aus diesem Grund habe ich die drei Personen ausgewählt und versucht, ihr Schaffen und ihren Einfluss genauer darzustellen.

Lionel Trilling

Irving Kristol selbst nennt Trilling, neben dem Philosophen Leo Strauss, als seinen wichtigsten Einfluss. Der Kritiker und Literaturwissenschaftler Trilling war eine einflussreiche Figur der 1940er und 1950er Jahre, der sich vor allem mit dem Buch „The Liberal Imagination“ einen Namen gemacht hatte. In dieser Sammlung von Essays über die Literatur der Moderne am Beispiel von Autoren wie T.S. Eliot, William Faulkner und Franz Kafka entwickelte er die Theorie, dass die moderne Literatur sich gegen genau jene übermäßig optimistischen, utopischen Ansichten richtet, welche die Politik der Moderne dominieren würden (vgl. Keller 69). Sein Motiv war das des „Verlustes der westlichen Zivilisation“ durch den jakobinischen Utopismus der Linken. Er warnte vor der „adversary culture“ linksliberaler Intellektueller, die durch ihre übermäßig ideologischen Ansichten die Komplexität ihrer Weltansicht reduzierten. Trilling reflektierte ein Thema seiner Zeit, jenes der

beinahe schmerzhaften Abwesenheit von konservativen und reaktionären Sichtweisen. Nach fast 20 Jahren völliger linksliberaler Hegemonie war der Konservatismus zu einem rekonstruktiven Projekt geworden (vgl. Nash 1976: viii).

Lionel Trilling selbst sah sich als Liberaler US-amerikanischer Art, der die liberale Tradition und Selbstgefälligkeit kritisierte. Er setzte damit früh eine intellektuelle Bruchlinie für die Neokonservativen. „*Trilling feared that the intellectuals disenchantment with bourgeois culture would eventually filter down to the newly educated middle classes*“ (Dorrien 1993: 96). Er symbolisiert auch die Abwendung des linksliberalen Establishments von der Neuen Linken und den entstehenden Bruch innerhalb der Demokratischen Partei.

Trillings ablehnende Haltung gegenüber der „Vermassung“ Amerikas war ebenfalls ein Thema, das Bedeutung für Irving Kristol hatte. Kristol kritisierte die Mittelmäßigkeit und Banalisierung der entstehenden Massenkultur. Als Ursache machte er die „New Class“ verantwortlich, die von der Passivität der Masse profitieren würden (vgl. Dorrien 1993: 97).

James Burnham

Laut Gary Dorrien ist James Burnham das „maßgebliche intellektuelle Vorbild der Neocons“ (Dorrien: 23). Die Rezeption seiner Werke hat Irving Kristol, Daniel Glazer und Norman Podhoretz mit Sicherheit geprägt. Neben Reinhold Niebuhr und Albert Wohlstetter hatte er einen maßgeblichen Einfluss auf die außenpolitischen Ansichten der Neocons, die in Zeiten des Kalten Krieges zu einem Imperativ ihres politischen Denkens wurden. Er ist jedoch auch deshalb interessant, weil sein Werk und dessen Rezeption ein *missing link* zwischen Paleo- und Neokonservativen darstellt.

Die zentrale Prämisse seiner Arbeit war, dass „Amerika aufgrund eigener Schwäche und Zurückhaltung im Begriff sei, den Kalten Krieg zu verlieren“ (zitiert nach Keller: 63). Im Gegensatz zur Neigung der liberalen Internationalisten zu *detenté* und *containement*, sowie zum wachsenden Isolationismus der Demokratischen Partei nach dem Vietnam-Krieg rief er zu einer Politik der Konfrontation mit dem „Weltkommunismus“ und der Sowjetunion auf. Stilistisch zynisch und politisch realistisch interpretierte er den Kalten Krieg als bereits verloren und schloss damit direkt an den Pessimismus der intellektuellen

Nachkriegs-Konservativen an.

Teil seines Bekenntnisses als Ex-Linker war seine Abkehr vom liberalen Idealismus und seine Hinwendung zum außenpolitischen Realismus: „*Only by renouncing all ideology can we begin to see the world and man*“ (zitiert nach Nash 1976: 92). Seine „tough-mindedness“ und sein nüchternes Studium der Macht ließen ihn zu einem Vorbild des Neokonservatismus werden. Die deklariert realistische Einschätzung der Lage bei gleichzeitiger Beibehaltung der idealistischen Sicht auf das Innenleben fremder Regime wurde zu einem Anker ihrer unnachgiebigen Haltung. Die Erinnerung an Stalinismus und Faschismus diente den geläuterten Linken als Aufwecker. Irving Kristol brachte es so auf den Punkt: „*A neoconservative is a liberal who has been mugged by reality*“ (Irving Kristol 1995: 75).

Das wichtigste Werk von Burnham ist sein Buch „The Managerial Revolution“ (1941) und der Nachfolger „The Machiavellians“ (1943). Darin beschreibt er eine Zukunftsgesellschaft, die stark den Vorstellungen von Aldous Huxley in „Brave New World“ ähnelt. Eine neue soziale Gruppe, die „New Class“ übernimmt die Herrschaft und entmachtet sowohl Arbeiterklasse als auch die Kapitalisten. Sein Konzept der „Managerial Revolution“ ähnelt stark späteren Konzepten des Totalitarismus. Die *New Class* hätte die Absicht, die bestehende Marktordnung auszuschalten und ein System gelenkter Wirtschaft und eines gigantischen Wohlfahrtsstaates zu installieren. Den damit einhergehenden Umbau der Sozialstruktur bezeichnen die Neokonservativen als „Social Engineering“.

Einflussreiche amerikanische Konservative wie der Herausgeber der „National Review“, William F. Buckley übernahmen ebenfalls die Idee des Wohlfahrtsstaates als „Nest“ der *Managerial Class*. Der Verlust der Kontrolle der Kapitaleigentümer über ihre Investitionen in der Wirtschaft und die mangelnde Mitsprache der Steuerzahler in der Verteilung ihrer Gelder im Wohlfahrtsstaat ist einer der Hauptkritikpunkte Buckleys (vgl. Weir 2007: 490). Der Einfluss Burnhams auf „Altkonservative“ wie Buckley und Neokonservative wie Irving Kristol beeinflusste die spätere Annäherung der beiden Gruppen.

Prominenter Kritiker Burnhams war George Orwell, der in seinem berühmten Roman „1984“ eine ähnliche Gesellschaft wie die Burnhams' beschrieben hatte. Orwell fasst die Ansichten von Burnham so zusammen:

„Capitalism is disappearing, but Socialism is not replacing it. What is now arising is a new kind of planned, centralized society which will be neither capitalist nor, in any accepted sense of the word, democratic. The rulers of this new society will be the people who effectively control the means of production: that is, business executives, technicians, bureaucrats and soldiers, lumped together by Burnham, under the name of ‘managers’. These people will eliminate the old capitalist class, crush the working class, and so organize society that all power and economic privilege remain in their own hands. Private property rights will be abolished, but common ownership will not be established (Orwell 1946: A. 1).

In seinem Aufsatz „Second Thoughts on James Burnham“ kritisiert er die vielen Inkonsistenzen in Burnhams Theorie, und zählt sämtlichen falschen historischen Prognosen von Burnham im Laufe des Zweiten Weltkrieges auf. Unter anderem hatte er eine andauernde Kontrolle Europas durch die Nationalsozialisten vorhergesagt. George Orwell bezeichnet Burnhams Sicht auf Nazi-Deutschland als „sympathisierend“ und wittert in seiner Meinung von Stalin „gewisse Bewunderung“ (vgl. Orwell 1946: Absatz 11). Sein Konzept der *Managerial Society* integriert Charakteristika des Faschismus mit denen des Sozialismus. Verschiedene „sozialistische“ Staaten sind für Burnham Vorbild einer managerialen Gesellschaft. Orwell portraitiert Burnham als paranoiden Phantasten, der grob die Vorzüge totalitärer Staaten („Effizienz“) überschätzt und die Gesellschaft *an sich* als reines Machtinstrument charakterisiert (vgl. Orwell 1946: A. 15).

Kristol übernimmt von Burnhams Konzept der „New Class“ vor allem dessen Furcht vor einer Übernahme der „Bürokratie“, die versuchen würde, die USA von einem „patchwork welfare state“ in eine „managerial society“ zu verwandeln. Kristol kritisiert, dass der moderne nordamerikanische „Liberalismus“ eine libertarische Politik in fast allen Bereichen verfolge – mit Ausnahme der Ökonomie. „Maximale individuelle Freiheit und ökonomische Planung“ seien für Kristol unvereinbar, schreibt Dorrien (Dorrien 1993: 97).

Leo Strauss

Die Evaluierung des Einflusses des Philosophen Leo Strauss auf die Neokonservativen

wird durch die übermäßige mediale Aufmerksamkeit seit der US-amerikanischen Invasion des Irak 2003 erschwert. Mediale Berichte und Analysen über konspiratorische Verbindungen, die selbst in seriösen Medien erscheinen, behindern einen vorurteilsfreien Blick. Eine Vielzahl an Kommentatoren witterten in der Politik des US-Präsidenten Bush den Einfluss des „anti-demokratischen Philosophen“ Leo Strauss und dessen „neokonservativer Kabale“, wie Francis Fukuyama bemerkt (vgl. Fukuyama 2006: 21).

Unbestreitbar ist, dass Strauss als Lehrer und durch seine Werke einen maßgeblichen Einfluss auf das Denken der Neokonservativen hatte. Schon 1976 notiert George Nash, dass Strauss einen „überwältigenden Einfluss“ auf Neokonservative wie Irving Kristol ausüben würde (Nash 1976: 337). Murray Friedman notiert: „In terms of influencing budding jewish conservatism [womit er Neokonservatismus meint, Anm.] and the broader conservative movement at the time, the most important figure was Leo Strauss“ (Friedman 2005: 41).

Francis Fukuyama schreibt, dass viele Schüler von Strauss sich später in den Reihen der Neokonservativen wiederfanden. In seinem Werk zu der Außenpolitik der Neokonservativen teilt Patrick Keller diese Einschätzung (siehe Keller 2008: 67f.; Fukuyama 2006: 24f.). Als Philosoph setzte sich Strauss' vor allem mit der Interpretation von Klassikern der Antike auseinander. Er selbst lehnte jegliche „Politisierung“ seines Werkes ab, die zweite und dritte Generation seiner Schüler benutzte sein Werk jedoch als „Katechismus“, wie Fukuyama bemerkt (Fukuyama 2006: 23).

Als Kernelemente von Strauss' Denken bezeichnet Keller die Bevorzugung des Antiken gegenüber dem Modernen, die textimmanente Analyse exoterischer und esoterischer Bedeutungen der Klassiker und die Betonung der Tugend gegenüber der Freiheit (vgl. Keller 2008: 68). In seinem Hauptwerk „Natural Right and History“ mokiert sich Strauss über die fundamentalen Fehler in der Philosophie der Moderne. Thomas Hobbes wäre es gewesen, der die Beziehung zwischen Bürger und Staat verändert und die Tugend als zentralen Begriff durch die Freiheit ersetzt hätte (vgl. ebd.).

Das Ersetzen eines universellen „Naturgesetzes“ mit dem vom Subjekt ausgehenden „Naturrecht“ hätte einen fundamentalen Bruch mit dem Rationalismus herbeigeführt. Die neue Basierung positiven Rechts auf Rechten des Einzelnen ohne „vorgehendes Gesetz, Ordnung oder Verpflichtung“ als Ursprung führe zu einer arbiträren Ordnung ohne

moralischen Sinn (zitiert nach Nash 1976: 52).

Friedman fasst Strauss' Überzeugungen so zusammen: *„...he held that the West, transfixed by modernism, utopian ideology and its new god, science, had lost its moral moorings. It stood in deep crisis due to a loss of purpose and required a return to an earlier classical tradition that focused on the 'formation of character' as the central issue in life. ...in the classical tradition, political expectations were limited. The classical tradition focused on the moral character of the individual rather than the liberal notion of 'uninhibited cultivation of individuality' (Friedman 2005: 40).*

Die „straussianische“ Vision einer Regierung basierte auf der Idee einer wertorientierten Gesellschaft. Die Regierung solle sich der Verbesserung der Gesellschaft und dem Hochhalten der Tugend widmen. Von Strauss haben die Neokonservativen das Motiv der Suche nach 'immergültigen Wahrheiten' und ihre Ablehnung des Relativismus, sowie ihre Affirmation der Notwendigkeit einer starken Regierung erhalten.

Ihre Haltung zum Staat unterscheidet die Neokonservativen eindeutig von anderen intellektuellen Konservativen in den USA. Kritisiert wurde Strauss von vielen Altkonservativen für seine „Perspektive klassischen Heidentums“, und den Unwillen, christliche politische Philosophie in seine Anschauung aufzunehmen.

Die grundlegend positive Einstellung zum Staat der Neocons wurde durch Strauss' klassische Sicht auf die Untrennbarkeit von Bevölkerung und politischem Gemeinwesen in der griechischen *polis* geformt:

„Kristol shared the Aristotelian sentiment of his mentor, Leo Strauss, that the state was responsible for shaping and reinforcing moral virtue in its citizens. Because self-government was only desirable when those who would govern were morally worthy of the task, republican democracy needed to be concerned, above all, with the moral character of its citizens“ (Dorrien 1993: 111)

Diese Argumente sind es auch, die die Skepsis der Neokonservativen gegenüber „uneingeschränkter Demokratie“ und für die republikanische Verfassung Amerikas nach der Idee der Gründerväter befürworten. Der US-„amerikanische Charakter“ sei in den

Augen der „Straussianer“ durch die Institutionen geformt worden, die die Amerikaner „in der Zeit von 1776 bis 1789 für sich ausgesucht“ hätten (Fukuyama 2006: 27). Die Zeitspanne zwischen der Unabhängigkeitserklärung der dreizehn britischen Kolonien bis zur Annahme der US-Verfassung ist zentral für die historische Perspektive von Irving Kristol.

Irving Kristol

Irving Kristol wurde 1920 als Sohn jüdischer Einwanderer in Brooklyn geboren. Seine Eltern hatten kaum Schulbildung und Kristol wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Sein Vater hatte nie eine Schule besucht, konnte jedoch Englisch lesen und schreiben. Anders als die Väter vieler seiner Altersgenossen war sein Vater selbstständig, erzählte Kristol im Gespräch mit Joseph Dorman. Diese ökonomische Unabhängigkeit hat seine spätere Einstellung zur Rolle des Unternehmers in der Gesellschaft beeinflusst (vgl. Dorman 2000: 29ff.). Den Haushalt seiner Eltern beschreibt Kristol in einem Memoiren-Essay als „Jüdisch-Orthodox, aber nur in der Einhaltung [der Gebote und Bräuche]“. Er erhielt zwar keine religiösen Unterweisungen zu Hause, seine Eltern schickten ihn jedoch in eine jüdische Schule, wo er Bibelunterricht bekam (vgl. Kristol 1995: 3).

Nach säkularer und religiöser Erziehung besuchte der das City College New York. Dorman nannte es in seinem Interviewband ein „Harvard for the poor“ (Dorman 2000: 41). Viele junge Studenten kamen aus Einwandererfamilien und besuchten die Universität, die zu dieser Zeit keine Studiengebühren verlangte. Kristol beschreibt die Atmosphäre damals als „hochpolitisch“. *„To be a poor Jewish kid at City College, to grow up in what was essentially a ghetto atmosphere was, as a matter of course, to seek an outlet, to seek some kind of transcendence“*, meinte der ehemalige Student und spätere Literaturkritiker Alfred Kazin (ebd.). Die renommierte Columbia Universität und die New York University kamen für Kristol und andere Einwanderer zweiter Generation aus Kostengründen nicht in Frage. Ein „Hauch von Anti-Semitismus“ an US-amerikanischen Universitäten zu dieser Zeit spielte laut Kristols Mitstudent Nathan Glazer ebenfalls eine Rolle (Dorman 2000:44).

Zeitzeuge Irving Howe beschreibt das City College der 1930er und 1940er als überlaufen und das Lehrpersonal als überarbeitet (ebd.). Studenten organisierten ihre eigenen Kurse, die eine dezidiert linksradikale Ausrichtung hatten. „*We educated ourselves*“, erzählt Daniel Bell (Dorman 2000: 46). An der Universität kam Kristol in intensiven Kontakt mit trotzkistischen Studenten, die ihn in ihre Organisation brachten. Zu dieser Zeit wurde Irving Kristol Mitglied der „Socialist Workers Party“ und wechselte nach einer Parteispaltung zur „Socialist Party of America“ (vgl. Dorrien 1993: 70). Im Speiseraum des City College diskutierten die jungen Studenten über Politik, und hier lernte Kristol auch Mitstreiter wie Daniel Bell und Nathan Glazer kennen, die später an *Public Interest* beteiligt waren. Während ein Teil des Speiseraums von Mitgliedern der „Young Communists League“ besetzt wurde, saßen im anderen Teil die Trotzkisten und andere anti-kommunistische Linke. Hier wurden ein großer Teil der Debatten zwischen Anhängern und Gegnern von Stalins' Sowjetunion ausgetragen, die Kristol prägten (vgl. Dorrien 1993: 69).

Die folgenden Jahre führten Irving Kristol jedoch graduell weg von der trotzkistischen Bewegung. Wesentlich dafür war die Frage nach der eigenen politischen Identität, und die Auseinandersetzung mit dem zunehmend als bedrohend empfundenen Regime in der Sowjetunion. So fragt Kristol: „[...] *was there something in Marxism and in Leninism that led to Stalinism? To what degree was there a connection? This was the question that all along bothered us, that was a prelude to our future politics*“ (zitiert nach Dorman 2000: 54). Der mangelnde Glaube an der utopischen Idee der Schaffung eines „sozialistischen Menschen“ war es, der Kristol in eigenen Worte zu „einer Art Liberalen“ machte (vgl. Dorman 2000: 93).

Zu dieser Zeit arbeitete Kristol neben dem Studium als Aushilfs-Maschinist. In der trotzkistischen Jugendorganisation lernte er seine spätere Frau Gertrude Himmelfarb kennen. Mit ihr ging er eine intellektuell fruchtbare Beziehung ein, er bezeichnet sie auch als seinen „intellektuellen Zwilling“ und maßgeblichen Einfluss (Kristol 1995: 39). 1940 bekam Himmelfarb ein Stipendium für ein Graduiertenstudium an der Universität Chicago. Dort kamen Kristol und Himmelfarb mit einer Gruppe älterer Intellektueller in Kontakt, unter ihnen der spätere Nobelpreisträger Saul Bellow. Zu dieser Zeit lehrten an der Universität neben den Ökonomen der „Austrian School“, Ludwig Mises und Friedrich Hayek auch der Philosoph Leo Strauss, der auf Kristol ein wesentlicher Einfluss ausüben sollte (vgl. Friedman 2005: 19).

Die University of Chicago war zu dieser Zeit auch eine Hochburg der *Behavioralismus* der „Chicago School“ von Harold Lasswell und Charles Merriam. Jürgen Falter charakterisiert diese Strömung als „Ein-Campus-Revolution“, die sich im Laufe der 1950er auf die ganze USA ausbreitete und bis heute „das Bild der amerikanischen Politikwissenschaft“ prägt (in Nohlen 2003, Bd.2: 45). Die Blickrichtung des Behaviorismus ist positivistisch ausgerichtet. Das Individuum ist eine quantifizierbare Einheit, der Aussagen über sein politisches Verhalten abgerungen werden können. Diese Aussagen werden in einen theoretischen Zusammenhang gestellt, der Erklärung für auftretende empirische Muster liefern soll (ebd.: 46ff.).

Irving Kristol fasst Lasswell in seinem Essay „Machiavelli and the Profanation of Politics“ zusammen. „[He was] *trying to formulate an 'objective' set of political generalizations derived from, and to be tested by, experience. His seeming amorality is nothing but the passionless curiosity of the scientific imagination*“ (Kristol 1995: 162). Den positivistischen Ansatz Lasswells findet Kristol jedoch nur begrenzt gültig. Demonstrierbare „Wahrheiten“ über das politische Verhalten des Menschen seien bislang wenige gefunden worden (ebd.: 163). Diese Aussage passt in ein generelles Thema von Kristol, das der „limits of political learning“, der Grenzen der politischen Erkenntnisfähigkeit. „*Gutes Regieren ist eine praktische Aktivität, die nur durch die Erfahrung der Herrschaft 'erlernt' werden kann*“, schreibt er zu Beginn seines Essays über Machiavelli. Moralische Erwägungen wären kein Teil einer „wise government“ (ebd.: 152). Aus der Exegese von Machiavelli wird ein gegenwärtiges politisches Argument. Von utopischen Vorstellungen geprägte Soll-Zustände sollen keinen Einfluss auf die Arbeit der Regierung haben.

1944 wurde Kristol zur Armee eingezogen. Sein enger Kontakt zu seinen – zumeist aus ländlichen Gegenden stammenden – Kameraden stärkten seine Ablehnung utopischer Menschenbilder: „*I said to myself 'I can't build socialism with these people. They'll probably take it over and make a racket out of it'*“ (zitiert nach Dorrien 1993: 71). In Frankreich stationiert, kam er mit dem Geistesleben Frankreichs in Kontakt. „*I spent my days reading French journals – Les Temps Modernes, Critique, L'Esprit, Les Cahiers du Sud, and others*“ (Kristol: 14).

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Kristol Redakteur beim neu gegründeten Magazin *Commentary*, das vom *American Jewish Committee* ins Leben gerufen wurde. Politisch

definierte sich *Commentary* aus seiner Unterstützung des Westens gegenüber dem Ostblock. Kosmopolitisch in seinem Auftritt sprach das Magazin eine breite Leserschaft an. Kristol stieg rasch zum Chefredakteur auf (vgl. Dorrien 1993: 71). Anfang der 1950er Jahre ging Kristol mit seiner Frau nach Großbritannien, um das neu gegründete Magazin *Encounter* zu leiten. Der prominente Philosoph Stephen Spencer wurde ihm zu Seite gestellt. Finanziert wurde das Projekt vom *Congress for Cultural Freedom*, der, wie sich später heraus stellt, dafür Geld vom CIA erhält,. Kristol versuchte die diesbezüglichen Enthüllungen der New York Times 1966 zu diskreditieren, ohne sie direkt abzustreiten, notiert Dorrien (1993: 84f). „*Kristol could only have sustained his belief about the CIA stories by choosing to ignore the evidence his own friends had gathered*“ (ebd.: 87). In jedem Fall galt Kristol bei den Auftraggebern als politisch zuverlässig. „*The political section of Encounter was in Kristols hand until 1958, when, from the CIA's perspective, the position was passed on to someone equally reliable*“ (ebd.).

In London lernte Kristol eine prosperierende Szene von intellektuellen Konservativen kennen, die ihm sehr zusprach. „*I found my conservative friends far more interesting than the others*“ (Kristol 1995: 25). Die Erfahrungen in England bestärken seinen wachsenden Unmut mit der Sozialdemokratie bzw. dem Liberalismus US-amerikanischer Prägung. „*The prospect of the entire world evolving into a cheerless global Sweden, smug and unhappy, had no attraction for me*“ (ebd.). Sein Unbehagen wurde jedoch nicht durch das ökonomische Programm der Linken verursacht, von dem er – wie er schreibt – nichts verstand.

“It did have to do with foreign policy, where I was, on general principles, a 'realist' to the core, contemptuous of the Left's bland assumption that the class struggle was natural but that national and purely ideological conflicts were not. I was contemptuous of the Left's predisposition to see Communists as, in some sense, a wayward extremity of the Left, ultimately redeemable by therapeutic strategies. [...] The Cold War seemed to me not deplorable but inevitable” (Kristol 1995: 25).

Nach seiner Rückkehr übernahm Kristol diverse journalistischen Betätigungen. Ende der 1950er hatte Kristol erstmals die Idee zu einem Buch über die Fundamente der US-amerikanischen Politik, er gab das Projekt jedoch aus Frustration auf (ebd.: 28). Zusammen mit Daniel Bell gründete er 1965 das Magazin *Public Interest*, mit dem

erklärten Ziel, sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zu publizieren und für die politische Diskussion verfügbar zu machen. Die Herausgeber erklärten, dass es die Natur von Ideologie wäre, die Realität zu präterminieren, und sie darum ihr Magazin von solchen metaphysischen Annahmen rein halten würden. Die Wahrheit der Sozialwissenschaften wäre „genauso langweilig“ wie die Wahrheit in der Mathematik (vgl. Dorrien 1993: 89). Das Magazin, notiert Dorrien, trug trotzdem eher der Betonung Kristols Rechnung, im Besitz sozialwissenschaftlicher „Wahrheit“ zu sein, als der anti-ideologischen Haltung Bells. Dieser hatte sich 1960 mit der Publikation von „The End of Ideology“ einen Namen gemacht (vgl. ebd.). Das politische Programm von *Public Interest* war, die Regierung von großen sozialreformerischen Projekten fernzuhalten. Diese wären unadministrierbar und hätten oft gegenteilige Effekte, argumentierten Kristol und Bell.

Im Jahr der Gründung von *The Public Interest* rief US-Präsident Lyndon B. Johnson auch sein „Great Society“-Programm und den „Krieg gegen die Armut“ ins Leben. Kristol und Bell richteten sich instinktiv gegen das ambitionierte Projekt. „*The centerpiece of the War on Poverty was the sociological fantasy that if one gave political power to the poor, [...] they would lift themselves out of poverty at the expense of the rich and powerful*“ (Kristol 1995: 29). In den 1950ern gab es eine lose Koalition zwischen jüdischen und afroamerikanischen Bürgerrechtsbefürwortern. Diese Linie wurde zunächst auch von *Commentary* und den Autoren von *Public Interest* geteilt. Kristol war noch zu Beginn der 1960er Jahre ein vehementer Unterstützer der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung. In der zweiten Hälfte der 1960er wandte sich dies zum Gegenteil (vgl. Friedman 2005: 21ff.). Die Versuche, mittels Sozialhilfe und „Affirmative Action“ einen Ausgleich der Bildungs- und Einkommensschere zwischen Afroamerikanern und der Mehrheitsbevölkerung zu erreichen, wurden von Kristol und anderen heftig kritisiert. Die Konsequenzen solcher Eingriffe seien nicht berechenbar. Oft würden Gelder und Bevorzugung einen gegenteiligen Effekt haben, und zu geringerer Wettbewerbsfähigkeit führen. Profiteure des Wohlfahrtsstaates wären die Verwaltung und die Bürokratie, und die Wissenschaftler - die Advokaten des Wohlfahrtsstaates wären – die „New Class“. Dieses Konzept übernahm er von James Burnham.

Die starke Opposition gegen die sozialreformerischen Programme der 1960er und die „adversary culture“ der Neuen Linken kann auch psychologisch gelesen werden. „*All of us at the core of The Public Interest had grown up in lower-middle-class or working-class*

households [...] and we knew that becoming politically militant was no way for poor people to lift themselves out of poverty“ (Kristol 1995: 29f.). Das Aufbegehren der Jugend innerhalb und außerhalb der Neuen Linken interpretierte er als „spirituelles Vakuum“. *„I think that spiritual vacuum pervaded our suburbs. I think it pervaded our universities“* (zitiert nach Dorman 2000: 156). Als soziale Aufsteiger, die es aus eigener Kraft zu Ausbildung und gutem Einkommen geschafft hatten, empfanden es Irving Kristol und seine Kollegen als Kränkung, wenn jemand die Basis dieses Aufstiegs kritisierte. Ihr Anti-Kommunismus und ihr beruflicher Erfolg hatten zu einer starken Affirmation der USA als Nation und als Heimatland geführt. Die jungen Linken wurden als Nestbeschmutzer empfunden.

Als junger Trotzkind war für Irving Kristol die Parteipolitik fern und für die politische Diskussion irrelevant. Später empfanden sich er und viele seiner Kollegen aus ärmeren Elternhäusern als „natürliche“ Wähler der Demokraten. Bei den Wahlen 1964 hatte Kristol für den demokratischen Amtsinhaber Lyndon B. Johnson gestimmt. *„I did not accept Goldwater as being the righteous conservative. I never have“* (zitiert nach Dorman 2000: 173). Goldwaters' Ablehnung des *New Deal* machte ihn für Kristol inakzeptabel. *„Conservatism in the States at that moment was represented by the Goldwater campaign against the New Deal, with which none of us had any sympathy, and by National Review, which we regarded as too right-wing“* (Kristol 1995: 31).

Mit der Nominierung George McGovern's für das Amt des US-Präsidenten rückte die Partei „nach links“, und Kristol begann sich selbst „mehr als Konservativer“ zu sehen. Mitte der Siebziger ließ sich Kristol in der Wählerevidenz als Republikaner eintragen⁶ (zitiert nach Dorman: 167). Nach und nach akzeptierten viele seiner Mitstreiter die Bezeichnung „Neocon“ und folgten ihm in die Republikanische Partei.

Die Siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts brachten für Kristol steigenden beruflichen Erfolg und Anerkennung. 1972 las der junge Journalist Robert Bartley einen seiner Artikel, und half ihm daraufhin, regelmäßig im „Wall Street Journal“ zu publizieren. Kristol nahm eine Professur an der New York University an, ohne jedoch am akademischen Leben und den Diskussionen an der Universität teilzunehmen (vgl. Kristol 1995: 32).

Anfang der 1970er trat Irving Kristol in Kontakt mit Bill Baroody Jr., dem Leiter des *American Enterprise Institute*. Finanziert von reichen Industriellen war das Institut bis

⁶ Die Registrierung berechtigt zur Abgabe der Stimme bei den parteiinternen Vorwahlen der Republikaner.

dahin vor allem ein Advokat von Entrepreneurialismus und freier Marktwirtschaft. Baroody förderte als Folge der Bekanntschaft mit Kristol eine Reihe von Neokonservativen. Nicht nur Kristol selbst, sondern auch Jeane Kirkpatrick, Michael Novak und Ben Wattenberg waren „Fellows“ an dieser Institution (vgl. Kristol 1995: 33). Gary Dorrien betont Kristols Fähigkeiten als „Fundraiser“ und „corporate advocate“. Die Dominanz des linken US-Liberalismus an den Universitäten wäre eine Ausprägung der „New Class“, die direkt den Interessen der freien Marktwirtschaft entgegen laufen. *„Social Justice should not be a profession“* (Irving Kristol zitiert nach Dorman 2000: 172). Kristol plädierte dafür, dass Intellektuelle sich von Unternehmen finanzieren lassen sollten, um dem staatlich finanzierten Einfluss der New Class entgegen zu wirken. *„Kristol made an impressive career in this field, recommending the right kind of intellectuals, including himself, to his corporate acquaintances. He straightforwardly insisted that corporations needed to defend their interests by subsidizing the work and careers of ideologically sympathetic intellectuals“* (Dorrien 1993: 101).

In den 1970ern hätte er die Notwendigkeit erkannt, sich mehr mit Ökonomie zu beschäftigen, von der er bis dahin kaum Ahnung gehabt hätte, schreibt Kristol (1995: 34). Beeinflusst vom Ökonomen Jude Wanninski wandte sich Kristol von keynesianisch beeinflussten Ansichten ab und ließ sich von Wanniskis Modell der „supply-side-economics“ überzeugen (vgl. Kristol 1995: 33f.), das später ein Merkmal der Regierungszeit Ronald Reagans wurde. *„But there is a lot more necessary for a healthy society and a healthy polity than solid economic growth“* (Kristol 1995: 36). Das ökonomische Modell des Neoliberalismus gäbe dem Neokonservatismus eine Herangehensweise, die konstantes ökonomisches Wachstum garantiert, argumentiert Kristol. Der wesentliche Beitrag sei jedoch „moral philosophy, political philosophy and even religious thought“, der dem amerikanischen Konservatismus geholfen hätte, die „Wurzeln sozialer und kultureller Stabilität“ zu erkennen (ebd.: 27). Die Haltung von Kristol zu ökonomischen Fragen blieb ambivalent. Die „Chicago School“ und die Werke von Milton Friedman, sowie der Einfluss von Jude Wanninski überzeugten ihn von der Notwendigkeit einer möglichst unregulierten Wirtschaft. Prinzipiell verteidigte er jedoch die Reformen des „New Deal“ und der Möglichkeit des Eingriffs des Staates in die Wirtschaft.

1985 gründete Kristol mit Hilfe einer Spende von sechshundert Tausend Dollar der konservativen *Olin Foundation* das Magazin *The National Interest*. Darin wollte er seiner

„neorealistischen“ außenpolitischen Perspektive Ausdruck verleihen. „[...] *it became clear to me, that a post-Cold War foreign policy would be needed. Such a policy would have to steer its own course between Wilsonian internationalist utopianism and a 'pragmatism' that was little more than opportunism*“ (Kristol 1995: 38). Damit war er Auslöser für eine wichtige außenpolitische Diskussion, da nach dem Ende des Sowjetunion die Allianz aller anti-kommunistischen Konservativen zu zerbrechen drohte.

Staatsphilosophie und Weltsicht

Seine Disposition zum Elitismus machte Kristol offen für die Weltsicht von Leo Strauss. Er interpretiert die Texte Strauss' als Ablehnung der Aufklärung und des Kant'schen Gedankens der Befreiung aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit. In seinem autobiographischen Essay beschreibt er Strauss als „überzeugt, dass es einen inherenten Konflikt zwischen philosophischer Wahrheit und politischer Ordnung gibt“. „*[T]he popularization and vulgarization of these truths might import unease, turmoil, and the release of popular passion hitherto held in check by tradition and religion – with utterly predictable, but mostly negative consequences*“ (Kristol 1995: 8). Dieses tiefe Misstrauen gegenüber „der Masse“ und einer zu unmittelbaren Form der demokratischen Herrschaft des Volkes ist ein wesentliches Element von Kristols' neokonservativer Reinterpretation „US-amerikanischer Demokratie“.

„*For Kristol, neoconservatism was fundamentally an ideological expression of American common sense*“ (Dorrien 1993: 103ff.). Wichtiges Element dieses *common sense* ist für Kristol die Ablehnung der „französisch-kontinentalen Aufklärung“. „*The central conceit of the French-Continental tradition was the belief that the state was ultimately responsible for the well-being of its citizens*“ (ebd.). Als Gegenmodell befürwortet Kristol die „Anglo-Scottish Enlightenment“ nach dem Vorbild von John Locke, David Hume, Adam Smith, Adam Ferguson, Edmund Burke und James Madison. Deren egalitär-utopisches Modell der Politik dominiere den politischen Diskurs. Kristol mahnte die Grenzen „politischer Weisheit“ ein und betonte traditionelle soziale Struktur als Pfeiler der Gesellschaft (ebd.).

Die direktdemokratischen Ideen der 1968er-Generation lehnte er mit der Begründung ab, dass sie der Gesellschaft einen prozeduralen Rahmen gäben, ohne die Sinnfrage zu

klären. Die „Ausweitung der Demokratie“ - etwas durch direkte Vorwahlen von Kandidaten bei US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen bezeichnete Kristol – in Anlehnung an James Burnham – als eine Form von „Managerialism“. Dieses Gesellschaftsbild wäre technokratisch und hätte keine moralischen Leitlinien. *„Modern social scientists eschewed the moral questions about the nature of a good society“* (Dorrien 1993: 110). Kristols Alternative dazu nannte Dorrien „early America's premanagerial republicanism“. Es sei die Verantwortung des Staates, den „moralischen Charakter“ seiner Bürger zu beeinflussen. Diese Ansicht sei stark von Leo Strauss beeinflusst, notiert Dorrien (ebd.: 111).

Die Consensus Historians und die Historiographie des Kalten Krieges

Die „Consensus School“ ist, obwohl der Name das zu suggerieren scheint, keine einheitliche Bewegung. Nach dem Ende des Kalten Krieges erfolgte ein Paradigmenwechsel im Modus der Geschichtsschreibung in den USA.

„Consensus history“, schreibt Richard Hofstadter in seinem Buch „The American Political Tradition“, „refers to the work of a number of historians who have emphasized the common, bourgeois, entrepreneurial assumptions of most of the effective forces in American political life and the tendency of these forces to group around a Whiggish center rather than to be polarized in sharp ideological struggle“ (Neue Einleitung aus 1967, Hofstadter 1948: xxiii).

Historiker wie Hofstadter, Boorstin und Hartz, schreibt Robert Harrison, betonten den Glauben an einen „besitzenden Individualismus“, „free enterprise“ und politische Freiheitsrechte als Charakteristika von Amerika und – paradoxerweise – ihren empirisch-denkenden, pragmatischen, nicht-ideologischen „cast of mind“ (Harrison: 109).

Der historische Mainstream dieser Zeit war orthodox. Kommunisten wurden im Laufe der 1940er aus den Lehrkörpern vieler US-amerikanischer Universitäten entfernt. Einige Universitätsprofessoren, vor allem Kriegsveteranen mussten mit Treueeide auf ihren

Patriotismus schwören. Das „Committee on Un-American Activities“ des US-amerikanischen Kongresses verhörte Dutzende von prominenten Akademikern. Ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei der USA wie Daniel J. Boorstin gelobten „volle Kooperation“. Der neue *Consensus* dieser Zeit war „Amerikanismus“, aufgefasst als bereitwillige Kooperation mit dem Establishment.

„It is important to recognize the political context in which historians operated in the early years of the Cold War“, schreibt Robert Harrison. „Many historians concluded there was no place for communists in a scholarly community whose core values they could not possibly share. Communists, and perhaps historians of the left more generally, were accused of putting scholarship to political purposes, [...] They were believed to be incapable of 'objective' scholarship.“ (Harrison 2004: 110)

Consensus history interpretiert die US-amerikanische Geschichte als ideologisch ungebrochenen Siegeszug der politischen Ideologie der „Gründerväter“. Deren „demokratischer Republikanismus“ im Geiste John Lockes hätte die Leitlinien gelegt, der jede wesentliche politische Figur, und jede maßgebliche politische Strömung gefolgt sei. Die USA seien Produkt einer homogenen politischen Landschaft, deren Konflikte im Wesentlichen in der Auslegung einer gemeinsamen politischen Tradition bestehen.

Das erste Werk, das die Stimmung für eine solche Analyse setzte, war „The American Political Tradition“ von Richard Hofstadter. Seine Auffassung der USA als Nation pragmatischer Denker stieß bei vielen auf große Zustimmung und Enthusiasmus. Der Wegbegleiter des späteren Neokonservativen Irving Kristol, Daniel Bell fasste die Stimmung der Zeit in seinem Buch „The End of Ideology“ (1960) zusammen. In seiner Sichtweise ist die Stärke der amerikanischen Gesellschaft ihr Pragmatismus und die Abwesenheit jeglicher Ideologie. „Demokratischer Kapitalismus“ stellt für Bell keine Ideologie dar, sondern quasi ein natürliches Produkt der Aufklärung. Ideologie an sich charakterisiert er negativ als „Utopismus“, antithetisch zur objektiven Realität. Die ideologische Bewegung seiner Zeitgenossen charakterisiert er in seinem Buch so:

„[T]he former Left intelligentsia in the United States in the forties and fifties has been anti-ideological – that is to say, skeptical of the rationalistic claim that socialism, by eliminating the economic crisis of exploitation, would solve all social questions; [...]“

Moreover, the American intellectuals found new virtues in the United States because of its pluralism, the acceptance of the Welfare State, the spread of education, and the expanding opportunities for intellectual employment“ (Bell 1960, 2000: 310f.).

Noam Chomsky kritisiert Bell für seine Haltung 1967 in einem Essay. Die Intellektuellen des „Westens“, die Bell beschreibt, hätten durch ihre Selbstzufriedenheit ihren Wunsch nach Veränderung der Gesellschaft verloren.

„Intellectuals in the West, he argues, have lost interest in converting ideas into social levers for the radical transformation of society. Now that we have achieved the pluralistic society of the Welfare State, they see no further need for a radical transformation of society; we may tinker with our way of life here and there, but it would be wrong to try to modify it in any significant way. With this consensus of intellectuals, ideology is dead“ (Chomsky 1967: Absatz 45).

Chomsky kritisiert, dass dieser neue „Konsens“ zum einen höchste eigennützig für eine Gruppe von akademisch Gebildeten wäre, die ihren Platz in der Maschinerie des Wohlfahrtsstaates finden könnten. Andererseits kritisiert er diesen „Consensus“ an sich.

„[Bell] offers no serious argument to show that intellectuals are somehow "right" or "objectively justified" in reaching the consensus to which he alludes, with its rejection of the notion that society should be transformed. Indeed, although Bell is fairly sharp about the empty rhetoric of the "new left," he seems to have a quite utopian faith that technical experts will be able to cope with the few problems that still remain“ (Chomsky 1967: Absatz 46).

Im Anschluss an Hofstadter erschienen im Laufe des nächsten Jahrzehnts einige Bücher profilierter Historiker, die Hofstadters Leitmotiv ausbauten. In seinem Beitrag zur „New Social History“ nennt Robert Harrison drei Schlüsseltexte der Geschichtswissenschaften in diesen ersten Jahren des Kalten Krieges. Neben Hofstadters' „The American Political Tradition“ (1948) nennt er Daniel Boorstin's „The Genius of American Politics“ (1953) und Louis Hartz's „The Liberal Tradition in America“ (1955).

Irving Kristol beschreibt sich selbst 1972 als „sympathisierend“ mit den von ihm als

„revisionists“ bezeichneten Historikern. Er nennt Hofstadter, Marvin Meyers und Stanley Elkins, und bespricht in Folge länger die Ansichten von Boorstin und Louis Hartz (vgl. Kristol 1973: 61ff.). Diese Qualifizierung – kombiniert mit der Einschätzung von Harrison – kann man als ausreichend werten, um Hofstadter, Boorstin und Hartz genauer zu besprechen. Auf diese drei Autoren und deren Texte soll darum näher eingegangen werden.

Zunächst soll jedoch die der *Consensus*-Geschichtswissenschaften vorangegangene, dominante Strömung der US-amerikanischen Geschichtswissenschaften beschrieben werden, die unter dem Schlagwort der „Progressive History“ firmiert. Die „Consensus School“ konnte nur in Abgrenzung zu ihr entstehen und vollführte damit gewissermaßen eine ähnliche Kehrtwende wie später die Neokonservativen in ihrer Abwendung vom US-amerikanischen „Liberalismus“.

Die Progressive Historians

Ausgehend von Charles E. Beards „An Economic Interpretation of the Constitution of the United States“ (1913) wurde die von ihm inspirierte Generation von progressiven Historikern zur dominanten Strömung innerhalb der US-amerikanischen Geschichtswissenschaften. Beards radikaler Ansatz war es, die amerikanische Geschichte nicht von der „politischen Revolution“ des Unabhängigkeitskrieges ausgehend zu erzählen. Für ihn hatte die Revolution, ebenso wie die restliche amerikanische Geschichte primär ökonomische Motive (vgl. Berg 1957: 69). Die Gründerväter hatten „vested interests“ (engl. „erworbene Interessen“, als „materielle Interessen“ übersetzbar), die ihnen Anreiz zur Gestaltung des politischen Gemeinwesens gab, etwa durch niedrige Besteuerung. Durch die Revolution sollte der *status quo* der Eigentumsverhältnisse aufrecht erhalten werden. In diesem Sinne ist sowohl die Unabhängigkeitserklärung, als auch die US-amerikanische Verfassung zu lesen, die von ihm ausführlich analysiert wurde. Ausgelöst durch die politischen Freiheitsrechte der Verfassung gelang es sukzessive in jeder Generation, das Maß der Freiheit und ökonomischen Gleichheit voranzutreiben. So interpretierten Beard und seine Nachfolge die US-amerikanische Geschichte insgesamt als Marsch in Richtung einer egalitären Gesellschaft. Seine Denkschule der Geschichte zeichnet sich, wie Robert E. Brown schreibt, durch einen rigiden „ökonomischen

Determinismus“ aus (Brown 1956: 26). Im Gegensatz zu späteren progressiven Historikern beinhaltet diese jedoch nicht das für den Marxismus typische teleologische Geschichtsverständnis. Elias Berg attestiert Beard – wenn schon keine geschlossene Interpretation der Geschichte – so zumindest einen Stilbruch (vgl. Berg 1957: 71), der ihn zu einer wesentlichen Figur der Geschichtswissenschaft des 20. Jahrhunderts mache.

Daher konnte Richard Hofstadter in einem Aufsatz 1954 konstatieren, dass Beards Buch „in den Körper der amerikanischen Geschichtsschreibung“ absorbiert wurde und Auswirkungen auf das ganze Feld der Geschichtsschreibung hatte, nicht zuletzt aufgrund seiner methodologischen Einzigartigkeit, die viele Nachahmer nach sich zog (zitiert nach Brown 1956: 17). Das Buch sei eine „*tour de force* der historischen Nachforschung“, zitiert Robert E. Brown Max Lerner (ebd.). Beard hätte eine massive Menge an Daten aus verschiedenen Quellen herangezogen, die bis dahin in historischen Studien nicht vorgekommen wären (ebd.). Dazu zählten Wirtschaftsdaten ebenso wie Grundbücher, und Zensusdaten.

Ein Thema, das die „Progressiven“ in ihrer Arbeit immer wieder reflektierten, waren die fortschrittlichen „Helden“ der Geschichte, insbesondere Präsident Andrew Jackson. Jackson verlieh dem ruralen Amerika in den 1830ern seine Stimme, und verlagerte erstmals den Fokus der Politikgestaltung von den urbanen Zentren an der nordamerikanischen Ostküste auf das „flache Land“ außerhalb der Zentren. In ihren Werken glorifizierte das „Progressive Movement“ die Errungenschaften der „Populisten“, die Ende des 19. Jahrhunderts gewisse folkloristische und anti-kapitalistische Positionen in den politischen Mainstream getragen hatte, sowie die Politik der „Progressive Party“ der 1910er Jahre. Die Politik der „Progressiven“ zu Beginn des 20. Jahrhunderts zielte auf eine Ausweitung des Wahlrechts und eine größere Nachvollziehbarkeit des politischen Prozesses ab, den sie als unter dem Einfluss der „politischen Elite an der Ostküste“ sahen.

Die „Progressive Historians“ wurden im Laufe der 1920er und 1930er Jahre zu einem Teil zu marxistischen Historikern. Beard selbst gebrauchte zwar eine einigermaßen marxistische Terminologie, war selbst jedoch kein Marxist, wie Berg erläutert (Berg 1957: 14). Teilen konnte er mit Marx und Engels deren materialistische Interpretation der Geschichte. Die Lehren Marx' und die Sowjetunion genossen in der akademischen

Landschaft der USA vor dem Zweiten Weltkrieg einige Sympathie. Die Progressiven und Marxisten interpretierten als Grundausrichtung der US-amerikanischen Geschichte einen Antagonismus zwischen den Besitzenden und der Arbeiterklasse. Der Geschichtsverlauf wäre von Kämpfen für ökonomische Selbstbestimmung und Gleichheit bestimmt gewesen. Die folkloristische Glorifizierung der „Helden“ der Geschichte in diesem von den Marxisten als „Klassenkampf“ apostrophierten Deutungsmuster führte in den Augen der späteren Historiker zu einer übermäßig simplifizierenden Betrachtung. Spätestens mit dem Diktum der US-amerikanischen Kommunistischen Partei, dass der „Marxismus der Amerikanismus des 20. Jahrhunderts“ sei, manifestierte sich für vormalige Progressive wie Richard Hofstadter die progressive Anschauung als „American cultural chauvinism“ (zitiert nach Christopher Lash, in Hofstadter 1979: VIII). Die späten 1930er und beginnenden 1940er Jahre waren ein Höhepunkt des Aufstiegs und der Akzeptanz kommunistischen Gedankenguts in Amerika. Die Bemühungen um „Nativisierung“ des Kommunismus in Amerika führten unter anderem zu dem Projekt der Umdeutung nordamerikanischer Historie zu einer „mythical organic community“, zu einer Vorstellung von „usable history“ (ebd.: IXf.), also einer klar teleologischen „Nutzung“ der Geschichte und der Geschichtsschreibung als Element des Klassenkampfes.

Die Kritiker der Progressiven und ihre Positionen

„If one had to choose a single term to characterize the dominant tendency in postwar American historical writing“, schreibt Peter Novick in seinem Buch, „'counterprogressive' would seem the best choice“ (Novick 1988: 332). Die kritisierte „Naivität“ simpler ökonomischer Dichotomien der Progressiven und der Zeitgeist des Kalten Krieges führte zu einer Stimmung, die einen hohen Grad der Homogenität innerhalb akademischer Zirkel nach sich zog. Der Konsens über den „Consensus“ wurde zu einem Kennzeichen des dominanten US-amerikanischen „Liberalismus“.

Richard Hofstadter und Arthur Schlesinger wurden Ende der 1930er - als wesentlich von den Progressiven Geprägte - zu ihren schärfsten Kritikern. *„Consensus history“, schreibt Richard Hofstadter im Vorwort zu „The American Political Tradition“, „[was] conceived in reaction to the very strong and often oversimplified emphasis of the conflict that had preoccupied American historians since the time of Frederick Jackson Turner and Charles*

A. *Beard*” (Hofstadter 1948: xxiii).

Als Student an der University of Buffalo Mitte der Dreißiger Jahre schrieb Hofstadter einen Brief an Charles E. Beard, in dem er um Unterstützung für eine Seminararbeit bat. Hofstadter wollte in seiner Arbeit den Zusammenhang zwischen der Besiedlungspolitik in den westlichen US-Bundesstaaten und dem US-amerikanischen Bürgerkrieg 1861-65 ergründen. Die Antwort fand er dermaßen unbefriedigend, dass er erstmals an der ökonomischen Orthodoxie der Progressiven zu zweifeln begann. Beard hatte Hofstadter geraten, sich auf das Bankenwesen und die Kreditvergabe zu konzentrieren, und damit eine ganze Reihe von politischen und ethnischen Faktoren ausgeblendet (vgl. Brown 2006: 16). Für Hofstadter wurde das zu einem wesentlichen Kritikpunkt an der *Progressive School*– ihre Unfähigkeit, rein materialistische Erklärungsmuster zu überwinden. Im Vorwort zu „The American Political Tradition“ schreibt Christopher Lasch: *„It is not difficult to recognize in this critique of progressive political culture and its 'Marxist' offshoots of the thirties the central themes of Hofstadter's early work.“*

Arthur Schlesinger teilte zwar mit den Progressiven die wesentliche Analyse der Impotenz des amerikanischen Kapitalismus für den Bau eines Gemeinwesens. In seinen wissenschaftlichen Arbeiten kritisierte er jedoch den zum Teil vereinfachenden Blick der progressiven Historiker, die etwa in der ländlichen, populistischen Bewegung fremdenfeindliche und nativistische Tendenzen partout ausblendeten (vgl. Schlesinger 1946) .

Sowohl für Hofstadter als auch Schlesinger und andere wie Lionel Trilling, die aus einem urbanen Milieu kamen und einen familiären Hintergrund der Migration hatten, war der simplizistische Modus der amerikanischen Linken ungenügend, weil er die ländlich-agrarischen Wurzeln der Demokratie in ihren Augen übermäßig betonte.

Während Louis Hartz in „The Liberal Tradition in America“ argumentierte, dass es in den USA einen generationsübergreifenden liberalen Konsens gegeben hätte, führten der Historiker Daniel J. Boorstin und – in einer Variation des selben Themas – der Soziologe Daniel Bell die Idee ins Feld, dass die Amerikaner sich im Gegenteil „in der Ablehnung jeder Ideologie einig wären“ (vgl. Novick 1988: 333). Das von Bell proklamierte „End of Ideology“ des *All-American Consensus* ging dem „End of History“ von Francis Fukuyama um 29 Jahre voraus. Bei Bell wird die liberale Demokratie zum ideologiefreien Modus, die

in ihrem Pragmatismus politischen Ideologien wie „dem Sozialismus“ überlegen ist und der „die Zukunft gehört“ (vgl. Bell 1960: 13).

In der Sekundärliteratur ist die Meinung über die Auswirkungen der Consensus History auf den politischen Prozess geteilt. Während einige dafür plädieren, dass der bejahende Blick vieler Historiker auf die US-amerikanische Geschichte den konservativen Kräften in die Hände gespielt hätte, sehen andere keinen entscheidenden „Sieger“ in der Frage der Interpretation der postrevolutionären US-amerikanischen Geschichte. Casey Nelson Blake, Historiker der Columbia Universität argumentiert, dass eine hegemoniale Interpretation der Geschichte in den USA fehlt.

„Not that a conservative narrative of American greatness has taken the place of the progressivist account. The ideological contradictions within postwar U.S. Conservatism - with united free market fundamentalists, cultural traditionalists, and Cold War statists in an uneasy alliance - made it difficult for the Right to popularize a coherent "usable" past of its own, despite the best efforts of Ronald Reagan and William Bennett in the 1980s. Instead of a new conservative consensus on what is "usable" in American history, what we have witnessed in the last two decades are the "history wars": recurrent and usually predictable debates about the teaching and exhibition of the American past that have produced no clear winners or losers“ (Clake 1999: 424).

Die Position Kristols ab Ende der 1960er kann als Beitrag zu diesen „history wars“ betrachtet werden.

Richard Hofstadter

Zwischen den Neokonservativen und Hofstadter gibt es biographische Parallelen. Der Vater von Richard Hofstadter war Einwanderer und hatte jüdische Wurzeln, war jedoch nicht gläubig. Hofstadters Mutter war christlich-protestantisch und zog ihn in dieser religiösen Tradition auf. Sein Biograph David S. Brown argumentiert, dass ihn seine ethnisch und religiös plurale Herkunft besonders für die „außergewöhnliche Vielfalt“ des US-amerikanischen Lebens sensibilisiert hätte (vgl. Brown 2006: 7). Seine Frau animierte

ihn zu politischem Interesse und unter ihrem Einfluss trat er 1938 der Kommunistischen Partei der USA bei. Angewidert von der Mentalität der Linientreue und des darin mitschwingenden Anti-Intellectualismus, sowie des zunehmenden Bekanntwerdens von Berichten über die Moskauer Prozesse und die Verbrechen Stalins wandte er sich bald wieder davon ab (ebd.: 24f.).

Sein Studium führte ihn an die Columbia Universität, wo es zu diesem Zeitpunkt eine „inoffizielle Quote für Juden“ gab. Diese erlaubte hauptsächlich assimilierten deutschen Juden den Zutritt (vgl. Dorman 2000: 44). Diese antisemitische Stimmung verwehrt Richard Hofstadter vermutlich eine Assistentenstelle an der Columbia, schreibt David S. Brown (Brown 2006: 77f.). Nach einer Zeit im Süden der USA bekam er Mitte der 1940er eine Professur am City College in New York, dem Hort späteren neokonservativen Denkens – ironischerweise, weil durch die Entfernung prominenter Kommunisten einige Stellen freigeworden waren (ebd.). Das City College war zu diesem Zeitpunkt Auffangstelle für viele mittellose, jüdische Studenten, die durch antisemitische Aufnahmepraktiken keinen Weg in die „Ivy League“ fanden (vgl. Brown 2006: 27).

Die Kritik des Anti-Intellectualismus wurde eine Konstante im Leben von Richard Hofstadter. Nach seinen Erfahrungen mit der Kommunistischen Partei Amerikas in den 1930ern und der Zeit des McCarthyismus der 1950er wurde er zum ausgesprochenen Kritiker der von ihm wahrgenommenen Tendenz der US-Amerikaner zum „Hass auf Intellektuelle“. Seine Bücher, etwa „Anti-Intellectualism in American Life“ (1964) und seine berühmten Essays zum „paranoiden Stil“ in der US-amerikanischen Politik, die mit McCarthy und der militanten Rechten abrechneten, machten ihn auch über akademische Kreise hinaus bekannt.

Ein weiterer Fokus seiner Betrachtungen als „intellectual historian“ (Ideengeschichtler) war das historische Studium des Sozialdarwinismus, insbesondere in seinem Werk „Social Darwinism in American Thought, 1860-1915“ (1940). Diesen identifizierte er als stärkste geistige Strömung in Amerika im ausgehenden 19. Jahrhundert, mit starken Auswirkungen auf spätere Entwicklungen. Kennzeichnend für die Dominanz dieses Denkens sind seine Rezeption sowohl innerhalb der bourgeois Eliten als auch der aufstrebenden Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Im Sozialdarwinismus trafen sich drei bereits vorher latent vorhandene Strömungen US-amerikanischer politischer Kultur: Einerseits die

protestantische Arbeitsethik und „Can do“-Mentalität, andererseits wissenschaftlich-rationalistische Weltsicht und die Kompetenz des Kapitalismus. Diese Ideologie war sowohl für die Kapitalisten in den kommerziellen Zentren der USA, als auch für weiße Suprematisten und andere auf Rassenideale aufbauende Ideologen attraktiv. Insbesondere die Allianz zwischen Sozialdarwinismus und „Business interest“ stand für Hofstadter im Zentrum seiner kritischen Betrachtungen.

Ausschlaggebend für das heutige Verständnis von „The American Political Tradition“ ist die Interpretation des Buches durch die Zeitgenossen. Das Werk selbst umfasst verschiedene Portraits von Personen der amerikanischen Geschichte mit großem Einfluss auf das politische Denken dieser Zeit und reicht von Thomas Jefferson über Abraham Lincoln bis zu Franklin Delano Roosevelt. Das Ziel war für Hofstadter, wie er in der Einleitung schreibt, „politische Entscheidungsträger in ihrer Eigenschaft als geistige Anführer“ zu schildern (Hofstadter 1948: xxxii). Hofstadter hatte nicht die Absicht, eine große Theorie über das politische Denken in den USA abzuliefern, schreibt sein Biograph David S. Brown (Brown 2006: 51). In der Zeit der Veröffentlichung, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, machte der große Verkaufserfolg des Buches und seine breite Rezeption in akademischen Kreisen Hofstadter zum Begründer einer ganzen Schule der Interpretation US-amerikanischer Geschichte. Sein Verleger Alfred Knopf, der sehr auf eine einheitliche Präsentation des Buches bedacht war, schickte der Erstausgabe die Ankündigung voraus, das vorliegende Buch biete eine *„reinterpretation of our political traditions which emphasizes the common climate of American opinion“* (zitiert nach ebd.).

Im Vorwort fasst Hofstadter einige Beobachtungen zusammen. *„The fierceness of the political struggles has often been misleading; for the range of vision embraced by the primary contestants in the major parties has always been bounded by the horizons of property and enterprise.“* Die verschiedenen politischen Strömungen hätten alle einige wesentlichen Ansichten geteilt. Zum einen wäre das eine „Philosophie des ökonomischen Individualismus“; der Wert des Wettbewerbes; und die ökonomischen Qualitäten des Menschen in einer kapitalistischen Gesellschaft, die für den Menschen „notwendig“ seien (Hofstadter 1948: xxx). Kurzum, der „homo oeconomicus“ ist die für den Menschen die natürliche Daseinsform, die durch den Staat möglichst wenig zu beeinträchtigen sei.

Im ersten Kapitel knüpft Hofstadter direkt an eine wesentliche Diskussion der progressiven

Historiker um Charles E. Beard an. Beard hatte in „An economic interpretation of the constitution“ die „Gründerväter“ der Verfassung als von ökonomischem Eigeninteresse Motivierte dargestellt, die vor allem die Eigentumsstruktur der vormaligen Kolonien sicherstellen wollten. In seiner Darstellung rückt Hofstadter die Gründerväter weg von reinem Eigeninteresse, und lässt ihre konservative Absicherung der Besitzstruktur zur politischen Philosophie werden. Er nennt Gründe für den „demokratischen Republikanismus“, für den sich der Verfassungskonvent entschieden hätte. Die Gründerväter seien der Ansicht gewesen, der Mensch wäre ein Einzelwesen getrieben von Eigennutz. Das Interesse der Regierung sei es primär, diese von Eigennutz Getriebenen in Schach zu halten. Ihr anthropologisches Misstrauen gegenüber dem Menschen richte sich jedoch primär gegen den „common man“ und die Herrschaft des Volkes (vgl. Hofstadter 1948: 3f.).

Im Laufe der ersten Kapitel entwickelt Hofstadter sein Leitmotiv, nach dem die Gründerväter als vermögende Männer und Grundbesitzer ein profundes Misstrauen gegenüber der Demokratie hegten. Sie wären „*fearful that the poor would plunder the rich*“ (ebd.: 8). „*Government, thought the Fathers, is based on property*“ (ebd.:13). Dieser anti-demokratische Zug der Gründerväter sei jedoch sukzessive in Vergessenheit geraten (ebd.: 15f.). Geblieben sei das, in der amerikanischen Verfassung stark verankerte, Misstrauen gegenüber Regierung und Herrschaft, das eigentlich ein Misstrauen gegenüber der Souveränität des Volkes darstelle. Hofstadter stellt Thomas Jefferson als aristokratischen Landbesitzer dar, der eine Abneigung gegenüber den Städten und dem sich entwickelnden industriellen Kapitalismus hegt. Weitere Portraits betonen den mangelnden Enthusiasmus der Protagonisten der US-amerikanischen Geschichte für radikale Maßnahmen. Mit ihrem Denken hätten die „Gründerväter“ und ihre Nachfolger im Wesentlichen eine Affirmation von Eigentumsrechten und einem gleichen Zugang zum „Markt“ gesichert. Hofstadter synthetisierte in seiner Analyse einige Schlussfolgerungen der Progressiven über die ökonomischen Eigeninteressen der Gründerväter mit einem affirmativen Blick auf das von ihnen geschaffene politische System. Damit schuf er eine Argumentationsbasis für kapitalistische und anti-etatistische Konservative.

In einer Rezension zu Hofstadters „The Age of Populism“ merkte William Appleman Williams an, dass dessen Argumente „nicht Historiographie“ wäre, sondern ein zeitgenössisches neokonservatives Argument, mit dem radikale Gegenentwürfe kritisiert

werden sollten (zitiert nach Elkins/McKittrick: 323).

In der Tat kann dieser Gedanke auch biographisch legitimiert werden. Hofstadter war in seiner Zeit als Universitätsprofessor in New York mit einigen späteren Neokonservativen – unter anderem Irving Kristol – befreundet. Sein Kollege Richard Kirkendall meinte, *„Hofstadter's relationship to neo-conservatism is certainly true [...] These people share many liberal values, but liberalism to them connotes first of all naiveté – tender mindedness – a failure to recognize the 'sinfulness of men'“* (zitiert nach Brown 2006: 76). David S. Brown verteidigt Hofstadter gegen diese Indikation und argumentiert, dass dieser nie Positionen der Rechten angenommen hätte und bis zu seinem Tod 1970 ein überzeugter Wähler der Demokraten geblieben wäre (vgl. Brown 2006: 87f). Brown deutet an, dass die Bewegung von Hofstadter und anderen Linken seiner Generation zur Mitte der politischen Skala unter Druck des McCarthyismus und des anti-intellektuellen Klimas der Nachkriegsjahre geschah (vgl. ebd.: 103).

Louis Hartz

Seinen Ruhm als Historiker begründete Hartz 1955 mit dem Buch *„The Liberal Tradition in America“*. Der Erfolg brachte ihm unter anderem eine Professur an der renommierten Harvard-Universität ein. Das Buch argumentiert für eine ideologische Hegemonie des Liberalismus im „klassisch lock'schen Sinne“, wie er betont (Hartz 1955: 4). Diese Hegemonie währt seit den Gründungstagen der Republik. Die „Amerikanische Revolution“ des Unabhängigkeitskrieges der 1770er Jahre war eine „liberale Revolution“ gegen die ohnehin äußerst schwach ausgeprägte Kolonialherrschaft Großbritanniens. Die „Abwesenheit eines ancien régime“ macht sozialistische Revolution ebenso wie konservative Restauration impotent, argumentiert Hartz (vgl. ebd.: 6). *„Actually socialism is largely an ideological phenomenon, arising out of the principles of class and the revolutionary liberal revolt against them which the old European order inspired“* (ebd.).

Hartz war ebenso wie Hofstadter und Boorstin ein Ex-Marxist, der seine Überzeugungen wohl nie ganz ablegte, wie Corey Robin anlässlich des 50sten Publikationsjubiläums seines Buches notiert (Robin 2005: 2). Im politischen Klima der 1950er fühlte Hartz sich sichtlich unwohl, wovon seine Spitzen gegen den „mass Lockianism“ des McCarthyismus zeugen (vgl. Hartz 1955: 12). Als Polemiker wider den anti-progressiven Zeitgeist wurde er

jedoch weitgehend missverstanden. Noch heute würde Hartz von seinen Befürwortern als „celebration of American consensus“ und von seinen Kritikern als „Apologet der Mentalität des Kalten Krieges“ fehl interpretiert (vgl. Robin 2005: 3). Der Grund dafür liegt nicht zuletzt an seiner verklausulierten Schreibweise, die großzügigen Spielraum für Interpretationen zulässt.

Als Testament für die Einzigartigkeit des amerikanischen politischen Systems betrachtet Hartz die Struktur des Eigentums. Der Grundtypus des Amerikaners sei der „petit bourgeois“, der die strikte Bedeutung des Wortes transzendiere. Der US-amerikanische „Kleinbürger“ könne sowohl proletarischer als auch bäuerlicher Abstammung sein. Dieser „Kleinbürger“ produziere den linken Flügel des US-amerikanischen Liberalismus, während der konservativere Flügel von ihm als „Whig“-Flügel bezeichnet wird, den er mit der Republikanischen Partei *post bellum* assoziiert (vgl. Hartz 1955: 15ff.). Den Grund für die Einzigartigkeit dieses „amerikanischen Typus“ sieht Hartz im „irrationalen Lockianismus“ der Amerikaner und der unerhörten Weiträumigkeit des Landes, die die „soziale Durchlässigkeit“ erhalten würde (ebd.).

Daniel J. Boorstin

„The Genius of American Politics“ erschien 1958 und ist das zugänglichste der drei hier besprochenen Werke. Boorstin hatte – ebenso wie Hofstadter und Hartz – eine Vergangenheit als juveniler Marxist und war ebenso wie seine Historikerkollegen Mitglied in der Kommunistischen Partei der USA, was ihn später zu einem Geständnis und einem Gelöbnis zur „vollen Kooperation“ vor dem von Senator McCarthy geführten Ausschuss für „Un-Amerikanische Aktivitäten“ im US-Kongress brachte (vgl. Whitfield 1996: 83).

Im Vorwort von „The Genius of American Politics“ erfolgt so etwas wie eine Widmung seines Buches für einen politischen Zweck. Er betont die Einzigartigkeit der US-amerikanischen politischen Landschaft. „*The thesis of this book is that nothing could be more un-American than to urge other countries than to be more American*“ (Boorstin 1958: 1). In weiterer Folge lobt er den absoluten Pragmatismus der USA, der „keinen wesentlichen politischen Philosophen“ hervorgebracht hat. Mehr und mehr Menschen in der Welt, schreibt Boorstin, würden in politischer Theorie nicht eine bloße Legitimation von

Institutionen suchen, sondern „eine Blaupause, um die Gesellschaft neu zu modellieren“. Staatsmännern, die solche Blaupausen im Kopf haben, wirft er „Götzendienst“ vor. Die Stärke des politischen Lebens der USA versteht er in seiner Freiheit von solchen „European preoccupations“. Die relative Homogenität der amerikanischen Politik ist ein Garant für ihre Stabilität. *„A pretty good rule-of-thumb for us in the United States is that our national well-being is in inverse proportion to the sharpness and extent of the theoretical differences between our political parties“* (ebd.: 2f.).

Die übrigen Kapitel von „The Genius of American Politics“ widmet Boorstin seiner Untersuchung der völligen Abwesenheit großer politischer Ideen abgesehen vom Liberalismus des 17. Jahrhunderts, den die Gründerväter aus Europa importierten. Als „Axiom“ US-amerikanischer Politik bezeichnet er die Ansicht, dass „Institutionen“ keine „großen Erzeugnisse zum Erfüllen politischer Ideen“ sind oder sein sollten. Eher sind die Institutionen der amerikanischen Politik organisch „aus der Scholle“ und Tradition des Landes gewachsen (Hartz 1958: 6).

Der *Genius*, den Boorstin meint, ist die „antimetaphysische“ Gesinnung der Amerikaner, eine völlige Unanfälligkeit für „Nazismus, Faschismus und Kommunismus“, wie Stephen Whitfield notiert. *„American Politicians were supposed to arrange deals, not articulate ideas“* (vgl. Whitfield 1996: 54).

In seinem Essay „Revolutions – Political and Technological“, das in Irving Kristols Band „America's Continuing Revolution“ (1975) veröffentlicht wurde, vergleicht Boorstin „technologische Revolutionen“ mit „politischen Revolutionen“. Die Natur von politischen Veränderungen, schreibt Boorstin, sei oberflächlich. Regime würden häufig auf die Ideen und Institutionen des *Ancien Régime* zurückgreifen (zitiert in Kristol 1975: 175). Wenn Menschen an die Zukunft des politischen Lebens und möglicher Regierungsformen denken würden, könnten sie sich alle Möglichkeiten vorstellen, da „politische Weisheit nicht wesentlich voranschreitet“ (ebd.: 177). Dadurch bewahrheitet sich für Boorstin die „Weisheit traditioneller politischer Theorie“. Diese korrespondiert mit Kristols eigener, von Leo Strauss inspirierter Ansicht, dass die klassische politische Philosophie eine Quelle „ewiger“ Weisheit darstellen würde, und dass zeitgenössische Erkenntnisse und „Ideologien“ keinen Fortschritt bringen würden.

Analyse

Das Ziel dieser Analyse ist es, sich mittels der Methode der wissenssoziologischen Diskursanalyse eine Einsicht in die Entwicklung des Neokonservatismus zu verschaffen. Der Zeitrahmen der analysierten Schriften (1967-1976) ist gesetzt, um die Herausbildung eines spezifischen Argumentationsmusters bei Irving Kristol zu verfolgen.

Zentrale Motive für die Schriften von Irving Kristol in den späten 1960ern und 1970ern war der „Niedergang Amerikas“, die schleichende Korruption des Gemeinwesens durch eine „adversary class“ von Intellektuellen, die einen managerialen Wohlfahrtsstaat einzuführen suchten, sowie das Versagen von zeitgenössischer „Ideologie“ gegenüber den „ewigen Weisheiten“ der politischen Philosophie. Dem stellte Kristol ein imaginiertes „Vor-Amerika“ der Gründerväter gegenüber. Der Übersichtlichkeit halber ist die Analyse in Abschnitte geteilt, die ungefähr mit diesen Motiven korrespondieren.

Kristols Interpretation der Gegenwart bedient sich eines gezielten Rückgriffs auf zeitgenössische Impressionen der US-amerikanischen Vergangenheit. Diese Impressionen und ihre Instrumentalisierung sollen im Verlauf der Analyse sichtbar gemacht werden.

Der Niedergang der USA

Die Essays in „On the Democratic Idea in America“ (1972), schreibt Irving Kristol, folgen demselben Thema und Anliegen. Mit seinen Essays versuche er, die Tendenz von demokratischen Republiken zu zeigen, sich von ihren „ursprünglichen, antreibenden Prinzipien“ zu entfernen und als Folge davon eine schwere Krise zu erleben (vgl. Kristol 1972: vii).

Diesem Deutungsmuster folgen verschiedene Näherungsweisen in Kristols Werk zwischen 1967 und 1976. Die Veränderungen der USA in den 200 Jahren seit ihrer Gründung waren

sowohl soziologischer als auch intellektueller Natur. Der zentrale Begriff zum Verständnis seiner soziologischen Konzeption der USA ist der des „Bourgeois“. Die Gründerväter hätten eine „anti-urbane Philosophie“ gehabt, schreibt Kristol (Kristol 1972: 3). Diese beinhaltet ein Verständnis von „republican morality“ und „civic virtue“, definiert als „Bereitschaft der guten demokratischen Bürger, in besonderen Momenten ihre normale Kondition der Verfolgung von Eigeninteressen aufzugeben“ und sich dem Streben nach dem „Gemeinwohl“ zu verschreiben (ebd.: 4).

„Now, given these ideas on how popular government in America could survive and prosper, it is only natural that the founding fathers should have taken a suspicious view of big cities and should have wondered whether, in the end, they could be compatible with a free and popular government. [...] The entire literature of classical political philosophy – from Plato, Aristotle, and Cicero on to Montesquieu – exhibits a similar skepticism (Kristol 1972: 4f.).

Die Gründerväter sind nach Kristol der festen Überzeugung gewesen, dass nur kleine Städte eine wahrhaft demokratische Ordnung haben können (vgl. ebd.). Der Mob der größeren Städte wäre zu „entwurzelt“ von der traditionellen religiösen, politischen und moralischen Ordnung, um einen Charakter als demokratische Bürger entwickeln zu können (vgl. ebd.: 14).

„This population [...], in its political dependency, could be exploited by unscrupulous profiteers; it was a population which, in its political isolation, could be exploited by zealous demagogues; it was a population which, in its moral bewilderment, could be exploited by wild mystagogues; it was a population whose potential did not go beyond riotous destructiveness [...] It was because the founding fathers did not see how such a population could be capable of self-government that they took so dim a view of large cities (Kristol 1972: 14f.).

Würde man diese negative Perspektive der Gründerväter direkt auf die Gegenwart übertragen, wäre sie ein Argument wider die Volkssouveränität. Kristol führt darum eine Konzeption ein, die eine neue Klassifikation in die Gegenwart überträgt. Der urbane Mob der Phase der Industrialisierung ist in der Moderne domestiziert worden. Die Steigerung von Produktivität und Wohlstand und die „Suburbanisierung“ des US-amerikanischen

Lebens haben zu einer „bourgeois-ification“ der Gesellschaft geführt. *„We now have bourgeois masses“*, schreibt Kristol (ebd.: 16). Diese Konzeption der „bourgeois masses“ scheint direkt von Louis Hartz übernommen zu sein, der die USA als Nation des „petit bourgeois“ sieht. Bei Hartz ist es die irrationale Akquisition eines bürgerlichen Ethos, der die meisten US-Amerikaner ausmacht. Für Kristol ist es jedoch genau dieses Ethos, der den meisten Menschen in dieser „Masse“ abgeht.

„Though bourgeois in condition and life style, they have become less bourgeois in ethos, and strikingly more mob-like in action. Perhaps this has something to do with a change in economic character of our bourgeois civilization. Many critics have noted the shift from a producers ethic (the so-called Protestant ethic) to a consumer's ethic [...] This explanation is all the more plausible in that it echoes [...] the corrupting effects of material prosperity upon the social order (ebd.: 16).

Der korrumpierende Effekt physischen Wohlstandes ist für Kristol eine direkte Bedrohung seines Konzepts der „republican morality“. Diese umfasst einen „standhaften Charakter, disputierfähigen Verstand und eine Prädisposition, die eigenen Partikularinteressen dem Allgemeinwohl unterzuordnen“.

Die Bedrohung für die bürgerliche Ordnung der „republican morality“ ist für Kristol topographisch lokalisierbar. Kristol entwirft ein implizites Klassifikationsregime, das zwei grundlegende Bilder gegenüberstellt und ihnen Charakteristika zuschreibt.

Die Vereinigten Staaten der „Gründerväter“ der Republik waren rural geprägt. Kristol argumentiert, dass die politische Philosophie der Gründerväter diese ländliche Prädisposition zum Ausgangspunkt genommen hätte. Damit schreibt er das Bild des „guten, republikanischen Bürgers“ in einem ländlichen Umfeld fest und stellt dem die „hungrnden Massen der Stadt“ gegenüber.

„We take it for granted that if a people live in comparative poverty, they are necessarily incapable of the kind of self-discipline and sobriety that makes for effective self-government in their particular communities. [...] Many of our frontier communities, at the time of the Revolution and for decades afterward, were poor by any standards. Yet this poverty was not, for the most part, inconsistent with self-government (Kristol 1975: 17).

Auch wenn die Lebensumstände am Land ärmlich sein mögen, sind die Landbewohner aufgrund ihres moralischen Charakters überlegen. Dieses dichotome Verhältnis zwischen Land- und Stadtbevölkerung ist für Kristol im Charakter der US-amerikanischen Republik festgeschrieben. Die USA ist durch ihr begründendes Ereignis geprägt worden. Der Unabhängigkeitskrieg – die „amerikanische Revolution“ - war ein *politisches* Ereignis, kein soziologisches, schreibt Kristol (Kristol 1972: 10). Er stützt sich dabei auf Beobachtungen von Hannah Arendt, deren Unterscheidung zwischen „Rebellion“ und „Revolutionen“ er interpretiert.

„A rebellion, in her terms, is a meta-political event, emerging out of a radical dissatisfaction with the human condition as experienced by the mass of the people, demanding instant 'liberation' from this condition, an immediate transformation of all social and economic circumstance, a prompt achievement of an altogether 'better life' in an altogether 'better world'“ (Kristol 1972: 10).

Eine Rebellion betrügt notwendigerweise ihr eigenes Anliegen, da ihre Forderungen *a priori* unrealistisch sind, schreibt Kristol (vgl. Kristol 1972: 10.). Er legt seine Beschreibung bewusst als Gegenüberstellung der Französischen Revolution von 1789 und der „Amerikanischen Revolution“ von 1776 an. Die Rebellion ende immer in einem Regime, das angeblich seine ursprünglichen Anliegen verkörpert und diese Ansicht durch das Verbreiten von schierem Terror untermauert (vgl. ebd.: 10).

Eine politische Revolution ist – Kristols Beschreibung nach – eine gänzlich andere Angelegenheit. „Sie zielt darauf ab, die politischen Arrangements zu reorganisieren“, und ist eine „praktische Übung in politischer Philosophie“. Nur ein Gemeinwesen mit Selbstdisziplin könnte ein solches Anliegen umsetzen. Eine erfolgreiche Revolution sei im besten Fall eine „widerstrebende Revolution“, die von größter Vorsicht gegenüber gesellschaftlichen Umstürzen und Nachsicht gegenüber den „Verlierern“ der Revolution geprägt ist. Die Gründerväter werden von Kristol als noble Gentleman-Revolutionäre gezeichnet, welche die Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung im Sinn gehabt hätten (vgl. Kristol 1975: 10f.).

Eine Gegenüberstellung von „Rebellion“ und „Revolution“ ermöglicht eine Zuschreibung in die Kategorie „urban“ gegenüber dem ländlichen Idyll der revolutionären Vereinigten

Staaten. Während das von Kristol zitierte Ereignis der französischen Revolution von 1789 ihm zufolge ein Bild des revolutionären Paris und der aufbegehrenden Massen evoziert, beschreibt Kristol den Charakter der Revolution in den USA wie folgt: „*Mob and mob actions there will always be in a revolution, but if this revolution is not to degenerate into a rebellion, mob actions must be marginal to the central political drama*“ (ebd.: 11).

Die Darstellung Kristols zeichnet die Vereinigten Staaten der „Gründerväter“ als dezentrales politisches Gemeinwesen mit homogener Einkommensverteilung, das keinen sozialen Konflikt zu lösen hatte. Die Vereinigten Staaten seien auf „demokratischen“ und „republikanischen“ Prinzipien aufgebaut. Die Gründerväter wären in ihrem Denken der „Republik“ näher gewesen, die in Kristols Verständnis einen Mechanismus zur Machtaufteilung in einer Oligarchie oder „Aristokratie“ (in Aristotelischer Terminologie) darstellt. Die neue Nation der USA wäre „zu heterogen, zu dynamisch und zu mobil“, um allein durch republikanische Prinzipien regiert zu werden. Die antike Herrschaftsform der Republik, als für die Stadt und den Stadtstaat entwickelt, entspräche nicht den Anforderungen einer dezentralen, sich ausbreitenden Nation. Die „Demokratie“ die Kristol meint, bezieht sich auf das rurale und expansive Element der USA in ihren Anfangstagen. „Demokratisch“ als Attribut schreibt Kristol dadurch seiner Vision einer Selbstverwaltung der Gutsherren und Grundbesitzer zu. Dennoch bleiben die USA in ihrem Charakter „republikanisch“, weil die Gründerväter der Demokratie misstrauen. „*[T]hey had no desire at all to see it [die USA] governed along strict democratic principles, since they did not have much faith in the kinds of common man likely to be produced by such a nation*“ (Kristol 1995: 251). Dieser „gemeine Mann“ Kristols kann nur durch die „republikanische Moral“ einer gemischten Herrschaftsform in seinem Charakter moderiert werden. „*Self-government, as they understood it, presupposed a certain way of life, and this in turn presupposed certain qualities on the part of the citizenry – qualities then designated as 'republican virtues' – that would make self-government possible*“ (Kristol 1995: 244).

Die nachfolgende Industrialisierung und die Explosion der Bevölkerungszahlen, sowie die konstant hohe Einwanderung im Laufe des 19. Jahrhunderts erzeugte in den USA eine Anzahl von Großstädten mit einer armen Bevölkerungsschicht. Diese Städte waren ein „*Hort illiberaler und undemokratischer Regierungen, bevölkert von Menschen, die zu elend*

und lasterhaft waren, um frei zu sein“ (Kristol 1972: 5).

Der Prozess der „Bourgeois-Werdung“ bot dieser Entwicklung Einhalt. Die Dichotomie zwischen der Stadt und dem „Rest der Nation“ ist jedoch für Kristol nicht aufzulösen. *„Between urban life in the city and provincial life outside the city there has always been a gulf of mistrust, suspicion, and contempt“* (ebd.: 10). Die Stadt bietet ein Experimentierfeld für neue Formen und eine Lockerung der Moral. Die „Langweile und Konformität“ außerhalb des Urbanen versichert dem „Mann der Stadt“⁷, dass seine „moralischen Experimente“ keine kollektiven Konsequenzen haben. Dieser Mangel an Moral in der Großstadt steht der „Souveränität konventioneller Moral“ außerhalb der Stadt gegenüber (ebd.).

Die Bedrohung für diese Gegensätzlichkeit von Großstadt und suburbanem und ruraalem Raum besteht in der Transzendierung des Gegensatzes – seiner Subversion. Dieser Prozess erfolgt durch die Kolonisierung des „Restes der Nation“, des Nicht-Urbanen, durch die Massenmedien und die Massenuniversitäten.

„But we do not know what happens, for the sufficient reason that it has never happened before, when an urban civilization becomes a mass phenomenon, when the culture of the city becomes everyman's culture, and when urban habits of mind and modes of living become the common mentality and way of life for everyone“ (ebd.: 11).

Die Krise der USA besteht exakt in dieser schleichenden Übernahme des moralisch und spirituell degenerierten Urbanen über das Amerika der Farm, der „Suburb“ oder Kleinstadt. Dieser Modus der Klassifikation hat seine Wurzeln in einem tiefen Misstrauen gegenüber der „Masse“ an sich, exemplifiziert durch den „Mob“ der Großstadt. Die Subversion der „civic-bourgeois culture“ erfolgt durch die Massenmedien und die von urbanen Intellektuellen dominierten Bildungseinrichtungen (vgl. Kristol 1972: 23). Der vormals vage dem „Mob“ zugeschriebene, anti-demokratische Ethos des Urbanen wird nun in seiner Bedeutung redefiniert. Eine mächtige „adversary culture“ der Intellektuellen beginnt, massiven Einfluss auf den republikanischen Ethos der USA zu nehmen. Diese steht in direkter Opposition zu Kristols Konzept einer ruralen und suburbanen Bürgerschaft, die

⁷ Die semantische Konzeption von Kristol schließt Frauen sowohl vom historischen als auch gegenwärtigen historischen und politischen Prozess aus. Er spricht vom „city man“, dem „common man“ und den „founding fathers“.

von „Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und von republikanischer Moral geprägt“ ist (ebd.: 15).

Die Phänomenstruktur der Problembeschreibung verbindet Elemente der Vergangenheitsrezeption mit zeitgenössischer konservativer Kritik. Der Topos sozialer Erosion und ein schleichender „Werteverfall“ ist ein ständiges Motiv Kristols. „[A] *democratic-urban civilization which is empty of democratic-urban values is almost surely a civilization in trouble. The symptoms of this trouble plague us every day*“ (Kristol 1972: 18f.). Typisch für ihn und einige Weggefährten bei der Zeitschrift *Public Interest* ist, dass dieser „Niedergang“ an soziologisch messbaren Kriterien festgemacht wird.

Kristol elaboriert in dem oben zitierten Essay seine Analyse anhand des Phänomens der Drogensucht. Drogen würden weniger ein medizinisches, denn ein soziales Problem darstellen, weil sie von einer „neuen, urbanen Arbeiterklasse“ in einer Weise konsumiert werden würden, die ihre Klasse „demoralisieren und ihre Assimilation in die bourgeoise-demokratische Gesellschaft verhindern“ würde (ebd.: 19).

Ein Symptom dieser Unfähigkeit, in den, von der „republican morality“ geprägten, Gesellschaft aufzugehen, ist für Kristol die „Revolution der steigenden Erwartungen“. Die Menschen würden unrealistische Anforderungen an den Sozialstaat stellen. „*The reasonable is what they expect to obtain automatically. The unreasonable is what they look to government to provide by special, ingenious effort*“ (ebd.: 26). Die bürgerliche Konzeption von Gleichheit sei von der französischen Revolution und den Sozialisten korrumpiert worden. Diese Konzeption würde eine Gleichheit vor dem Gesetz, jedoch keine ökonomische Gleichheit fordern und sei „natürlicher“ (vgl. Kristol 1995: 176). Der zeitgenössische, linke „Liberalismus“ der USA erzeugte in den Augen von Kristol verzerrte Erwartungen an den Staat.

Kritikwürdig ist für Kristol die Tatsache, dass die moderne „Konzeption des Gemeinwohls“ keinen Aspekt der Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft mehr inkorporiert. Diese Ansicht des Gemeinwohls – persönliche Freiheit bei gleichzeitig steigendem materiellem Wohlstand – sei nach den Standards aller vorangegangenen Zivilisationen vulgär. Er beklagt die Abwesenheit von Heroismus und Subordination (Kristol 1995: 171).

Spezifische Ereignisse und Wahrnehmungen der 1960er gestalten für Kristol sehr stark das Erlebnis dieses „moralischen Verfalls“. Kritisch ist für Kristol etwa die „Generation Gap“, die einen Mangel an Respekt gegenüber den Autoritäten mit sich bringt. „Niemand zuvor,“ schreibt er, „wurde das Recht der Erwachsenen auf moralische Autorität so in Frage gestellt“ (ebd. 28). Ebenso beklagt er den „Niedergang der Religion“, die Abnahme der sich religiös bekennenden Menschen in den USA.

Die Bilanz der gesellschaftlichen Veränderungen fällt für Irving Kristol negativ aus. *„One wonders: how can a bourgeois society survive in a cultural ambiance that derides every traditional bourgeois virtue and celebrates promiscuity, homosexuality, drugs, political terrorism – anything, in short, that is in bourgeois eyes perverse?“* (Kristol 1972: 29).

Die „bourgeoise Gesellschaft“ befindet sich deswegen in der Krise, weil gesellschaftliche Instanzen zur Vermittlung der Werte fehlen. Er hält fest, dass es eine „bourgeoise Idee“ von Freiheit gibt, die zwischen „liberty“ und „license“ unterscheidet. *„The making of this distinction was the task of our cultural and religious institutions, especially the latter. It was these institutions which infused the idea of liberty with positive substance, with 'values', with an ethos“* (Kristol 1995: 232).

Zur Analyse der narrativen Struktur ist es wichtig, sich zuerst die Einführung des Begriffs „Gründerväter“ und die diskursive Konstruktion verschiedener Begriffe anzusehen. „Gründerväter“ bezeichnet in der politisch-historischen Tradition der USA die Gruppe von Männern, denen das Verfassen von zentralen Dokumenten wie der Unabhängigkeitserklärung, der Verfassung, oder den „Federalist Papers“ zugeschrieben wird. Das könnte eine Gruppe von einigen hundert historischen Personen umfassen. Tatsächlich meint Kristol jedoch nur einige bestimmte Personen – konkret spricht er Thomas Jefferson und John Adams an – während er andere dezidiert exkludiert. Von Thomas Paine spricht er als einem „englischem Radikalen, der die USA nie wirklich verstanden hat“ (Kristol 1995: 244). Das erlaubt Kristol, gewisse Traditionslinien des politischen Denkens der USA zu ignorieren. Eine ähnliche Perzeption der Gründerväter findet sich auch bei Richard Hofstadter. *„The Fathers' conception of democracy, [was] shaped by their practical experience with the aggressive dirt farmers in the American states and the urban mobs of the Revolutionary period, [...] Government, thought the Fathers, is based on property“* (Hofstadter 1948: 12f.). Ebenso wie Hofstadter exkludiert Kristol eine Linie der US-amerikanischen politischen Tradition, die auf Ideen von Thomas

Paine, auf den Egalitarismus des englischen Bürgerkriegs, auf die französische Revolution und auf andere divergierende Positionen Bezug nimmt. Diese simplifizierende Sicht der frühen US-amerikanischen Geschichte erlaubte es, einen weitreichenden Konsens der frühen Republikaner anzunehmen.

Das Ereignis des „Founding“ - der Gründung der Republik“ - hat bei Kristol große Bedeutung. Aus seinen „Views on the Founding“ leitet sich das „Shaking of the Foundations“⁸ ab – durch den sprachlichen Kurzschluss der Gründung der USA mit dem „Fundament“ der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Ordnung zeigt sich die unmittelbare diskursive Konstruktion der gegenwärtigen Vereinigten Staaten bei Kristol aus der politischen Philosophie und den Institutionen der „Gründerväter“. Dabei blendet Kristol bewusst alle möglicherweise entscheidenden Momente nach diesem Gründungsereignis aus.

Der Begriff der „republikanischen Moral“ erlaubt es Kristol, verschiedene Aussageereignisse in Zusammenhang zu stellen und gewisse Attribute in den Charakter seiner Kategorien festzuschreiben. Den „Niedergang der USA“ als abstrakte Feststellung wird durch den Begriff als messbare Größe dargestellt, etwa, wenn Kristol die Erosion des „bürgerlichen Charakters“ beschreibt. Jede Bedrohung für den „virtuous citizen“ ist zugleich ein Indiz der „Krankheit“ des Gemeinwesens an sich. Diese Struktur ermöglicht es, die steigende Zahl an jugendlichen Drogenkonsumenten oder die sinkende Anzahl an Kirchenbesuchern (vgl. Kristol 1972: 19, 29) als Zersetzungserscheinungen des amerikanischen Charakters zu gebrauchen.

Die Konstruktion des „US-amerikanischen Bürgers“ als Produkt dieser spezifischen Kultur und die Annahme einer homogenen politischen Idee der „Gründerväter“ erlaubt es Kristol, diese Gestalten in einen Zeitverlauf zu stellen. Die historische Einzigartigkeit der gegenwärtigen Zeit und Situation wird immer wieder von Kristol betont (beispielsweise Kristol 1972: 11, 23). Es ist diese Gegenwart, die von der Erfahrung der Industrialisierung und der Ideologisierung geprägt ist, die als Gegner seiner beiden Idealbilder fungiert.

Dieser narrative Mechanismus funktioniert für seine Erklärung über die „Urbanisierung der Massenkultur“ (ebd.: 11) ebenso wie für seine Wahrnehmung des technischen Fortschritts

⁸ Beides sind Titel von Essays Kristols

und der daraus resultierenden soziologischen „Probleme“ (ebd.: 25ff.).

Gegenkultur und Managerialismus

Irving Kristol richtete seine Kritik gegen ein rein prozedurales Verständnis von Demokratie, auf einen „demokratischen Glauben“ ohne Inhalte. Der Zweck eines politischen Regimes wäre es, in Richtung eines guten Lebens und einer guten Gesellschaft zu streben (vgl. Kristol 1972: 13). Sein Konzept zielt auf eine Regierung, die nicht die Gesellschaft gestaltet, sondern die Politik.

„Kristol's alternative was early America's premanagerial republicanism, in which democracy bore a self-legitimizing moral purpose. [...] Republicanism emphasizes the qualitative responsibilities of self-government rather than entitlement right or the fairness of institutional arrangements. [...] Certain forms of authoritarianism were superior to degraded democracies. Though Kristol rarely noted the patronage, this was a Straussian theme“ (Dorrien 1993: 111).

Viel von Kristols intellektueller Energie richtete sich gegen Angriffe auf diesen „moralischen Zweck“ der Demokratie durch Kontrahenten, die versuchten, die bürgerliche Ordnung der USA zu unterwandern. Die Intellektuellen zielen auf die Etablierung eines „managerialen Staates“, der dem „Staatssozialismus“ auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs immer ähnlicher zu sehen beginnt. Die Unterminierung der Werte des „common man“ durch eine intellektuelle Gegenkultur war eines von Kristols wesentlichen Deutungsmustern.

Der Charakter der Regierung und das Schicksal eines Staates sollten in einer Demokratie dem „Charakter des Volkes“ entsprechen (Kristol 1972: 13). Dieser ist geprägt von seiner Herkunft und seinen Erfahrungen, seinen Traditionen und sozialen Institutionen. Die Klassifizierung der Gesellschaft in den authentischen, ruralen und suburbanen Kern der Bevölkerung und den degenerierten städtischen – wie im vorangegangenen Teil beschrieben – kommt hier zur Anwendung. Die urbane Kultur ist für Kristol fundamental inkompatibel mit seinem Ideal von republikanischer Moral – und damit inkompatibel mit der

Demokratie.

Die Intellektuellen und Künstler der Gegenwart wären mit ihrer Rolle in der bürgerlichen Gesellschaft unzufrieden. Die Opposition der Intellektuellen gegenüber der bürgerlichen Demokratie zugrunde liegen Langeweile, Suche nach Aufmerksamkeit, vor allem aber der Wunsch, Ernst genommen zu werden (vgl. Kristol 1995: 111f.). Die Gegenwart der 1970er bot für Kristol eine gefährliche Aussicht.

„Lionel Trilling, especially, has pointed out how the avant-garde, anti-bourgeois, elite culture – what he calls 'adversary culture' – of our bourgeois society has been gradually incorporated into our conventional school curriculum and, with the spread of mass higher education, has begun to shape the popular culture of our urbanized masses“ (Kristol 1972: 17f.).

An anderer Stelle schreibt Kristol, dass die „Kultur, die uns erzieht“ im Gegensatz zur „bourgeois Zivilisation“ und ihren Werten steht. Die Vulgarität der „kommerziellen Gesellschaft“ des Kapitalismus sei es, die den Geschmack des „gemeinen Mannes“ präge und die der Intellektuelle deshalb ablehne (vgl. Kristol 1995: 112). Die Avantgarde positioniert sich mit ihrem kulturellen Elitismus gegen die „Populärkultur“ des „gemeinen Mannes“ (Kristol 1995: 116). Diese „kulturelle Revolution“ hat für Kristol eindeutige politische Auswirkungen, deren Höhepunkt durch die Studentenrevolution der 1960er ausgelöst wurde.

„In the United States, it pretty much forced us to withdraw from Vietnam. It also led quickly and decisively to the capture of the Democratic party by its left wing in 1972, thereby installing a kind of permanent polarization into American politics. And in the cultural world, its energies were channeled into what is now called 'postmodernism' [...] This academic irrationalism is the dominant intellectual mode today not only in the arts but in the study of the humanities at our institutions of higher learning“ (Kristol 1995: 131).

Diese Übernahme der „Adversary culture“ korrespondiert mit dem Überschwappen der urbanen Kultur der Großstädte auf die nicht-urbane „Mitte der Gesellschaft“ durch den Einfluss der Massenmedien und der Universitäten.

„With the mass production of 'intellectuals' in the course of the twentieth century, traditional intellectual attitudes have come to permeate our college-educated upper-middle classes, and most especially the children of these classes. [...] They have obtained enough of the comforts of bourgeois civilization, and have a secure enough grip upon them, to permit themselves the luxury of reflecting uneasily upon the inadequacies of their civilization (Kristol 1995: 172).

Die Folge ist für Kristol eine Kultur, die „Promiskuität, Homosexualität, Drogen und politischen Terrorismus“ feiert (ebd.: 29). So lange diese „gegensätzliche Kultur“ auf die Avantgarde beschränkt war, waren die Auswirkungen noch minimal, schreibt Kristol (ebd.: 28). Nun droht die Aushöhlung der Legitimität der traditionellen Strukturen. Der Kapitalismus brauche die Autorität der jüdisch-christlichen Tradition, um das Individuum über den richtigen Gebrauch seiner Freiheiten zu informieren (Kristol 1995: 121).

Eine prekäre Einschränkung dieses Phänomens und ein wichtiger Teil der Phänomenstruktur ist die Zuschreibung auf die „junge Generation“ als Synonym für die „Gegenkultur“, die die bürgerliche Welt existenziell bedroht. *„The young not only live in a world of their own – they have always done that, more or less. They now live – an increasing number now live – in an anti-world, one whose existence challenges the legitimacy of the adult world“* (Kristol 1972: 27). Die Qualifizierung von „Jugendlichkeit“ *an sich* als Teil der Gegenkultur macht es möglich, Formen und Probleme jugendlichen Verhaltens eine bestimmte Motivation und Ideologie zu unterstellen. Teil der Herangehensweise Kristols ist es auch, sich mit dem Phänomen der Bohème zu befassen. Einige Seiten lang gibt er eine historische Zusammenfassung der „anti-bürgerlichen“ Gesinnung von Intellektuellen und Künstlern. „Avantgarde“, schreibt Kristol, bedeute „eine radikale kulturelle Kritik der bourgeois-kapitalistischen Werte und der Menschen, die von diesen Werten korrumpiert zu werden scheinen“ (Kristol 1995: 129).

Die „adversary culture“ der urbanen Intellektuellen positioniert Kristol wider den „common man“ und dessen „popular culture“, aber auch gegen „religious and societal institutions“, Traditionen und die „bürgerliche Gesellschaft“ an sich. Aus der schlicht „anti-bourgeois adversary culture“ wird die Gegenkultur der 1960er und sukzessive ihre Ausprägung in der politischen Ideologie – der Managerialismus und die „New Class“.

„[I]n the social sciences, the anti-bourgeois socialist traditions were absorbed as a matter of course, with 'the study of society' coming quickly and surely to mean the management of social change by an elite who understood the verities of social structure and social trends. Economics [...] resisted for a long while; but the Keynesian revolution – with its promise of permanent prosperity through government management of fiscal and monetary policy – eventually brought much of the economics profession in line with the other social sciences“ (Kristol 1995: 118).

Die Ausweitung des Hochschulwesens nach dem Zweiten Weltkrieg und die stetig wachsenden Absolventenzahlen führten zu einer hohen Anzahl von akademischem Personal, das vor allem im Staatsdienst Beschäftigung suchte. Diese Akademiker hätten ein Eigeninteresse an der Ausweitung des Wohlfahrtsstaates.

„Members of the new class do not 'control' the media, they are the media – just as they are our educational system, our public health and welfare system, and much else. [...] Well, one should understand that the members of this class are 'idealistic', in the 1960s sense of that term, i.e., they are not much interested in money but are keenly interested in power. The 'new class' wants to see much of this power redistributed to government, where they will then have a major say in how it is exercised“ (Kristol 1995: 207f).

Die „New Class“ wird mit ihren Zielen dem „system of free enterprise“, der freien Marktwirtschaft gegenübergestellt. Damit sind die Geschäftstreibenden und der Handel die großen Gegner des Managerialismus, deren Ziel es ist, die verschwörerischen Absichten der „New Class“ zu bekämpfen. *„The simple truth is that the professional classes of our modern bureaucratized societies are engaged in a class struggle with the business community for status and power“ (Kristol 1995: 170).* Die Absicht dieser neuen Klasse wäre es, die Gesellschaft auf unspezifizierte, aber radikale Weise neu zu errichten (ebd.). Eine Rückkehr zum System des „free enterprise“ wäre auf baldige Zeit nicht abzusehen⁹ (vgl. Kristol 2005: 209). Kristol beklagt, dass die Bourgeoisie durch die „Bürokratisierung“ der Gesellschaft ihr menschliches Antlitz verlieren würde (ebd: 174).

⁹ Das Essay, das diese Anmerkung enthielt, wurde erstmals 1975 publiziert. Ironischerweise merkt Kristol an, das auch Ronald Reagan daran nichts ändern hätte können – sogar wenn er Präsident geworden wäre (vgl. Kristol 1995: 209).

Kristols Perspektive der Gegenwart ist grundlegend pessimistisch. Die narrative Struktur seiner Erzählung ist die des Niederganges der traditionellen Moral und Gesellschaft, des Individuums schlechthin. Gewinner dieses Kampfes ist die zugleich gesichtslose und janusköpfige Bürokratie eines ausufernden Wohlfahrtsstaates. Die Strategie seiner Erzählweise ist es, immer wieder die „Menschlichkeit“ der Vergangenheit den verheerenden Auswirkungen des modernen Staates der Nachkriegszeit gegenüberzustellen. Seine „Geschichten der Degeneration“ sollen das Narrativ der negativen Auswirkungen von „amoralischen“ Inhalten im neuen, gegenkulturell geprägten Mainstream aufzeigen. An einer Stelle beschreibt er junge, suburbane Pärchen, die sich den Film „The Graduate“ ansehen, der 1968 Premiere hatte. Die subversive Story des Filmes unterwandert bürgerliche Moralvorstellungen. Kristol nimmt dies als ein Beispiel für die „Schizophrenie der bourgeoisen Massen““. *„Sooner or later, people will decide they would rather not die laughing at themselves, and that some violent convulsion will ensue“* (Kristol 1972: 18).

Teil seiner „*story line*“ ist die Vermassung der Universitäten und des akademischen Lebens, korrespondierend mit der Ausweitung des Bildungssystems nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Zugang von neuen Schichten der Bevölkerung zu diesem System wird auf eine Art erzählt, die eine Handlung des „urbanen Mobs“ suggeriert. Kristol vergleicht die Unruhe der Jugendlichen und die Situation in den Universitäten mit der „Black Power“ Bewegung. *„No sociologist, in the 1950s, predicted that the movement for civil rights would give rise to black nationalism in this country, and that no educational leader foresaw the way in which the expansion of educational opportunity would give birth to a revolt on the campus“* (Kristol 1972: 24). Dies passt zu Kristols Neigung, den korrumpierenden Einfluss der Masse auf den republikanischen Geist darzustellen. Implizit zeigt sich die tiefe Furcht Kristols vor Veränderung. Die Konzeption eines idealen Staates baut bei Kristol auf die Vereinigten Staaten des 18. Jahrhunderts auf. Höhere Bildungseinrichtungen und ihr Wissenspotential sind eine Prärogative der „besseren Gesellschaft“. An einer Stelle warnt Kristol vor der „Primitivisierung“ von komplexen politischen Ideen. Im Anschluss daran merkt er an, dass die Definition des „mass man“ von José Ortega y Gasset der Definition des Tyrannen von Plato sehr ähnlich sei (vgl. Kristol 1972: 63, 67). Kristol ist tief skeptisch gegenüber der Ausweitung der modernen Auffassung von Demokratie und „Rechte“ auf alle Bevölkerungsschichten. Tief sitzender Elitismus produziert ein Misstrauen gegenüber der neuen „Masse von Intellektuellen“:

„We now have a large class of people in our Western societies who, though lacking intellectual distinction (and frequently lacking intellectual competence), nevertheless believe themselves to be intellectuals. [...] We are, then, in a country like America today, talking about a mass of several million of 'intellectuals' who are looking at their society in a highly critical way and are quick to adopt an adversary posture towards it (Kristol 1995: 169).

Politische Philosophie und Ideologie

Für Irving Kristol besteht eine sehr klare Unterscheidung zwischen der politischen Philosophie, die für jedes Gemeinwesen notwendig ist, und der *Ideologie*. Kristol verwendet das Wort im Bell'schen Sinne – als Anleitung zur „radikalen Veränderung der Gesellschaft“ (vgl. Chomsky 1967: Absatz 45). Die Moderne habe eine Ablösung der „Rationalität von der Vernunft“ („*rationality and reason*“) mit sich gebracht. Nicht alles was möglich ist, scheint auch vernünftig, erklärt Kristol (vgl. Kristol 1995: 186).

Kristol deutet die Moderne als Zeit des Utopismus. *„We are all utopians now, in ways we no longer realize, we are so habituated to them“* (Kristol 1995:185). Mit dem Werk „Utopia“ von Thomas Morus ist die „westliche Welt“ in das „utopische Zeitalter der Moderne“, des „Utopianismus“ eingetreten. Diese Geisteshaltung definiert er als die Erwartung, dass die Ideale der Utopie *realisiert* werden sollen. Diese Haltung stellt er der Interpretation Platons von Leo Strauss gegenüber. Plato, argumentiert Kristol, hätte seine utopischen Konstruktionen primär als pädagogische Hilfen betrachtet, um bessere politische Philosophen hervorzubringen. Die fundamentale Schwäche der Moderne würde in der Annahme liegen, dass diese Utopien eine Handlungsanleitung für die Realität liefern sollten (vgl. Kristol 1995: 187ff.). *„We confuse words with deeds, philosophical dreams with the substantial actualities of human existence. And, of course, the ancients anticipated that from such a dire confusion only disaster could result“* (Kristol 1995: 190). Mit den erwähnten „Ancients“ bezieht sich Kristol auf die kanonischen antiken Autoren der politischen Philosophie in der Interpretation von Leo Strauss. Die Kategorisierung in „moderne“ und „antike“ politische Philosophie erlaubt es Kristol, eine Trennlinie durch die gegenwärtige Politik zu ziehen.

Die Ursachen für die Spaltung zwischen der vernünftigen „politischen Philosophie“ und der „Ideologie“ liegen für Irving Kristol im „Milleniarismus der jüdisch-christlichen Tradition“. Seit der Reformation und der „Fragmentierung religiöser Autorität“ habe das „prophetische Element in Judentum und Christentum überhand genommen. Dieser Milleniarismus hat den modernen wissenschaftlichen Rationalismus entscheidend geprägt (vgl. Kristol 1995: 190f.).

„As applied to all social institutions, this came to mean – it is, indeed, the essential meaning of that period we call the Enlightenment – that existing institutions could be legitimized only by reason: not by tradition, not by custom, not even by the fact that they seemed to be efficacious in permitting men to lead decent lives, but only by reason. [...] It was against this radical-utopian temper that modern conservatism emerges. Modern conservatism found it necessary to argue what had always been previously assumed by all reasonable men: that institutions which have existed over a long period of time have a reason and a purpose inherent in them” (Kristol 1995: 191).

Es ist die Rationalität der Aufklärung an sich, die Kristol anzweifelt. Sein Klassifikationsregime drückt dem modernen Begriff der Demokratie einen Stempel auf. Die Demokratie sei heutzutage zu einer Art Religion verkommen. Er nennt diese Ansicht „democratic faith“. Dieser „demokratische Glaube“ sei mehr mit dem prozeduralen Aspekt der Demokratie, mit dem Prozess an sich beschäftigt, als mit den Absichten der Demokratie. Der Zweck der Demokratie ist für Kristol die Herstellung bürgerlicher Ordnung, „republikanischer Moral“. Der „demokratische Glaube“ der Gegenwart sei „keine politische Philosophie“, da er nicht die grundlegende „Problematik“ der Demokratie anspricht. Diese liegt für Kristol in der „uneingeschränkten Herrschaft des Demos“ (vgl. Kristol 1972: 50f.).

Den „Gründervätern“ schreibt er eine kritische Haltung gegenüber dem, von diesem Utopismus geprägten, modernen Begriff der Demokratie zu. Die wichtigste Frage für die „Gründerväter“ sei gewesen, welche Art von „gemeinem Mann“ ihr System hervorbringe. Die „milleniarische Tradition der USA ist nicht mit der Amerikanischen Revolution“ selbst verbunden. Die „Orthodoxie“ der puritanischen Kolonisten sei durch ihre dogmatische

Isolation erstickt worden und habe Platz gemacht für den Pragmatismus, der die „Gründerväter“ der Vereinigten Staaten von Amerika auszeichne (vgl. Kristol 1995: 243). Dieses Bild des prä-revolutionären Nordamerika scheint stark von Daniel J. Boorstins geprägt. Dieser betonte den moderaten Charakter der als religiöse Abweichler über den Atlantik geflohenen englischen Siedler: *„The peculiar character of their Biblical orthodoxy nourished a practical and non-Utopian frame of mind. Their political thought did not turn toward delineating The Good Society, precisely because the Bible had already offered the anatomy of Zion“* (Boorstin 1958: 29). Als Erben dieser Tradition wurde in den naszenten Vereinigten Staaten auf eine sehr skeptische Art über die Einführung eines „utopischen Regimes nachgedacht. Die Revolutionäre hätten ganz bewusst auf das Wort „Republik“ in der Unabhängigkeitserklärung verzichtet, um keine Referenz zum republikanischen Experiment von Oliver Cromwell zu setzen (vgl. Kristol 1995: 243). Im Gegenteil seien die „Gründerväter“ von der klassischen griechischen Philosophie und der Tradition der „anglo-schottischen Aufklärung“ inspiriert gewesen.

„The Founding Fathers understood that democracy is an inherently problematic regime – more problematic, indeed, than any other. They learned this from their reading of classical (i.e., premodern) political thought as well as from a casual glance at history, which revealed democratic regimes to be turbulent, short-lived, and generally less than admirable (Kristol 1995: 260).

Kristol schließt damit an seine Konzeptionen von „republikanischen Tugenden“ und des „common man“ an, die schon besprochen wurden. Die Furcht der nordamerikanischen Revolutionäre des 18. Jahrhunderts vor der Demokratie entspringt nach Kristol direkt dem Naheverhältnis von Demokratie und Mob. Der „demokratische Glaube“ als Mittel der Tyrannei der Mehrheit sei die große Bedrohung der US-amerikanischen Gesellschaft in diesem Jahrhundert, schreibt Kristol (1972: 50). Die progressiven Historiker verdächtigt er im Besonderen der Mittäterschaft an der Konstruktion dieses Mythos. Die Originalität von Charles E. Beard und Frederick Jackson Turner liegt für Kristol darin, dass sie „die Geschichtswissenschaften davon überzeugt hätte, ihre ideologische Redefinition der demokratischen Idee zu akzeptieren“ (Kristol 1972: 61). Seine Perzeption der skeptischen Haltung der „Gründerväter“ zur Demokratie ist analog zu der Interpretation von Richard Hofstadter im ersten Kapitel seines Werkes „The American Political Tradition“ (1948). Bei Hofstadter findet sich diese Tendenz, die „Gründerväter“ als „moderate Republikaner“, als

harmlose Figuren in einer Zeit des politischen Konfliktes darzustellen. *„In fact, the Fathers' image of themselves as moderate republicans standing between political extremes was quite accurate“* (Hofstadter 1948: 15). Man kann davon ausgehen, dass Hofstadters Darstellung Kristol inspiriert hat.

Der Kontext, in dem die US-amerikanische Demokratie situiert ist, ist für Kristol die „Gesellschaftsform, die durch den Kapitalismus“ erzeugt wird. Diese könne am besten an den Werken Adam Smiths studiert werden. Ihre Wurzel hätte diese Gesellschaft und ihr Menschenbild in der „anglo-schottischen Aufklärung“, der Philosophie von John Locke, David Hume und Adam Smith.

„Though the American Revolution was inspired by a rather casual intermingling of the two Enlightenments, it was the Anglo-Scottish Enlightenment that was, in the end, decisive. It was this heritage of the Anglo-Scottish Enlightenment that enabled the American Revolution to achieve its climax, not in a reign of terror, but in the Constitutional Convention“ (Kristol 1995: 262).

Diese Tradition steht in direktem Gegensatz zur „kontinentalen“ oder „französischen“ Tradition der Aufklärung und der von ihr inspirierten Französischen Revolution von 1789. Kristol nennt „Jean-Jacques Rousseau, Voltaire, Diderot“ und andere als die wesentlichen Protagonisten dieser Strömung. Diese „französische Aufklärung“ ziele in ihrer Intention darauf ab, ein utopisches Regime zu etablieren, das auf die „universelle Rettung der Menschheit“ abziele (ebd.: 261). Es ist die *narrative Strategie* von Kristol, diese gegensätzlichen Entwürfe durch Zuschreibungen zu *klassifizieren*. Er beschreibt die „Denker der französischen Aufklärung“ als *„'intellectuals', whereas one does not think to apply that term to the likes of Locke, Hume, Ferguson, and Smith“* (Kristol 1995: 270).

Während er die französischen Aufklärer als „in den Salons von Paris, aber nicht in der Gesellschaft zu Hause“ und als „entfremdet“ beschreibt, sieht er die anglo-schottischen Denker als „in der Mitte der Gesellschaft“ verankert. *„Being more or less 'at home' in their world, they were content with melioristic ambitions, whereas the French intellectuals were inclined to rage against things as they were in the name of what they might ideally be“* (ebd.).

Diese Klassifizierung stellt die „französische Aufklärung“ in dieselbe rhetorische Kategorie wie die „Adversaries“ und die „Gegenkultur“ seiner Gegenwart. Die „kontinentale“ Tradition

der Aufklärung ausschließlich an französischen Denkern und dem Ereignis der französischen Revolution fest zu machen, ist Teil einer Rhetorik, die sich bis in die Festschreibung der „Gegenkultur“ als „Existenzialisten“ und „Nihilisten“ fortsetzt, die in Kristols geistiger Welt mit Frankreich konnotiert sind (vgl. Kristol 1995: 133). Die offensichtliche Absicht Kristols ist es, die Aufklärer der „französischen Tradition“ als unseriös und verantwortungslos zu zeichnen. Nur die anglo-schottische Aufklärung stünde in der geistigen Tradition der Antike und sei damit legitime politische Philosophie, im Kontrast zur destruktiven, utopistischen *Ideologie* der Moderne.

Diese duale Aufteilung der Aufklärung steht in enger Bindung zu der bereits beschriebenen Dualität von „Rebellion“ und „Revolution“. Die „zögernden Revolutionäre“ Nordamerikas sind über die skeptische Tradition der „anglo-schottischen Aufklärung“ informiert. *„These same traditions are also skeptical in temper, hostile to all forms of enthusiasm (political, or religious, or whatever), disbelieving of all dogmatic certainties about human nature and the 'meaning of history' and suspicious of either the ability or desire (or both) of those who wield political power to do good rather than harm“* (Kristol 1995: 262). Kristol sieht in der französischen Aufklärung einen „rationalistischen politischen Messianismus“. Der „französische Rationalismus“ identifiziert eine progressive Haltung mit Rebellion, da der „Geist des Fortschritts einen radikalen Umbau der sozialen Ordnung“ verlangt (Kristol 1995: 270). Die Analogie zum „Sozialismus“ und zum „Kommunismus“, deren Bekämpfung und Ablehnung in allen Schriften Kristols präsent ist, ist unschwer herzustellen.

„The first, the eighteenth-century 'French' solution (later incorporated into Marxist and other totalitarian solutions), was to preserve in its harsh purity the modern idea of man as a creature of appetite and circumstance, but then to rely upon the redeeming activism of a 'virtuous' elite to manipulate men and circumstance in such a way as to create a good community. One may fairly call this the 'managerial' solution“ (Kristol 1995: 269).

Das rationale Menschenbild der „französischen Aufklärung“ führt direkt in eine Gesellschaft, die durch ihr „niedriges“ und „entfremdetes“ Menschenbild die Diktatur einer Elite geradezu voraussetzt. Den Niedergang der US-amerikanischen Gesellschaft beschreibt er phänomenologisch anhand der Verdrängung der geistigen Wurzeln der USA aus dem Curriculum der zeitgenössischen Universitäten. *„When university students today*

take a course on 'the Enlightenment', their attention is almost invariably focused on the French Enlightenment. [...] This posthumous victory of the French over the Anglo-Scottish Enlightenment is itself a major event in the intellectual history of the West – indeed, of the modern world – during the past two hundred years“ (Kristol 1995: 261).

Der Siegeszug dieser *Ideologie* in den USA hat eine Situation hergestellt, der die traditionellen Institutionen – „organisierte Religion, die Familie, das Bildungssystem“ - nicht mehr lange stand halten können. Die Gedanken von „Adam Smith und den Gründervätern“ sind, wenngleich nicht ganz richtig, für Kristol der Wahrheit am nächsten. Nur ein tieferes Verständnis dieser Fundamente der Gesellschaft, schreibt Kristol, würden eine Veränderung zum Besseren der Gesellschaft erlauben (vgl. Kristol 1995: 298f.).

Zusammenfassung

Der erste Teil meiner Arbeit beschäftigte sich mit der Frage, wie der Neokonservatismus im Kontext konservativer politischer Strömungen der USA einzuordnen ist. Konservatismus hat in den USA keine tiefen politischen Wurzeln. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich eine Szene konservativer Intellektueller, und eine Basis an Wählern, die sich aus verschiedenen Einzelgruppen rekrutierte. Unterschiedliche Strömungen fanden sich zu einer Koalition zusammen, die unter anderem Barry Goldwater 1964 zur Nominierung als Kandidaten der Republikanischen Partei für die US-Präsidentschaftswahlen verhalfen. Diese konservative Koalition bestand aus fiskalischen Konservativen und Libertariern, die den ökonomischen Einfluss des Staates einzuschränken suchten, sowie aus Sozialkonservativen und Nationalisten, die ein aggressiveres außenpolitisches Auftreten der Vereinigten Staaten forderten.

Die Neokonservativen kamen erstmals in den 1940er Jahren als Gruppe von linken Intellektuellen zusammen. Einige dieser Leute, unter ihnen Irving Kristol und Daniel Bell, wandten sich in den 1960er Jahren nach rechts. Die „Auswüchse des Wohlfahrtsstaates“ und die „Containment“-Politik der USA gegenüber der Sowjetunion wurden zu ihren Hauptkritikpunkten. Nach dem Ende des Kalten Krieges erfolgte in den 1990ern eine Neuausrichtung ihres außenpolitischen Credo. Die „Neocons“ gelten als Vordenker der US-amerikanischen Hegemonie über die Weltsicherheit.

Die Entwicklung konservativen Gedankenguts fand innerhalb einer Neuausrichtung der politischen Parteienlandschaft in den USA statt. Das Ende der Desegregation und die politischen Turbulenzen rund um den Vietnamkrieg führten Ende der 1960er und Anfang der 1970er dazu, dass viele ehemalige Anhänger die Demokratische Partei verließen und der Einfluss der Neuen Linken auf die Demokraten wuchs. Dies war für Irving Kristol und die Neokonservativen der Grund, sich von der Politik der Demokratischen Partei abzuwenden. Innerhalb der Republikanischen Partei verlor der nach US-Maßstäben „liberale“ Flügel zunehmend an Boden – die konservative Parteibasis forderte Kandidaten nach ihrem Zuschnitt. Dieser Prozess wurde spätestens mit der US-Präsidentschaft von Ronald Reagan abgeschlossen.

In Anlehnung an die Sekundärliteratur und Aussagen von verschiedenen US-Neokonservativen habe ich im Anschluss versucht, eine Begriffsbestimmung des Wortes „Neokonservativ“ vorzunehmen. Eine konzise Definition gelang Gary Dorrien, der den Neokonservatismus als politische Strömung definiert, die „militanten Anti-Kommunismus, kapitalistische Ökonomie, einen minimalen Wohlfahrtsstaat, die Herrschaft traditioneller Eliten und eine Rückkehr zu traditionellen kulturellen Werten“ propagiert. Während in der deutschsprachigen Rezeption der 1980er Jahre eher die ökonomische Perspektive betont wurde, die sich stark an die *Chicago School of Economics* anlehnte, geriet seit dem Irakkrieg 2003 eher das außenpolitische Denken der Neokonservativen in das Blickfeld.

In einem Blick auf die geistigen Wurzeln des Neokonservatismus beschreibe ich kurz den Einfluss von Lionel Trilling, James Burnham und Leo Strauss auf die „Neocons“. Trilling war nach dem Zweiten Weltkrieg einflussreicher Literaturkritiker, der den kulturellen Verfall der Moderne durch die „Vermassung“ der Kultur beklagte. Dieses Thema wurde von den Neokonservativen aufgenommen und in ihre Kritik der „Gegenkultur“ der 1968er inkorporiert. James Burnham griff die Idee der Koexistenz der beiden Machtblöcke USA und Sowjetunion an, und forderte einen „Roll-back“ des Einflusses des Kommunismus. Diese Idee war nicht nur für die Neokonservativen einflussreich, sondern verband sie auch auf politischer Ebene mit anderen US-amerikanischen Konservativen. Leo Strauss wurde oft als maßgeblicher philosophischer Einfluss der Neokonservativen beschrieben. Seine von Elitismus und Misstrauen gegenüber „der Masse“ inspirierten Interpretationen klassischer griechischer Philosophie bildeten für die Neokonservativen die Grundlage für ein zeitgenössisches politisches Argument.

Ein kurzer biographischer Abriss erlaubte es mir, den Einwanderersohn und sozialen Aufsteiger Kristol im Kontext seiner Erziehung und frühen Erfahrungen zu zeigen. Seine

Identität als Sozialist während des Studiums beeinflusste ihn in seiner späteren politischen Arbeit, während seine Arbeit als Herausgeber von diversen Zeitschriften und seine umtriebige publizistische Tätigkeit ihn zu einer der herausragendsten Persönlichkeiten der zeitgenössischen konservativen Bewegung machen.

Der Mittelteil der Arbeit widmet sich den *Consensus*-Historikern, einer Gruppe von Geschichtswissenschaftlern, die prägenden Einfluss auf die US-amerikanische Historiographie der 1950er hatte. Ihre Interpretation der nordamerikanischen Geschichte stellte die Homogenität politischen Denkens und einen überwältigenden Konsens im politischen Denken der USA auf Basis der anglo-amerikanischen Aufklärung heraus. Die *Consensus History* bot die Inspiration und den Kontext für die neokonservative Re-Interpretation der US-Geschichte in das Narrativ des Kalten Krieges. Richard Hofstadter schrieb 1949 sein Werk „The American Political Tradition“ in der Intention, sich mit den Widersprüchen der rein materialistischen Interpretation der bis dahin in der US-amerikanischen Historiographie dominanten „Progressive History“ zu befassen. Deren Annahme – dass sich die USA in einem historischen Konflikt zwischen der besitzenden und der Arbeiterklasse um Ressourcen befand – lehnte er ab. Daniel J. Boorstin argumentierte, dass ein Klassenkonflikt nicht stattfinden könne, da die US-Amerikaner „Ideologie“ an sich ablehnen würden. Ihr *Consensus*-Kollege Louis Hartz stellte die Theorie auf, dass die USA eine Nation des *petit bourgeois* wären, die kollektiv nach ökonomischem Wachstum durch wirtschaftlichen Liberalismus trachten würde.

Meine Analyse benutzte die Methode der wissenssoziologischen Diskursanalyse, um aus den Arbeiten von Irving Kristol einen Einblick in seine Verwendung einer bestimmten Betrachtung der Vergangenheit und die sich daraus ergebende Konstruktion der Gegenwart zu erhalten. Diese Konstruktionen nehmen direkte und indirekte Anleihen an die Arbeiten der *Consensus History*. Seine Arbeit habe ich in drei breite Themen geteilt. Das Narrativ des Niedergangs der politischen und sozialen Struktur der Vereinigten Staaten bedient sich der historische Konstruktion der Demokratie, wie sie von den Gründervätern erdacht wurde, zumindest der Vorstellung Kristols nach. Der ruralen, dem „Willen der Massen“ zutiefst skeptischen Vision einer „Republik der Gutsherren“ stellt er eine dekadente, entwurzelte Massenkultur in den Vereinigten Staaten der 1960er und 1970er gegenüber. Dabei bedient er sich dichotomen Klassifikationen, um Konfliktlinien zwischen „urbanen Intellektuellen“ einerseits, und der „schweigenden Mehrheit“ der eher

rural geprägten US-Amerikaner sichtbar zu machen.

Die Übernahme der USA durch die „Manager“, einer Gruppe von Intellektuellen, die einen Umbau der US-amerikanischen Gesellschaft nach Vorbild ihrer utopischen Vorstellungen zum Ziel haben, ist ein weiteres Narrativ Kristols. Zwar habe es immer anti-bourgeoise Intellektuelle in den urbanen Zentren der westlichen Welt gegeben, schreibt Kristol. Mittels der Massenmedien wären diese erstmalig im Stande, ihre für die Gesellschaft letztendlich schädlichen Visionen einer großen Mehrheit aufzuzwingen.

Eine tiefgehende Gegenwarts konstruktion nimmt Kristol vor, indem er klassische „politische Philosophie“ der „Ideologie“ gegenüberstellt. Zentraler Kritikpunkt an der Moderne und der mit ihr eingeführten „Ideologie“ der französischen Aufklärung ist der „messianische Utopismus“, der die Politik nicht mehr am Möglichen, sondern an einem utopischen Soll-Zustand orientiert. Seine Kritik nimmt Anleihen an Leo Strauss und seiner Interpretation der altgriechischen Staatsphilosophie, jedoch ebenfalls an Daniel Bell und Daniel J. Boorstin, die in den USA ein „Ende der Ideologie“ oder ihre bisherige Abwesenheit konstatieren.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Primärquellen / Irving Kristol

Kristol, Irving (1972): „On the Democratic Idea in America“, Harper & Row, New York

Kristol et al. (1975): „America's Continuing Revolution. An Act of Conservation“, American Enterprise Institute, Washington DC

Kristol, Irving / Weaver, Paul (Hrsg., 1976): „The Americans: 1976. An Inquiry into Fundamental Concepts of Man Underlying Various U.S. Institutions“, Lexington Books, Lexington/Massachusetts

Kristol, Irving (1977): „Two cheers for capitalism“, Essaysammlung, American Enterprise Institute, New York

Kristol, Irving (1983): „Reflections of a Neoconservative. Looking back, looking ahead“, Essaysammlung, Basic Books, New York

Kristol, Irving (1995): „Neoconservatism. The Autobiography of an Idea“, Essaysammlung, The Free Press, New York

Kristol, Irving (2004): „The Neoconservative Persuasion. What it was, and what it is“, S. 31-39, in:

Stelzer, Irwin M.: „The Neocon Reader“, Grove Press, New York

Primärquellen / Consensus history

Hofstadter, Richard (1948, 1979): „The American Political Tradition. And the Men Who Made It“, Jubiläumsausgabe zum 25. Erscheinungsjubiläum mit Vorwort von Christopher

Lasch, Alfred A. Knopf, New York

Boorstin, Daniel J. (1958): „The Genius of American Politics“; Chicago University Press, Chicago

Boorstin, Daniel J. (1958): „The Americans. The Colonial Experience“, Vintage Books, New York

Hartz, Louis (1955): „The Liberal Tradition in America. An Interpretation of American Political Thought since the Revolution“; Harcourt, Brace and World; New York

Sekundärliteratur

Aldrich, John H. (1995): „Why Parties? The Origin and Transformation of Party Politics in America“, University of Chicago Press, Chicago

Beard, Charles E. (1913, 1956): „An Economic Interpretation of the Constitution of the United States“, Macmillan, New York

Bell, Daniel (1960, 2000): „The End of Ideology. On the exhaustion of political ideas in the fifties“, Harvard University Press, Cambridge/Massachusetts

Berg, Elias (1957): „The historical thinking of Charles A. Beard“, Almqvist & Wiksell, Stockholm

Blake, Nelson Casey (1999): „The Usable Past, the Comfortable Past, and the Civic Past: Memory in Contemporary America“, erschienen in: *Cultural Anthropology*, Vol. 14, Nr. 3 (Aug., 1999), 423-435

Braun, Eberhard/ Heine, Felix/ Opolka, Uwe (1984, 2008): „Politische Philosophie. Ein Lesebuch“, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg

Breckheimer, Martin (1992): „Revolte auf der amerikanischen Rechten. Konservative Bewegung, republikanische Partei und Senator Barry M. Goldwater, 1958-1964“, Dissertation, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Bronner, Stephen Eric (31.08.2007): „Is neoconservatism dead?“, erschienen in der Online-Ausgabe der Zeitung „The Guardian“, online abrufbar unter:

<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2007/aug/31/isneoconservatismdead>,

Downloaddatum: 11.11.08, 12:44

Brooks, David (11.03.1996): „Buchananism. An intellectual cause“, Zeitungsartikel, erschienen in: The Weekly Standard, Wochenzeitung; Ausgabe 001/25, Herausgeber: News Corp., Washington DC

Brown, Robert E. (1956): „Charles Beard and the Constitution. A critical analysis of 'An Economic Interpretation of the Constitution'“, Princeton University Press, New Jersey

Brown, David S. (2006): „Richard Hofstadter. An Intellectual Biography“, The University of Chicago Press, Chicago/London

Brzezinski, Zbigniew (1956, 1965): „Totalitarian Dictatorship and Autocracy“, Harvard University Press, 2. Auflage, Cambridge, Massachusetts

Burnham, James (1941, 1972): „The Managerial Revolution. What is happening in the world“, Greenwood Press, Westport-Connecticut

Chomsky, Noam (1967): „The Responsibility of Intellectuals“, erschienen in: The New York Review of Books, NYREV Inc., New York; online abrufbar unter:

<http://www.nybooks.com/articles/12172>, Downloaddatum: 12. Februar 2009, 18:54

Meyers, Andrew (2004): „The Subversive 1950s“, Columbia American History Online, Columbia University, New York; online abrufbar unter:

<http://caho-test.cc.columbia.edu/pcp/14103.html>, Downloaddatum: 07. November 2008,

Dorman, Joseph (2001): „Arguing the World. The New York Intellectuals in Their Own Worlds“, 2. Auflage mit neuem Vorwort, University of Chicago Press, Chicago

Dorrien, Gary (1993): „The Conservative Mind. Politics, Culture, and the War of Ideology“, Temple University Press, Philadelphia

Elkings, Stanley/ McKittrick, Eric (1974): „The Hofstadter Aegis. A Memorial“, Alfred A. Knopf, New York

Fischer, Pascal (31. Mai 2006): „Der amerikanische Neokonservatismus“, erschienen in: Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung, Downloadzeit: 10.11.08, 18:30, Downloadort: http://www.kas.de/wf/doc/kas_8426-544-1-30.pdf

Friedman, Murray (2005): „The Neoconservative Revolution. Jewish Intellectuals and the Shaping of Public Policy“, Cambridge University Press, New York

Fukuyama, Francis (2006): „After the Neocons. America at the Crossroads“, Profile Books, London

Harrison, Robert (2004): „The 'new social history' in America“, in: Peter Lambert/ Phillipp Schofield, „Making History: An introduction to the history and practices of a discipline“, Routledge, London/New York

Henning, Klaus (2006): „Aufstieg der 'Neocons'. Politische Intellektuelle in den USA und der 'Neue Imperialismus'.“, Neuer ISP Verlag, Köln

Holtmann, Everhard (Hrsg.; 2000): „Politik-Lexikon“, 3. Auflage, R.Oldenbourg Verlag, München/Wien

Keller, Patrick (2008): „Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik. Ideen, Krieg

und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush“, Ferdinand Schöningh, Paderborn/München/Wien/Zürich

Keller, Reiner (2007): „Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissenschaftlichen Profilierung der Diskursforschung“; [46 Absätze]; Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 8(2), Artikel 19; online abrufbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0702198>, Downloaddatum: 11.02.09, 17:00

Kirkpatrick, Jeane (1979): „Dictatorship and double standards“, Aufsatz erschienen in: „Commentary“, November 1979, Washington DC, online abrufbar unter: <http://www.commentarymagazine.com/viewarticle.cfm/dictatorships—double-standards-6189>; Downloaddatum: 12. Dezember 2008, 17:27

Leggewie, Klaus (1997): „America first? Der Fall einer konservativen Revolution“, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main

Mearsheimer, John J / Walt, Stephen M. (2002): „The Israel Lobby and U.S. foreign policy“, Farrar, Straus and Giroux, New York

Micklethwait, John / Woolridge, Adrian (2004): „The Right Nation. Conservative Power in America“, The Penguin Press, New York

Moynihan, Patrick (1965): „The Negro Family. The Case for National Action“, Office of Policy Planning and Research, United States Department of Labor, Washington DC; online abrufbar unter: <http://www.blackpast.org/?q=primary/moynihan-report-1965>, Downloaddatum: 09.01.2009, 10:22

Nash, George H. (1976): „The Conservative Intellectual Movement“, 10. Auflage, Basic Books Inc., New York

Neuman, Johanna (2004): „Former President Reagan Dies at 93“, erschienen in: The Los

Angeles Times, 6. Juni 2004, Los Angeles; online abrufbar unter:
http://www.latimes.com/news/obituaries/la-reagan_1,4780792.story, Downloaddatum:
27.02.2009, 12:11

Nohlen, Dieter (Hrsg., 2003): „Lexikon der Politik“, Bände 1-7, Digitale Edition,
Directmedia, Berlin

Novak, Michael (1978): Rezension von Irving Kristols „Two cheers for Capitalism“,
erschienen in „Commentary“, Commentary Inc., New York, online abrufbar unter:
<http://www.commentarymagazine.com/viewarticle.cfm/two-cheers-for-capitalism-by-irving-kristol-5990>, Downloaddatum: 21. November 2008, 15:14

Novick, Peter (1988): „That Noble Dream. The 'Objectivity Question' and the American
Historical Profession“, Cambridge University Press, New York

Orwell, George (1946): „Second Thoughts on James Burnham“, erschienen in „Polemic“,
Ausgabe Nr. 3, Mai 1946, London; online abrufbar unter:
http://orwell.ru/library/reviews/burnham/english/e_burnh.html, Downloaddatum: 12.
Dezember 2008, 14:51

Rae, Nicol C. (1989): „The Decline and Fall of the Liberal Republicans“, Oxford University
Press, New York

Robin, Corey (2005): „Louis Hartz at 50: On the Varieties of Counterrevolutionary
Experience in America“, Working Paper presented at Philadelphia Political Theory
Workshop, University of Pennsylvania; online abrufbar unter:
<http://www.polisci.upenn.edu/programs/theory/robin.pdf>, Downloaddatum: 15.01.2009,
14:53

Schlesinger, Arthur (1946): „The Age of Jackson“, Little/Brown, Boston

Schlesinger, Arthur M. Jr (1949): „The Vital Center. The politics of freedom“, The Riverside

Press Cambridge, Boston

Schulz, Frank (1984): „'Neokonservatismus' in den USA als manchesterliberaler Angriff auf den Interventionsstaat“, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Jahrgang 8/84, Hrsg.: Deutscher Gewerkschaftsbund; online abrufbar unter: <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1984/1984-08-a-485.pdf>, Downloaddatum: 10. November 2008, 18:21,

Smith, Mark A. (2007): „The Right Talk. How Conservatives transformed the Great Society into the Economic Society“, Princeton University Press, Oxford/Princeton

Weir, Robert E. (2007): „Class in America. An Encyclopedia“, Greenwood Press, Westport/Connecticut

Whitfield, Stephen J. (1996): „The Culture of the Cold War“, Zweite Auflage, John Hopkins University Press, Baltimore

Abstract in deutscher Sprache

Die Arbeit analysiert das frühe Werk des US-amerikanischen neokonservativen Autoren Irving Kristol auf die diskursive Konstruktion von Gegenwart und Vergangenheit der Vereinigten Staaten. Meine Annahme lautet, dass Kristol eine bestimmte Interpretation der US-amerikanischen Geschichte instrumentalisiert, um zeitgenössische neokonservative Argumente zu untermauern. Kristol fürchtet in seinen Texten die Übernahme des Staates durch eine Elite von „Sozialmanagern“, die die Expansion des Wohlfahrtsstaates zur Durchsetzung ihrer radikalen utopischen Ideen benützen wollen. Die Analyse wird durch einen kurzen Abriss der Nachkriegsgeschichte von Konservatismus und Neokonservatismus und deren Verortung in der US-amerikanischen Parteienlandschaft kontextualisiert. Eine Darstellung der Positionen der *Consensus History* soll zudem eine populäre geschichtswissenschaftliche Strömung in den USA der 1950er und 1960er als Ideengeber des Neokonservatismus anschaulich machen.

Abstract in English

„Construction of past and present in the early works of Irving Kristol“

This thesis shall present the discursive construction of past and present in the early works of the American neoconservative Irving Kristol. The premises is that Kristol instrumentalizes a certain interpretation of the history of the United States to substantiate contemporary neoconservative arguments. The sentiment expressed in Kristols texts is that of the USA being taken over by the “managerialism” of a “New Class” of intellectuals who want to use the expansion of the welfare state to enforce their radical utopian agenda. The analyses is contextualized by a short history of contemporary conservatism in the United States and it's grounding in American party politics. A summary of the positions of “Consensus History” shall make it discernible as the root of some interpretations of history used by Irving Kristol and the Neoconservatives.

Lebenslauf

Alexander Fanta

Geboren: 22.07.1985

Geburtsort: Klagenfurt, Österreich

Staatsbürgerschaft: Österreich

Ausbildung

1991-1995 Volksschule

In der Volksschule Maria Gail und in der Volksschule Hermagoras in Klagenfurt

1995-1999 Unterstufe

Im Bundesgymnasium 1 in Klagenfurt und in der Hauptschule II in Klagenfurt

1999-2004 Oberstufe

Besuch der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe in Klagenfurt, Matura

2004-2009 Studium der Politikwissenschaft

An der Universität Wien

2007

Auslandsaufenthalt im Zuge des Erasmus-Programms an der Universität Granada,
Spanien

Berufserfahrung

Juli-September 2007

Praktikum bei der Kleinen Zeitung in Klagenfurt